



GESAMMELTE INDUSTRIESTRATEGIEN 2020 – 2024



NEUSTART FÜR DEN STANDORT – REFORMEN, RESILIENZ, WACHSTUM

Österreichs Industrie ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Sie schafft ein Viertel aller Arbeitsplätze, trägt ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt bei und steht für zwei Drittel aller Forschungsausgaben. Die Industrie treibt damit Innovationen voran, sichert unseren Wohlstand und ist der Schlüssel für eine erfolgreiche ökologische und digitale Transformation. Die vergangenen Jahre haben tiefgreifende Veränderungen in der heimischen Industrie hinterlassen und auch die Zukunft bringt neue Herausforderungen mit sich – von globalen Verschiebungen über technologische Umbrüche bis hin zu geopolitischen Spannungen. In derart herausfordernden Zeiten braucht es eine klare industriepolitische Strategie, die die Vision für das Industrieland Österreich zeichnet und dafür entschlossen die richtigen Weichen stellt.

Die vorliegende Zusammenfassung der bisherigen Industriestrategien zeigt, wie wir Österreich als Industriestandort stärken, seine Zukunftsfähigkeit sichern und seine Rolle im internationalen Wettbewerb ausbauen können. Es braucht einen mutigen Blick nach vorne und Bereitschaft zu umfassenden Reformen sowie einen Schulterschluss zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Ziel ist klar: Österreich muss wieder an die Weltspitze. Österreich muss ein attraktiver Standort für Wertschöpfung, Investitionen und qualifizierte Arbeitskräfte sein und eine lebenswerte Umgebung mit einer gut ausgebauten Infrastruktur bieten. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, wettbewerbsfähige Kostenstrukturen – etwa bei Lohnstückkosten oder Energiepreisen – intelligente und wirkungsvolle Regulatorik sowie Mut zu Strukturreformen. Gleichzeitig müssen wir die grüne Transformation aktiv und wirtschaftlich sinnvoll gestalten.

Es geht um tiefgreifende Reformen, strategische Prioritäten und den effizienten Einsatz öffentlicher Mittel, wo sie langfristig, nachhaltig, aber auch zukunftsfähig wirken: in Bildung, Forschung, Infrastruktur, Sicherheit, Innovation und Resilienz.

Es geht darum, unsere Zukunft jetzt zu gestalten!



Inhalt

2020

IV-Industriestrategie Teil I

Kurzfristige Empfehlungen, um gestärkt aus der Krise zu kommen 9

2021

IV-Industriestrategie Teil II

Besser als vor Corona – wie wir über uns selbst hinauswachsen 23

2022

IV-Industriestrategie Teil III

Die Österreichische Industrie 2040 – Vision für einen zukunftsfähigen Standort 51

2023

IV-Industriestrategie Teil IV

Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig sicherstellen 71

2024

NEU Start Staat

Der Weg aus der Rezession 103

SOS-Wohlstand

Deklaration des Präsidiums der Industriellenvereinigung im Wahljahr 2024 139

20

20

IV-INDUSTRIESTRATEGIE Teil I

Kurzfristige Empfehlungen, um gestärkt aus der Krise zu kommen.



LEHREN AUS DER KRISE

1 • **Globalisierung ist eine Erfolgsgeschichte.** Die Krise zeigt die Bedeutung und Abhängigkeiten von **diversifizierten und intakten Liefer- und Wertschöpfungsketten**. **Uneingeschränkte Marktzugänge** sowie die Notwendigkeit eines funktionierenden **int. Berufsverkehrs** wurden ebenfalls durch die COVID19-Krise signifikant verdeutlicht.

2 • **Forschung, Technologie und Innovation bringen Lösungen für die größten Herausforderungen unserer Zeit.** Die Corona-Pandemie wird nur durch neue Medikamente und Impfstoffe endgültig zu beenden sein, die von den **Life Sciences und ihren Pharmaunternehmen entwickelt werden**. Zudem gilt es die **Stärkung von Technologiekompetenz** in strategisch wichtigen Bereichen sicherzustellen, um **Krisenfestigkeit (Resilienz)** zu erhöhen.

3 • **Forschung, Technologie, Innovation machen krisenresilient.** Wir wissen heute, dass **F&E-aktive Unternehmen selbst in Krisenzeiten** wachsen können. So ist zwischen 2007 und 2017 – also einschließlich der großen Finanzkrise – die **Wertschöpfung von F&E-aktiven Firmen um 19% gestiegen**. **Es zeigt sich: F&E-aktive Unternehmen sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft.**

4 • **Klare Strukturen und Kompetenzen sind notwendig.** In vielen Teilbereichen der gesamtstaatlichen Zusammenarbeit ist es zu einer **Zersplitterung von Entscheidungsabläufen** und damit **Ineffizienzen in der Krisenbekämpfung** gekommen. Der **Föderalismus birgt ein großes Upside, aber um dieses zu erschließen, bedarf es seiner Reform.**

5 • **Revival der „Sozialpartner Alt“?** Ein gemeinsamer Schulterschluss in Zeiten der Krise ist wichtig und notwendig. Abtauschen auf Kosten Dritter hinter verschlossenen Türen ist es hingegen weniger.

6 • **Digital is key!** Ob Distance learning, e-commerce, Videokonferenz oder digitale Steuerung von Anlagen – die **Digitalisierung hat uns in den letzten Monaten gezeigt, wie wichtig sie ist und welchen Nutzen sie stiftet**. Sie ermöglicht den Erhalt der **wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit**, ebenso wie rasches, **flexibles Reagieren**.

7 • **Digi Skills sind wichtiger denn je.** Heute ist klarer denn je, wie wichtig eine kompetente **Teilhabe an der Digitalisierung aller Menschen in Österreich** ist. E-Government, Digital Literacy, digitale Grundbildung, aber auch höhere Aus- und insbesondere Weiterbildung im Bereich Industrie 4.0 gewinnen enorm an Bedeutung.

8 • **Auch in Krisenzeiten: Rechtssicherheit ist unverzichtbar.** Die Krise hat abermals gezeigt, **Unternehmen brauchen Rechtssicherheit**. Bsp.: Klarheit über die Möglichkeiten von virtuellen Hauptversammlungen bei Covid-19-bedingten Beschränkungen.

9 • **Moderner Rechtsrahmen als Boost für österreichische Schlüsselindustrie.** Ein **schlanker und krisenfester Rechtsrahmen** sollte unseren erfolgreichen Unternehmen als verlässliche Stütze dienen, statt sie zu bremsen. Bsp.: Verstärkter Schutz von geistigem Eigentum.

10 • **Versorgungssicherheit durch zukunftsfeste Infrastruktur ist ein zentraler Faktor für wirtschaftliche Resilienz in Krisenzeiten.** So können ohne lückenlos gesicherte Strom- und Kommunikationsversorgung weder Unternehmen, Haushalte, noch Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel oder Supermärkte ihren Betrieb aufrechterhalten.

Kurzfristige Empfehlungen, um gestärkt aus der Krise zu kommen.

Ein effektiver und effizienter Staat ist unser FUNDAMENT

Schuldenabbau ausschließlich durch Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum

Keine neuen Belastungen & Steuern

Entbürokratisierung

- Konkretes Beispiel: Reduktion der bestehenden unnötigen Informationsverpflichtungen, wie etwa die Veröffentlichungspflicht in der „Wiener Zeitung“.

Digitaler Wandel im Recht

- Konkretes Beispiel: Übernahme digitaler Möglichkeiten zur Abhaltung von Organsitzungen (Hauptversammlung, Aufsichtsrat etc.) ins Dauerrecht.

Die Krise als Produktivitätstreiber nutzen

- Zahlreiche Maßnahmen – wie etwa Verlängerung des Verlustrücktrags oder Investitionsprämie – wurden zeitlich befristet

auf den Weg gebracht. Hier lohnt sich eine Verlängerung bzw. Implementierung über die Krise hinaus in Dauerrecht.

Effizienz im öffentlichen Bereich forcieren. Föderalismus effizient ausgestalten

Regulierungslast abbauen

- Es braucht ein modernes Arbeitsrecht, das die Gestaltungsmöglichkeiten auf der betrieblichen Ebene stärkt. Zu restriktive Arbeitsrechtsbestimmungen mit überschießenden Verwaltungsstrafbestimmungen belasten den Standort massiv.

Kreditversicherungen

- Lieferungen, v.a. jene ins Ausland, müssen auch weiterhin mit kalkulierbarem Risiko möglich sein.

KÖSt-Senken und fiktive Eigenkapitalzinsen einführen

Ansiedelung von F&E-Headquarters gezielt forcieren

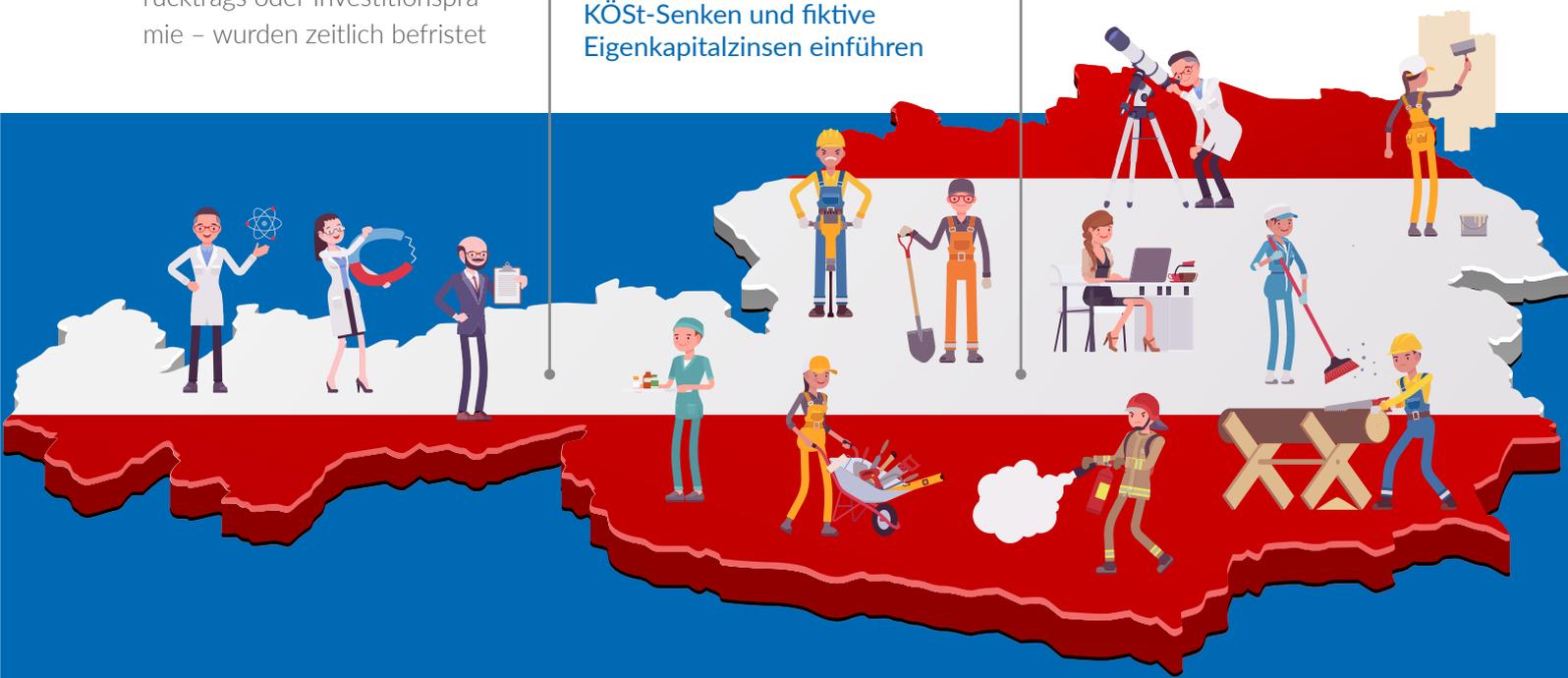
Dringende Maßnahmen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen

- Konkretes Beispiel: Abschluss von Abkommen mit Nachbarländern zur Vermeidung von Besteuerungskonflikten aufgrund von COVID-19.

Eigenverantwortung fördern

- Ein aktives Zurücknehmen des „regulierenden starken Staates“ in alle individuellen Lebensbereiche der Österreicherinnen und Österreicher ist notwendig. Die Kräfte der Marktwirtschaft sollen wieder wirken können.

Investitionen in Humankapital und Strategien zur Incentivierung neuer Arbeitsplätze



Kurzfristige Empfehlungen, um gestärkt aus der Krise zu kommen.

Moderne und leistungsfähige INFRASTRUKTUR

Belastungen für die Industrie im Hinblick auf Energiepreise vermeiden

Europäische Klimazieldiskussion um Standortaspekte ergänzen und Realisierung sicherstellen

Erneuerbaren Ausbau Gesetz sinnvoll gestalten

- Planungs- und Kostensicherheit sind wesentlich sowie Förderung der innovativsten, effizientesten Anlagen an den besten Standorten mit einem effektiven Kostendeckel für das Unterstützungsvolumen.

Kein Gold Plating bei der Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes

Erhalt und Ausbau kritischer Infrastruktur und strategischer (Energie, Telekommunikation u.a.m.) heimischer Industrie

Synergien in der Bewältigung der COVID-Krise und der Klimakrise systematisch erheben und nutzen

- Verwendung von Recovery and Resilience Facility (RRF) für die Transformation der klimarelevanten Industrien.

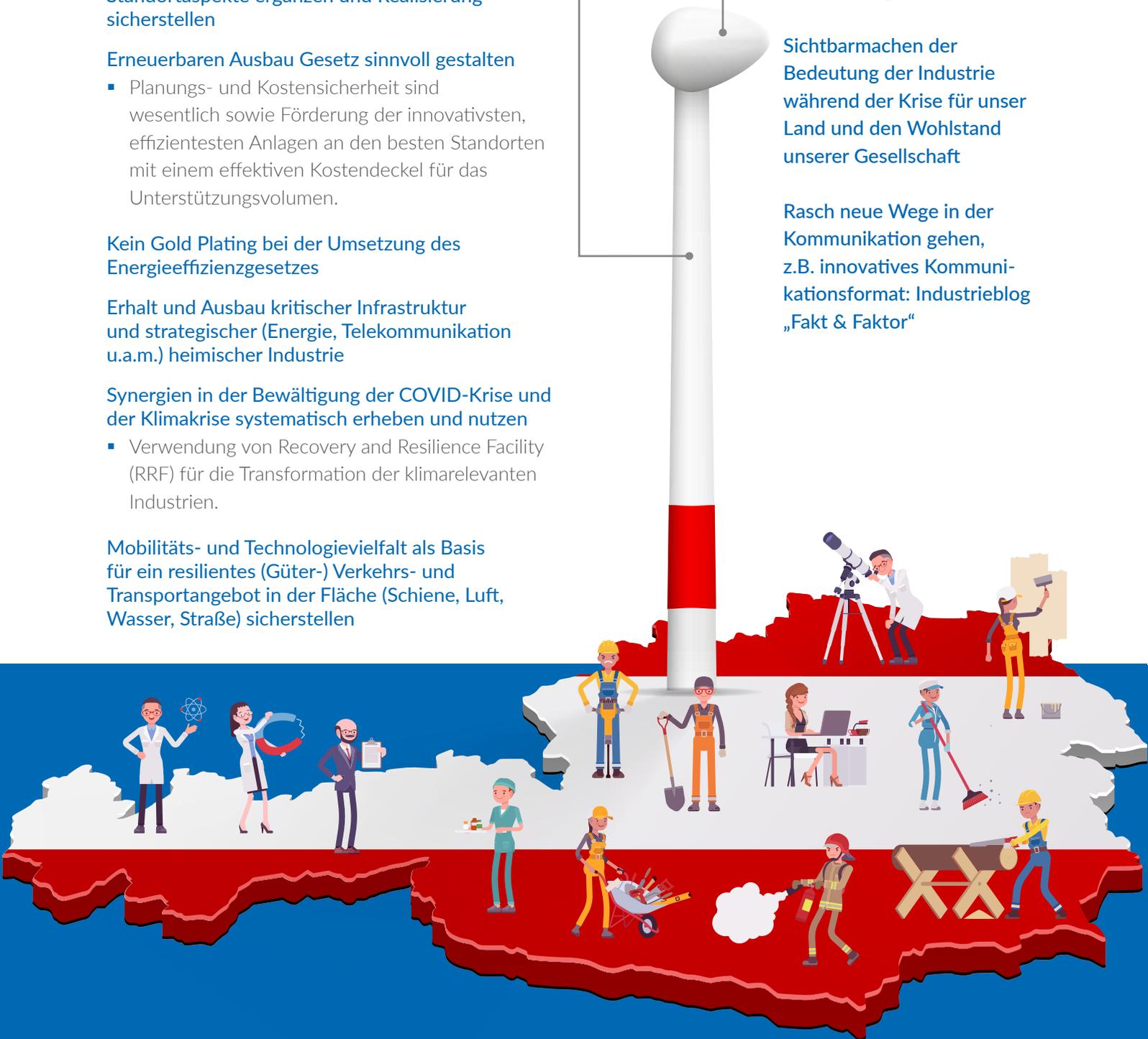
Mobilitäts- und Technologievielfalt als Basis für ein resilientes (Güter-) Verkehrs- und Transportangebot in der Fläche (Schiene, Luft, Wasser, Straße) sicherstellen

GENERATOR = Industrie

Produktion ist weitergegangen! Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht nur in der Krise „Helden“.

Sichtbarmachen der Bedeutung der Industrie während der Krise für unser Land und den Wohlstand unserer Gesellschaft

Rasch neue Wege in der Kommunikation gehen, z.B. innovatives Kommunikationsformat: Industrieblog „Fakt & Faktor“



DIGITALISIERUNG

Recovery durch Digitalisierung forcieren

- Digitalisierungs-Schwerpunkt im österreichischen Wiederaufbauplan verankern. Für die Mittel der EU-Recovery and Resilience Facility muss die Bundesregierung zeitnahe einen konkreten Maßnahmenplan beschließen und der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorlegen.

Schwerpunkt Cyber Security setzen

- Durch moderne Schwerpunktsetzung ab 2021 in Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) sowie Höheren Schulen der Sekundarstufe II. soll Themenfeld Cybersecurity integral rasch verankert werden.

Die Krise nützen: Digi-Uni Linz als internationales Leuchtturmprojekt umsetzen

- Es gilt dabei Synergien mit anderen Hochschulen effizient umzusetzen.

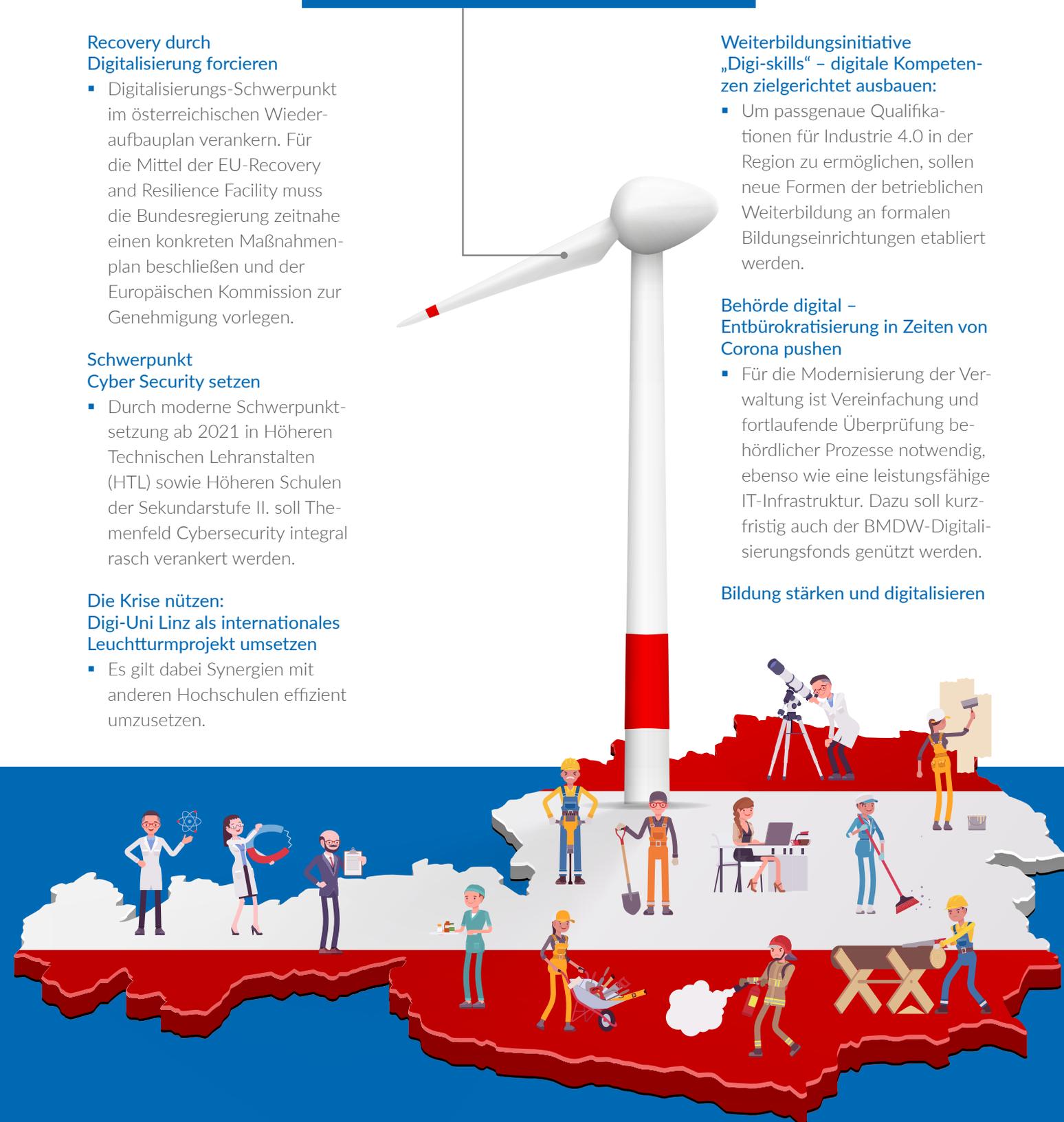
Weiterbildungsinitiative „Digi-skills“ – digitale Kompetenzen zielgerichtet ausbauen:

- Um passgenaue Qualifikationen für Industrie 4.0 in der Region zu ermöglichen, sollen neue Formen der betrieblichen Weiterbildung an formalen Bildungseinrichtungen etabliert werden.

Behörde digital – Entbürokratisierung in Zeiten von Corona pushen

- Für die Modernisierung der Verwaltung ist Vereinfachung und fortlaufende Überprüfung behördlicher Prozesse notwendig, ebenso wie eine leistungsfähige IT-Infrastruktur. Dazu soll kurzfristig auch der BMDW-Digitalisierungsfonds genützt werden.

Bildung stärken und digitalisieren



QUALIFIZIERUNG

Jobanreize schaffen

- In Krisenzeiten bleiben Menschen länger in Ausbildung. Hier gilt es rasch unbürokratische Jobanreize zu schaffen.

Frauenerwerbsquote erhöhen

- Ziel ist, gerade auch bei der Frauenerwerbsquote zur Spitze Europas zu gehören.

Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung

- Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kinderbetreuung ab dem 2. Geburtstag ab 2023 und ab dem 1. Geburtstag ab 2025.

Abbau regionaler Ungleichgewichte am Lehrstellen- und Arbeitsmarkt

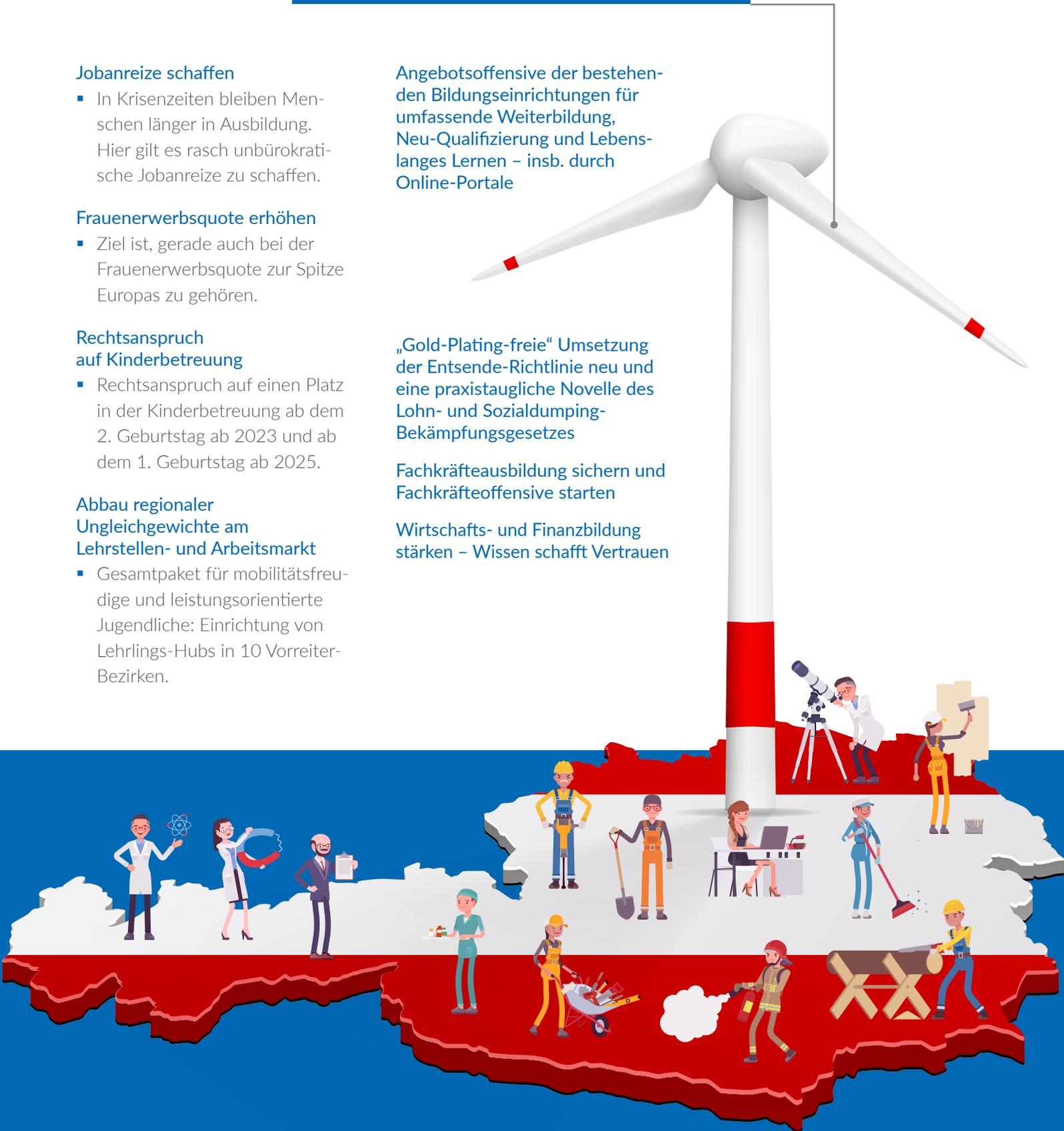
- Gesamtpaket für mobilitätsfreundige und leistungsorientierte Jugendliche: Einrichtung von Lehrlings-Hubs in 10 Vorreiter-Bezirken.

Angebotsoffensive der bestehenden Bildungseinrichtungen für umfassende Weiterbildung, Neu-Qualifizierung und Lebenslanges Lernen – insb. durch Online-Portale

„Gold-Plating-freie“ Umsetzung der Entsende-Richtlinie neu und eine praxistaugliche Novelle des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes

Fachkräfteausbildung sichern und Fachkräfteoffensive starten

Wirtschafts- und Finanzbildung stärken – Wissen schafft Vertrauen



Kurzfristige Empfehlungen, um gestärkt aus der Krise zu kommen.

INNOVATION

Investitionsprämie noch größer denken

- Das Erfolgsmodell Investitionsprämie soll auch weiterhin Klimainnovationen zusätzlich forcieren, z.B. bis zu 35%.

Geistiges Eigentum stärken – Einheitspatent umsetzen

- Einheitspatent und das Einheitspatentgericht bieten für Unternehmen eine einfache und kostengünstige Möglichkeit ihre Erfindungen zu schützen.

„Fonds Zukunft Österreich“ als Nachfolger der Nationalstiftung umsetzen

Technologieoffensive starten

- Für den notwendigen Schub aus der Krise soll die im Regierungsprogramm verankerte „Technologieoffensive“ für die angewandte Forschung 2021 gestartet werden.

MINT-Push durch MINT-Regionen auslösen

- Um die Technologieaffinität breitflächig und von Kindesbeinen an in der Bevölkerung zu verankern, sollen bundesweit MINT-Regionen eingerichtet werden.

Technologische Souveränität Europas stärken

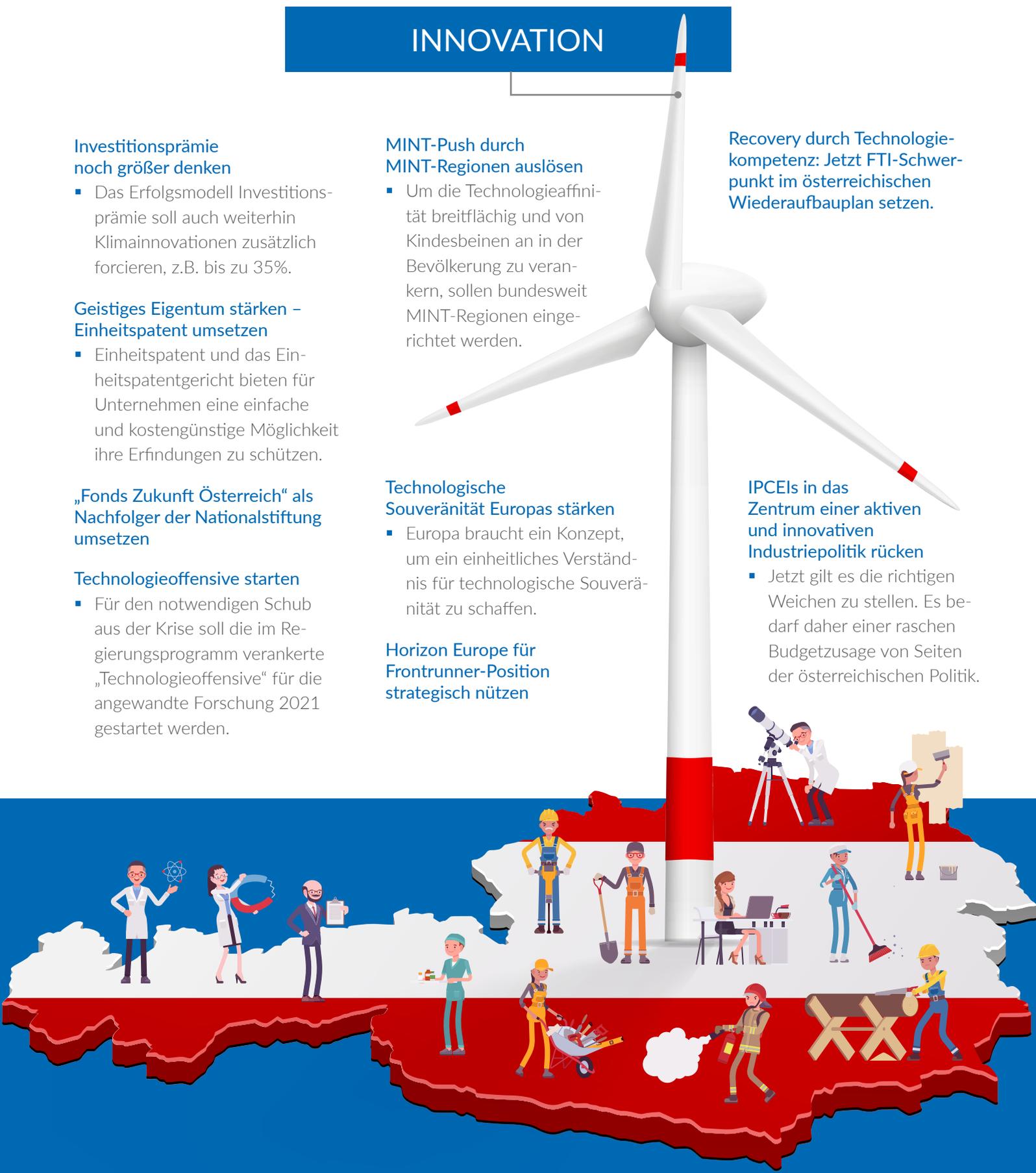
- Europa braucht ein Konzept, um ein einheitliches Verständnis für technologische Souveränität zu schaffen.

Horizon Europe für Frontrunner-Position strategisch nützen

Recovery durch Technologiekompetenz: Jetzt FTI-Schwerpunkt im österreichischen Wiederaufbauplan setzen.

IPCEIs in das Zentrum einer aktiven und innovativen Industriepolitik rücken

- Jetzt gilt es die richtigen Weichen zu stellen. Es bedarf daher einer raschen Budgetzusage von Seiten der österreichischen Politik.



Kurzfristige Empfehlungen, um gestärkt aus der Krise zu kommen.

Der KAPITALMARKT verleiht zusätzlichen Schwung

Kapitalmarktregulierung entstauben – Effizienzpotenziale heben

Unternehmensfinanzierung und staatliche Garantien sinnvoll unterstützen.

Aufsicht treffsicher machen – Abläufe modernisieren

Anpassen von überschießenden EU-Vorgaben – Gold-Plating zurückdrehen

Wiedereinführung der Behalterfrist für die Kapitalertragsteuer

Dauerhafte Einführung des Verlustrücktrags

Vereinfachung des Steuerrechts und Lohnverrechnung

Abschaffung der Bagatellsteuern insbesondere Rechtsgeschäftsgebühren

Streichung von Abzugsverboten

Kapitalgesellschaften attraktiveren & Eigenkapital stärken

Datenschutz fit für KI & Co

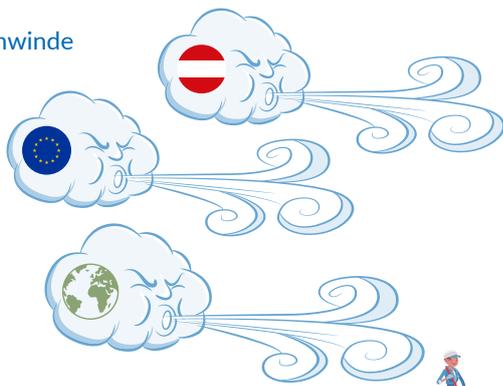
Neudenken der Unternehmensfinanzierung – Finanzierungsoptionen verbreitern

Vom Start-Up an die Börse – Vorbörsliche Finanzierungen verbessern



WIND OF CHANGE

Reformwinde



iv

GEGENWIND CORONA

Was auf **europäischer** und **internationaler** Ebene zu tun ist:



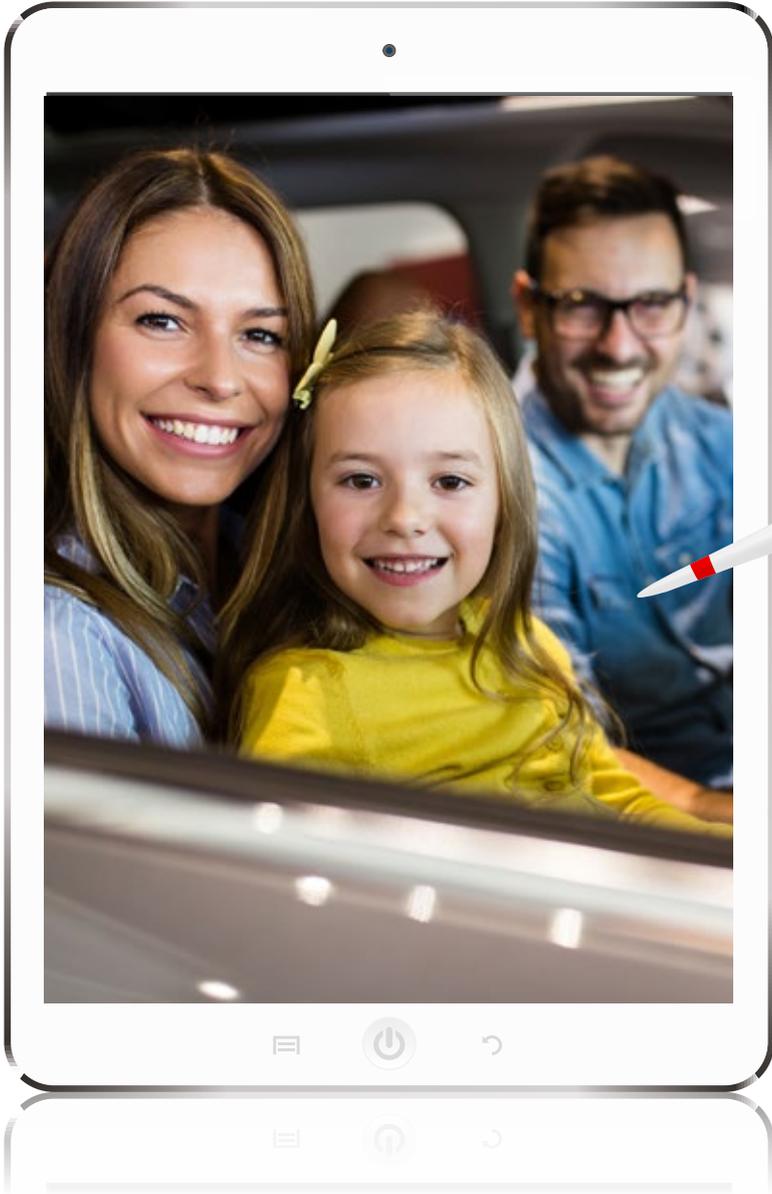
1. Vertiefung des Binnenmarktes vorantreiben.
2. Die Festlegung der EU-Klimaziele 2030 im Dezember realistisch gestalten.
3. Die Bedeutung von Freihandel wieder in den Fokus rücken – und kurz- und mittelfristig Freihandelsabkommen rasch abschließen.
4. Zentralistische „Minimum Wages“ auf EU-Ebene verhindern.
5. Reisebestimmungen zu international bedeutenden Wirtschaftsräumen vereinfachen (z.B. China, USA, Russland).

Was sofort auf **nationaler** Ebene zu tun ist:



1. **Schulen und Kindergärten wieder gesamthaft öffnen.**
2. **Selbsttests ermöglichen.**
Es braucht pragmatische Lösungen für das Selbsttesten, z.B. einmalige Einschulungen der jeweiligen COVID-19-Beauftragten.
3. **Verkürzung der Quarantänezeiten** auf z.B. 7. Tage sowie „Freitesten“.
4. **Strategische Massentests.**
Die öffentliche Hand (Gesundheitsbehörde) soll bei der Durchführung der (freiwilligen) Massentests auch die Betriebe berücksichtigen.
5. **Tracing effizienter gestalten.**
Für die Möglichkeit am ökonomischen und sozialen Leben teilzunehmen, soll ein digitaler Nachweis (z.B. via Stopp-Corona App) angeraten sein.
6. **Impfstrategie vorbereiten.**
Regionale Impfzentren und Impfstraßen sollen bereits im Zuge der Massentestungen auf ihre Praxistauglichkeit vorbereitet werden.
7. **Dringende Maßnahmen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen umsetzen.**
Insbesondere darf (verstärktes) „working from home“ nicht zur Begründung einer Betriebsstätte führen.
8. **Exportfinanzierung sicherstellen: Temporäre staatliche Übernahme von Haftungen für Lieferungen ins Ausland.**
9. **Eigenkapitalstärkung von Unternehmen.** Eine gesteigerte Eigenkapitalausstattung führt u.a. zu einer höheren Resilienz von Unternehmen, insb. in Wirtschaftskrisen.
10. **Aufholen des Bildungsrückstands von Kindern und Jugendlichen.** Durch aktive und zielgruppenspezifische kompensatorische Bildungsmaßnahmen (u.a. Summer Schools) in allen Ferien von jetzt an bis inkl. Sommer 2021.
11. **Bankgarantien mit staatlichen Haftungen unterstützen.** Bei öffentlichen Aufträgen könnte der Staat Bankgarantien durch staatliche Garantien zusätzlich unterstützen.

INDUSTRIE schafft Beschäftigung, schafft Wohlstand.





20

2

1



IV-INDUSTRIESTRATEGIE Teil II

Besser als vor Corona – wie wir über uns selbst hinauswachsen.



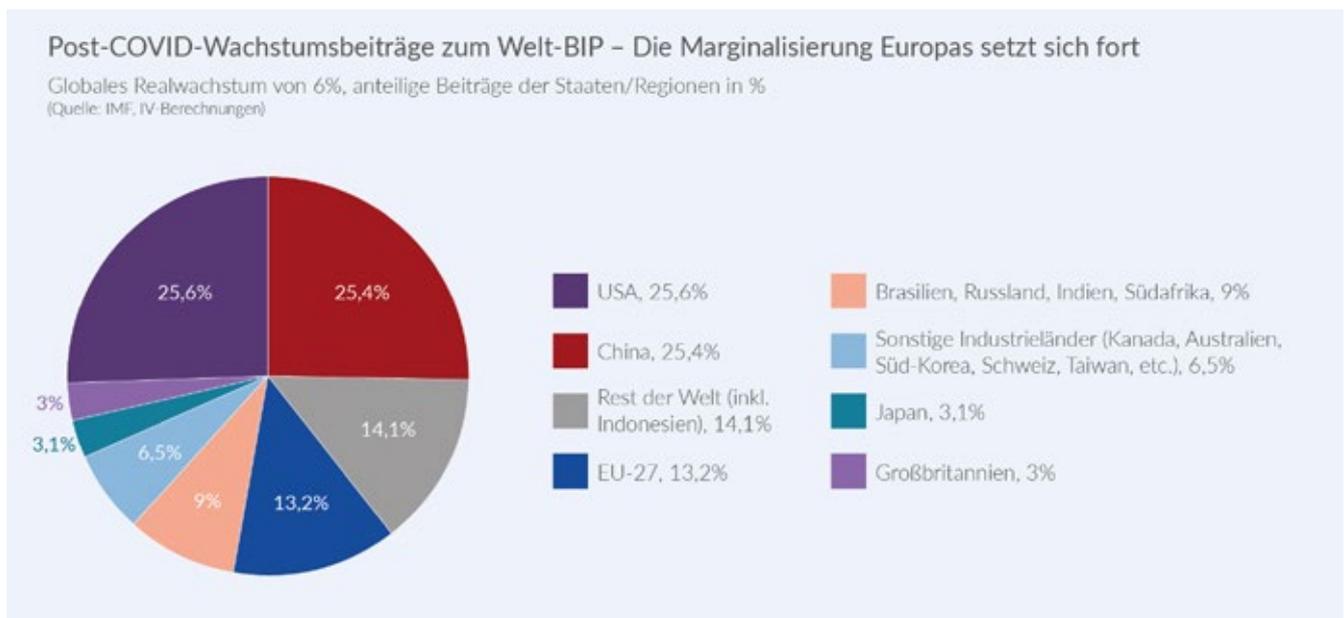
UNSERE DOPPELSTRATEGIE: DIE RICHTIGEN WERKZEUGE & BESTEN IDEEN FÜR ÖSTERREICH.

Österreich ist ein Industrieland.

Von dreieinhalb Euro, die in Österreich erwirtschaftet werden, stammt ein Euro direkt aus der Industrie. In Großbritannien ist dies nur jedes fünfte Pfund, in Frankreich sogar nur einer von fünfeinhalb Euro. Und dabei wird nur der direkte Beitrag der Industrie berücksichtigt, nicht aber die ebenfalls enorm bedeutenden industrienahen Dienstleistungen.

Auch beschäftigungsmäßig sticht die österreichische Industrie gerade im europäischen Vergleich heraus: **Trotz der schwersten Wirtschaftskrise der Neuzeit bietet die Industrie im Inland heute um 15% mehr Arbeitsplätze als noch vor einer Dekade.**

Im selben Zeitraum hat sich – entgegen allen selbstgesteckten Zielen der Europäischen Kommission – die **De-Industrialisierung wichtiger Partnerländer unvermindert fortgesetzt. Die österreichische Industrie ist Wohlstandsgarant, Beschäftigungsträger und Innovationsmotor.**



ALL DIES STEHT POST-COVID AUF DEM SPIEL.

Dass Europa ins Hintertreffen zu geraten drohen, zeigt die Heat Map der globalen Wirtschaftsdynamik. Die beiden größten Volkswirtschaften der Welt, die **USA und China, befinden sich schon seit Monaten im**

Aufschwung. Und zwar in einem Aufschwung, der global zu den stärksten der Neuzeit überhaupt zählt.

Mit Wachstumsraten von 6½ bis 8½% ziehen diese Volkswirtschaften dem Rest der Welt davon. Allein diese beiden Länder stehen für die Hälfte des globalen Wertschöpfungszuwachses im Jahr 2021.

Im selben Zeitraum wird die Europäische Union bestenfalls gerade einmal etwas mehr als die halbe Aufschwungsdynamik schaffen. **Damit trägt die EU-27 nur noch 13% zum globalen Wachstum bei. Die EU-27 marginalisiert sich ökonomisch.**

Wieviel Österreich speziell zu verlieren hat, zeigt die Rangreihung der Volkswirtschaften nach ihrer Größe. Bei nicht einmal neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht Österreich bei der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung Platz 27 im weltweiten Vergleich.

Damit erwirtschaftet Österreich ein Bruttoinlandsprodukt in ähnlicher Größenordnung wie Thailand oder der Iran – letzterer ein Land mit einer fast zehn Mal so großen Bevölkerung wie Österreich.

Nur wenn es gelingt, Österreich als Industrieland zu erhalten und zu stärken, werden wir die Vorteile für den Wohlstand der Menschen in Österreich lukrieren, welche die Industrie bietet: Sichere Arbeitsplätze selbst in der schwersten Wirtschaftskrise, überdurchschnittliche Einkommen, umweltschonende Technologien und hochwertige Produkte Made in Austria.

All das werden wir nicht halten können, wenn wir uns mit Mittelmaß zufriedengeben.

Mittelmaß bei der Schulbildung wird nicht reichen, um technologisch an vorderster Position zu agieren, Mittelmaß bei der Digitalisierung wird nicht genügen, um innovative Produkte und Geschäftsmodelle zu entwickeln, Mittelmaß bei der Attraktivität der steuerlichen und administrativen Standortbedingungen ist zu wenig, um im internationalen Ansiedlungswettbewerb um zukunftsweisende Investitionen zu reüssieren.

Noch weist Österreich ein überdurchschnittlich hohes Pro-Kopf-Einkommen auf – aber mit einer nur durchschnittlichen wirtschaftlichen Performance werden wir auch bei dieser zentralen Größe nur eben dies – nämlich Mittelmaß – erwarten können.

Doch dann wird Österreich sich auf Dauer weder eines der höchstdotierten Pensionssysteme noch eines der besten Gesundheitssysteme der Welt mehr leisten können. Wir stehen auf den Schultern unserer früheren Erfolge und leben bei wachsender Verschuldung auf Kosten unserer zukünftigen Generationen.

UM DIE ZUKUNFT ZU GEWINNEN, BRAUCHT ÖSTERREICH POST-COVID EINE DOPPELSTRATEGIE.



Deren Ziel beschränkt sich nicht darauf, möglichst bald wieder auf das Prä-COVID-Niveau zu gelangen. Nur zu erklimmen, wo wir schon waren, wäre schon deshalb unzureichend, weil die wichtigsten Akteure im globalen Systemwettbewerb längst weiter vorangeschritten sind. Und es wäre unzulänglich, um die COVID-induzierten Schäden in Form von Beschäftigungsverlusten, Unternehmensschließungen und Verschuldungszuwächsen wettzumachen.



Als österreichische Industrie zielt unsere Ambition weitaus höher. Wir streben nach Exzellenz in drei Dimensionen, nämlich der Qualifizierung, der Digitalisierung & der Innovation. Österreich soll über sich selbst hinauswachsen können. Diese Industriestrategie zeigt, wie Wohlstand für die Menschen in Österreich auch in Zukunft möglich wird!

MODERNE WERKZEUGE, UM DAS VORKRISENNIVEAU ZU ERREICHEN



ARBEITSMARKT BELEBEN

1. **Die richtigen Anreize setzen – Arbeitslosengeld Neu mit degressiver Leistungshöhe.** Die größte Wirtschaftskrise nach WWII hat gezeigt, die aktuellen Zumutbarkeitsgrenzen sind nicht mehr praxistauglich.

Daher schlagen wir vor:

1. Arbeitslosengeld NEU mit degressiv gestufter Leistungshöhe und Stärkung der Erwerbsanreize
2. Integrierung der Notstandshilfe (dzt. 51% Nettoersatzrate) in das Arbeitslosengeld
3. Bestehende Fehlanreize streichen, etwa die Möglichkeit des Leistungsbezugs bei geringfügiger Beschäftigung
4. Ausweitung der zumutbaren Wegzeiten (+ 2h pro Wegzeit);
5. Effizientere und effektivere Gestaltung der Arbeitsmarktförderungsinstrumente

2. **Menschen & Wirtschaft entlasten – Lohnnebenkosten in Richtung deutsches Niveau senken**

Die Lohnnebenkostenbelastung lag laut Eurostat in Österreich zuletzt (Lohnnebenkosten 2019 als % des Gesamtwertes) mit 26,6% um mehr als vier Prozentpunkte höher als in Deutschland mit 22,1% und auch deutlich höher als der Durchschnitt der EU28 (23,7%).

- **Was ist zu tun?** Unmittelbar geboten ist eine Senkung des Unfallversicherungsbeitrages (aktuell 1,2%; Zahl der Arbeitsunfälle seit 1990 um mehr als 40 % gesunken, Beiträge jedoch nicht entsprechend reduziert; zudem entfällt mit 1.1.2023 die überhöhte Pauschalzahlung nach § 319a ASVG).
- **Strukturelle Themengebiete**, die es zu lösen gilt sind der FLAF-Beitrag (aktuell 3,9%), der vielfach für familienfremde Leistungen eingesetzt wird (z.B. Schulbücher, Unterhaltsvorschuss, Pensionsbeiträge, ...), aber auch der Arbeitslosenversicherungsbeitrag, in Österreich aktuell 6% (je zur Hälfte DG/DN), in Deutschland hingegen nur 2,4% (!).

ENTLASTUNGEN VORANTREIBEN

Senkung von Steuern und Abgaben zur Entlastung von Unternehmen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich.

Um die Wirtschaft in Österreich Post-Covid optimal wieder in Fahrt zu bringen, sind steuerliche Maßnahmen erforderlich, die Unternehmen entlasten und Investitionen fördern. Dazu sind Steuern auf Gewinne zu reduzieren und Eigenkapitalbildung zu stärken.

- **Senkung der Körperschaftsteuer** von derzeit 25% auf zumindest 21% - rasche Umsetzung erforderlich
- **Entdiskriminierung der Eigenkapitalfinanzierung** durch Einführung eines Betriebsausgabenabzugs für Eigenkapitalzinsen
- **Option in das Körperschaftsteuerregime für Personengesellschaften**

KAPITALMARKT STÄRKEN

Stärkung des Kapitalmarkts zur besseren Unternehmensfinanzierung und zur Verbesserung der Altersvorsorge

Zur Sicherung der Altersvorsorge und gleichzeitig der Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten über den Kapitalmarkt sind Maßnahmen notwendig, um Investitionen in den Kapitalmarkt zu attraktivieren.

- Einführung einer **Behaltefrist bei der Kapitalertragsteuer** (Steuerbefreiung von Wertzuwächsen nach einem Jahr)
- **Rücknahme der Erhöhung der KEST** von derzeit auf 27,5% auf 25%
- **Verlustvortrag für Kapitaleinkünfte**, die der KEST unterliegen
- **Senkung der Versicherungssteuer** in der Lebensversicherung, Reform der **Prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge**, Förderung der **betrieblichen Altersvorsorge**
- Förderung von **Private Equity Investitionen** durch institutionelle Anleger durch entsprechende rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen (z.B. in Form von Kapitalgarantien)
- **Agile und resiliente Unternehmen:** Um die Attraktivität der AG für Familien-, Konzern- und auch Startup-Unternehmen zu stärken, soll das Kapitalgesellschaftsrecht, allen voran das Aktienrecht, flexibilisiert werden.
- Mehr Gestaltungsmöglichkeiten in der Satzung erlauben passgenaue Lösungen für den nationalen und internationalen Wettbewerb. Zudem soll die Eigenkapitalbasis der Unternehmen gestärkt werden, um künftig in Krisensituationen noch widerstandsfähiger zu sein. **Bsp.: Vereinfachte Kapitalerhöhung ohne Bezugsrecht für Altaktionäre.**

DEREGULIERUNG & ENTBÜROKRATISIERUNG

1. Entbürokratisierung des Steuersystems und der Kapitalmarktregulierung

Nicht nur die Höhe der Steuern und Abgaben belastet Unternehmen und Wirtschaft, auch bürokratische Hürden im Steuersystem als auch bei der Regulierung des Kapitalmarkts verursachen unnötigen Aufwand und dämpfen so das Wirtschaftswachstum.

- **Abschaffung von Bagatellsteuern**, insbesondere der Rechtsgeschäftsgebühren (u.a. für Bestandsverträge) sowie der „Bankensteuer“
- **Verbesserung (Beschleunigung) von Verständigungsverfahren**
- Regulatorische Bestimmungen in kapitalmarktrelevanten Materiengesetzen **praxisnah und effizient** gestalten

2. Rücknahme von Gold-Plating

- Vorgaben in europäischen Richtlinien werden in Österreich oftmals überschießend in innerstaatliches Recht umgesetzt, was zu Wettbewerbsnachteilen für heimische Unternehmen im europäischen Binnenmarkt führt.
- Die Umsetzung der Wohnimmobilienkredit-Richtlinie in Österreich geht beispielsweise sogar mehrfach über die Anforderungen der Richtlinie hinaus (z.B. hinsichtlich der Limitierung der Vorfälligkeitsentschädigung bei vorzeitig zurückgezahlten Hypothekar- und Immobilienkrediten), was zu einem Wettbewerbsnachteil für österreichische Banken etwa im Vergleich zu deutschen Kreditinstituten führt.

3. Digitale, globalisierte Arbeitswelt – Regulierungslast abbauen, modernes Arbeitsrecht.

- Im Lichte einer digitalen, globalisierten Arbeitswelt braucht es ein modernes Arbeitsrecht, das die Gestaltungsmöglichkeiten auf der betrieblichen Ebene stärkt und die Regulierungslast abbaut. Zu restriktive Arbeitsrechtsbestimmungen teils in Verbindung mit überschießenden Verwaltungsstrafbestimmungen erzeugen Bürokratie und belasten den Standort massiv.

INVESTITIONEN FORCIEREN

1. Investitionsprämie – Fristen verlängern

- z.B. für die Fertigstellung der Projekte von 31.2.2025 weiter verlängern sowie den Deckel – bisher 50 Mio. Euro – anheben.

2. Wiederbelebung des Investitionsfreibetrags

- Unser Vorschlag: Freibetrag für 20 - 30 Prozent der Investitionskosten (Maschinen, Produktionsgebäude etc.).
- Diesen Freibetrag könnte für ökologisch sinnvolle Investitionen erhöht werden – analog zur jetzigen Investitionsprämie.

INFRASTRUKTUR SICHERN & AUSBAUEN

1. Infrastrukturausbau als Backbone der Versorgungssicherheit forcieren

Die Schaffung einer sicheren, intelligenten und leistungsfähigen Infrastruktur (Schiene, Luft, Wasser, Straße, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologien) und deren ressourceneffiziente Bewirtschaftung sind die tragenden Elemente von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand.

Dabei stellt IKT jene Meta-Infrastruktur dar, die sich auf alle anderen Infrastrukturen auswirkt. Dementsprechend müssen nachhaltige Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den IKT-Infrastrukturausbau und die IKT-Nutzung massiv voranzutreiben.

- **Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen Breitband | 5G als notwendige Grundlage für Digitalisierung.**
Das erfordert u.a.: TKG Neu / Standortverträgliche Umsetzung und Anwendung EU-Telekomrechtsrahmen (EECC), Neustrukturierung der Förderkulisse, Bewilligungsfreier Bau von öffentlichen Kommunikationsnetzen, Verbindung von behördlichen Genehmigungsverfahren (One-Stop-Shop).
- **ICT for Green**
Die Möglichkeiten von IKT als Beitrag für die Energie- und Verkehrswende auszuschöpfen. Ihre Anwendung trägt maßgeblich zur Entwicklung von energieeffizienteren Produkten und Prozessen und damit zu einem umweltfreundlichen, schadstoffarmen bzw. -freien Energie- und Verkehrssystem bei.
- **Erhalt und Ausbau der Mobilitäts- und Technologievielfalt als Basis für ein resilientes (Güter-) Verkehrs- und Transportangebot in der Fläche**
Das erfordert: Ausbau und Instandhaltung zukunftsfester Infrastruktur und flächendeckender Multimodalität unter Einsatz neuer Technologien, Effizienz durch Kostenwahrheit, Transparenz und Technologieneutralität, Raumordnung als (Lenkungs-)Instrument für Verkehrs- und Siedlungspolitik.
- **Prioritäre Umsetzung des TEN (Transeuropäischen)-V (Verkehrs-)-Kernetzes und der TEN-E (Energienetze)-Verordnung sowie Aufbau einer europäischen Wasserstoffinfrastruktur.**

1. Deutliche Beschleunigung von Genehmigungsverfahren insbesondere für Infrastruktur- & Energieprojekte

- Immer langwierigere und komplexere Genehmigungsverfahren nehmen Projektwerbern, gerade bei großen Infrastrukturprojekten oder in der E-Wirtschaft, jegliche Planungssicherheit (Beispiel Salzburgleitung) **und gefährden damit die Versorgungssicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, sowie die Erreichung der Erneuerbaren Ausbauziele.**
- Verschärft wurde die Problematik im vergangenen Jahr durch die verfahrensrechtlichen Covid-19-Begleitgesetze, wodurch zahlreiche **behördliche wie gerichtliche Genehmigungsverfahren nahezu stillstanden.**
- **Gleichzeitig hat sich gerade in der Covid-19-Krise gezeigt, dass die Resilienz eines Wirtschaftsstandortes ganz massiv von einer entsprechend stabilen und modernen Infrastruktur abhängt.** Auch der jüngste Beinahe-Blackout in Europa vom 8.1.2021 ist in diesem Sinne als klarer Auftrag an die Politik zu verstehen.
- Ebenso wird die Dekarbonisierung der Industrie ohne straffere und besser strukturierte Verfahren, personell entsprechend ausgestattete Behörden und Gerichte, sowie „Genehmigungsfreiräume“ durch sog. Experimentierklauseln nicht gelingen.
- **Insbesondere bedarf es einer Straffung der Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren (UVP-G), einer längst überfälligen Reform des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG), sowie der Verfahren vor den Bundesverwaltungsgerichten (VwGVG).**
- Umgehend sollte daher die Liste an Maßnahmen umgesetzt werden, die der Standort-Entwicklungsbeirat unter Einbindung aller relevanter Ministerien erstellt hat und die bereits seit Juni 2020 vorliegt. Diese enthält u.a.:
- **Zeitgemäße digitale Kundmachung:** Die Verlautbarung des Edikts in Tageszeitungen sollte entfallen und stattdessen eine zentrale, österreichweite Homepage als zeitgemäße, kostengünstige Lösung im Sinne der Rechtssicherheit eingerichtet werden.
- **Zuziehung nichtamtlicher Sachverständiger erleichtern zur Verfahrensbeschleunigung:** Die bisherigen Regelungen zur Beiziehung nichtamtlicher Sachverständiger haben sich in der Praxis als zu eng erwiesen.

2. Deutliche Beschleunigung von Genehmigungsverfahren insbesondere für Infrastruktur- & Energieprojekte

Eine solche Agentur – wie sie in Deutschland bereits 2010 geschaffen wurde – soll einen Beitrag dafür leisten die für die industrielle Produktion unverzichtbare Versorgung mit kritische Rohstoffen strukturell zu verbessern. Aufgaben einer solchen neuen österreichischen Rohstoffagentur sollten insbesondere sein:

- Ein laufendes Monitoring der Versorgung von Österreich mit industrierelevanten Rohstoffen durch Beobachtung der Dynamik der internationalen Rohstoffmärkte, des Aufkommens aus eigenen Quellen sowie Identifikation und Bedarf von kritischen Rohstoffen.
- Ausrichtung der Kreislaufwirtschaft im Hinblick auf eine maximale Nutzung des Rohstoffpotenzials. Bei Zielvorgaben soll, neben der Menge, auch die Wertigkeit durch den Inhalt seltener Rohstoffe berücksichtigt werden.
- Schlüsseltechnologien für Rohstoffgewinnung sind aufzubauen und zu erhalten. Die Abwanderung der Rohstoffindustrie ist zu stoppen. Gleichzeitig sind Know-How und entsprechende Anlagen in Europa aufzubauen und zu fördern, die in Zukunft für die Versorgung mit primären und sekundären Rohstoffen notwendig sind.
- Koordination der Aktivitäten Österreichs mit jenen anderer EU-Staaten bzw. der Europäischen Kommission. Nur im Rahmen dieser internationalen Kooperationen kann Österreich Vorteile nutzen und diese zur Absicherung seiner Lieferketten verwenden.

3. Schutz vor Industriespionage

- In der heutigen Wissensgesellschaft hängt der wirtschaftliche Erfolg der österreichischen Unternehmen zunehmend an wissensbasierten Vermögenswerten, die zu einem Großteil aus Geschäftsgeheimnissen bestehen.
- **Ein wirksamer rechtlicher Schutz von Geschäftsgeheimnissen ist nicht nur Innovationsmotor, er fördert auch die geschäftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit.** Gerade im Strafrecht besteht hier Nachschärfungsbedarf. Bsp.: Anheben des Strafrahmens für Industriespionage auf europäisches Niveau.

EFFIZIENZ STEIGERN

Potenzialwachstum durch effektive und effiziente Staatsausgaben steigern

Der gezielte Einsatz von Staatsausgaben wird zum Treibstoff und Hebel für das Comeback und den Aufschwung. Um die Effekte für ein Potenzialwachstum optimal zu nutzen und privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren, braucht auch der Staat eine Investitionslogik für öffentliche Ausgaben in Zukunftsfelder (Bildung, Infrastruktur, Forschung, Klima, Umwelt).

- **Zukunftsfördernde Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik:** Staatsausgaben sollen auch als Risikokapital in Zukunftsfelder und Innovationsentwicklung investiert werden.
- Klare **Priorisierung der Zukunftsausgaben** und Verankerung dieses Prinzips im jährlichen Strategiebericht des Bundesfinanzrahmens. Es muss klar ersichtlich sein, in welchem Umfang die Ausgaben des Staates zukunftsorientiert und nicht gegenwarts- (z.B. Verwaltung) oder vergangenheitsorientiert (z.B. Pensionen) sind.

- **Systematische Analyse** des Input-Output Verhältnisses von Staatsausgaben sowie Errechnung der volkswirtschaftlichen Renditen von Investitionen.
- **Erhöhung von öffentlichen Investitionen** in den Ausbau von mobilen und flexiblen Angeboten im Bereich der sozialen Dienstleistungen und Care Arbeit (Ausbildung und Qualifizierung, Entwicklung neuer Berufsbilder, dezentrale Modelle, etc.).
- **Implizite Staatsschuldenquote und intergenerativer Schuldencheck:** Systematische Erstellung eines intergenerativen Schuldenchecks, der anzeigt, wie sich nach derzeitiger Gesetzeslage die Altersausgaben auf den zukünftigen Schuldenstand auswirken. Diese „implizite Staatsschuldenquote“ muss als Richtwert für die Politik konsequent berechnet und transparent veröffentlicht werden.
- **„Spending Reviews“ aller Staatsausgaben** (Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt etc.) zu besserer Wirkungsorientierung.

ÖKONOMISCHE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

Die Covid-Krise macht deutlich: Frauen arbeiten überproportional in Branchen, die von der Krise besonders betroffen sind. Um eine ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen braucht es eine disruptive Geschlechter-Gleichstellungspolitik, Rahmenbedingungen, die Leistung geschlechterunabhängig belohnen, und erhebliche politische Anstrengungen im Bereich Bildung und Kulturwandel.

- **Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist ein Standortthema: bessere Aufteilung der Kinderbetreuungszeiten und des Kinderbetreuungsgeldes zwischen beiden Elternteilen, konsequenter Ausbau der Kinderbetreuung und Rechtsanspruch ab dem 1. Geburtstag, steuerliche Verbesserungen bei Unterstützungsleistungen für Kinderbetreuung von Unternehmen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Ermöglichung flexibler Arbeitszeiten.
- **Fokus auf Maßnahmen**, um mehr Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und damit auch eine Senkung von Einkommens- und Pensionsunterschieden zwischen Frauen und Männern zu erreichen: u. a. Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung, Erhöhung der Qualität der Frauenbeschäftigung, Abbau von Segregationen in der Bildungs- und Berufswahl (z.B. Frauen für MINT-Berufe gewinnen).
- **Mehr Diversität in Führungspositionen:** In gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Schlüsselpositionen soll dadurch sichergestellt werden, dass Entscheidungen getroffen werden, die beide Geschlechter berücksichtigen. Diversität ist ein Business Case und ein wesentlicher Treiber für Innovation.
- **Es braucht einen Nationalen Aktionsplan**, der unter Einbindung aller relevanten Stakeholder erstellt wird, um eine breit getragene Umsetzung und Zielerreichung sicherzustellen. Dabei soll Gleichstellung aus der Sicht beider Geschlechter thematisiert werden und Benachteiligungen von Frauen und Männern zur Sprache kommen.

EXZELLENT IDEEN, UM ÜBER UNS HINAUSZUWACHSEN



DIGITALISIERUNG BESCHLEUNIGEN

1. Verwaltungsprozesse durchgängig digitalisieren und E-ID einführen.

- Österreich orientiert sich an den Vorreitern in diesem Bereich und schafft nicht nur eine **Digitalisierung von Verwaltungsprozessen**, sondern führt den Staat in eine digitale Transformation in Partnerschaft mit der Wirtschaft.
- Daneben ermöglicht die **Einführung der E-ID die zentrale Authentifizierung für natürliche und juristische Personen (single sign up/in)**.
- **Mit der E-ID kann jeder Bürger mit einfacher Online-Authentifizierung auf öffentliche und private Dienste zugreifen, äquivalent zu jedem Ausweisdokument in analogen Prozessen.** Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Datensicherheit, um Vertrauen in das gesamte System aufzubauen.

2. Digitale Transformation von privaten Haushalten und Staat vorantreiben

Der digitale Staat führt zu hoher Transparenz, Effektivität und Effizienz in allen Bereichen (Verwaltung, Justiz, Gesundheit, Bildung etc.) und verwirklicht eine niederschwellige, einheitliche und zentrale Verbindung der Menschen mit dem Staat und untereinander.

- **Realisierung der digitalen Transformation des Staates** in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (Digital Government, E-Government, E-Citizen).
- Die **strategische Nutzung von Big Data** hat einen hohen gesellschaftlichen Mehrwert, die Daten sollen für die Verbesserung der Serviceleistungen und eine höhere Treffsicherheit von Maßnahmen genutzt werden können.
- **Einführung eines digitalen Schlüssels**, einer digitalen Identität und eines digitalen Zwillings für natürliche und juristische Personen, um sich schnell, unkompliziert, sicher, rechtsverbindlich und transparent digital bewegen zu können.
- Ein **gesamtgesellschaftlicher Diskurs** über Dateneigentum und Datenverwendung ermöglicht die Entwicklung eines rechtlichen Rahmens zur besseren Zusammenarbeit, sowie den zukünftigen Handel mit Daten von B2B und B2C/C2B/C2C.
- **Umsetzung eines einheitlichen digitalen Verwaltungssystems** und breite Ausrollung des Once-Only-Prinzips.

- **Daten und Dateninfrastruktur** sollen für ein Monitoring von Prozessen herangezogen werden und zeitnah für wichtige Entscheidungen zur Verfügung stehen (Impfdaten, tagesaktuelle Daten von Finanzamt oder AMS, etc.).
- **Anonymisierte Personendaten** können der Wissenschaft (zu gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt werden.
- **Förderung von Digital Literacy** zur Sensibilisierung und Empowerment der Nutzer hinsichtlich Datenschutz und persönlicher Datenhoheit.

3. Technologiekompetenz durch Forschung & Entwicklung (F&E) massiv ausbauen

- **Größere F&E-Initiativen (Themencenter) zu KI und Digitalisierung sollen etabliert werden, um die Technologiekompetenz durch F&E massiv auszubauen.** Es ist eine intensive Stimulierung von Innovationsschüben erforderlich, um rascher smarte Produkte, digitale Produktion und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.
- Wichtig ist es, **Technologie-Frontrunner aus Österreich zu stärken, ebenso wie neue Technologien in robuste Systeme überzuführen.** Ziel sind agile und resiliente Wertschöpfungsnetzwerke und ein wettbewerbsfähiger, innovativer und nachhaltiger Produktionssektor mit einem starken Ökosystem aus Leitbetrieben, KMU und Jungunternehmen in Österreich.
- **Bilaterale Ausschreibungen mit strategisch wichtigen Ländern (z.B. Deutschland) sollen stärker in den Fokus gerückt werden.** Zudem stellt die Politik sicher, den beihilferechtlichen Förderrahmen voll auszuschöpfen und die Teilnahme an Förderprogrammen zu erleichtern. Die Forschungsprämie als USP des FTI-Standorts Österreich wird fortgeführt.
- Zudem sollten größere Technologie-Initiativen im Bereich Digitalisierung und KI aktiv als FTI-Ökosystem ausgestaltet werden, mit dem Fokus den Wissens- und Technologietransfer zu forcieren und Skalierbarkeit zu ermöglichen.
- Das aktive beidseitige aufeinander „Zugehen“ von Wirtschaft und Wissenschaft soll verstärkt und der strategische Dialog für Zukunftsfelder forciert werden. **F&E-Kooperationen mit Unternehmen sollen über Indikatoren in den Leistungsvereinbarungen der Universitäten für zusätzliche Forschungsmittel incentiviert werden.**
- **KI-basierte Lösungen sollen die „Suche“ nach Informationen und geeigneten Partnern vereinfachen und beschleunigen.** Dazu sollen bestehende nationale und internationale Datenbanken bestmöglich genutzt werden, Know-how über Kompetenzen an Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitäre Einrichtungen leicht abrufbar gemacht werden und einen raschen Wissenstransfer in den Markt ermöglichen.

4. Guidance durch die öffentliche Hand schafft Rechtssicherheit für KI-Anwender

- Die öffentliche Hand schafft durch Interpretationshilfen rechtliche Klarheit vor allem in Bezug auf **Datenschutz, geistiges Eigentum und Haftung für etwaige Schäden.** Idealerweise können KI-Anwender

und Entwickler rasch und unkompliziert eine Einschätzung zur gewünschten Datennutzung in den KI-Projekten einholen, um die gewünschte KI Anwendung inkl. der dafür notwendigen Datennutzung möglichst rechtssicher umsetzen zu können und Haftungsrisiken zu minimieren.

- Obwohl in der österreichischen Industrie aktuell oft (noch) nicht mit personenbezogenen Daten gearbeitet wird, soll für den Fall, dass vermehrt mit personenbezogenen Daten gearbeitet wird, eine möglichst hohe Klarheit in der Anwendung der regulatorischen Vorschriften als Qualitätsmerkmal und Standortvorteil gesehen und etabliert werden. **Datenschutzregeln werden für Forschungszwecke unter bestimmten Voraussetzungen gelockert.**

5. Security-Mindeststandards festlegen und steuerliche Begünstigung ermöglichen.

- Als kosteneffiziente Alternative bzw. niederschwellige Vorstufe zu teuren Security-Zertifizierung (wie z.B. ISO 27001) sollten **Security-Mindeststandards festgelegt werden**, ähnlich den in Großbritannien etablierten Cyber Essentials und dem in Österreich gerade mit dem KSÖ entwickelten Qualitätslabel Cyber Trust Austria.
- Zusätzlich sollten **Ausbildungs- und Zertifizierungsprogramme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen gefördert werden** (z.B. durch Investitionsprämien). Die Ausgaben zur Erhöhung der Cybersicherheit unter der Einhaltung von bestimmten Industrie-Standards sollten steuerlich abzugsfähig werden.

6. Lehreraus- und -weiterbildung neu ausrichten & Werken zum digitalen Drehscheibenfach ausbauen

- **Pädagoginnen und Pädagogen sind die Schlüsselpersonen, wenn es darum geht, Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg ins digitale Zeitalter optimal zu begleiten.** Die Lehrerausbildung bedarf daher einer Neuausrichtung.
- Die **Bestgeeignetsten sollen über ein Auswahlverfahren auf die neue Rolle vorbereitet werden.** Im Zentrum steht dabei die Vermittlung moderner pädagogischer Konzepte, die neue Lehr- und Lernformen mit notwendigem Faktenwissen kombiniert.
- Es werden neue **flexible Laufbahn- & Karrieremodelle** etabliert, die einen Quereinstieg und -ausstieg in pädagogische Berufe und das ausreichende Sammeln von Praxiserfahrung ermöglichen.
- **Weiterbildungen und Schulungen für Lehrkräfte müssen intensiviert werden**, um Agilität und Veränderungsbereitschaft zu unterstützen und deren Fähigkeiten bzgl. digitaler Technologien auf dem neuesten Stand zu halten und aufzubauen.
- Deshalb sollten sich Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich im Rahmen von mehreren **Weiterbildungstagen pro Jahr auch mit digitalen Methoden und Wissen auch außerhalb der Unterrichtszeiten** professionalisieren können. Dieses Engagement soll individuell belohnt werden können (Incentives).

- **Moderne Wissensvermittlung verbindet theoretische und praktische Komponenten, auch im Bereich der technischen und digitalen (Grund-)Bildung. Das Unterrichtsfach Werken sollte aufgewertet und zu einem praktischen MINT-Drehscheibenfach ausgebaut werden.**
- In einem fächerübergreifenden Ansatz soll das Theoriewissen aus anderen MINT-Fächern im “neuen” Fach Werken praktisch – und auch in digitaler Form – zur Umsetzung gebracht werden. Im Zentrum des neuen Gegenstandes stehen überfachliche Kompetenzen wie Kreativität, analytisches Denken, Mustererkennung, Kontextfähigkeit, Ambiguitätstoleranz aber auch Berufsorientierung, Programmieren aber auch ein spielerisches, haptisch-manuelles Heranführen an die Welt der Technik.
- Durch den hohen Praxis- und Anwendungsbezug zur eigenen Lebensrealität soll das Fach alle aber insbesondere Mädchen für digitale und technische Inhalte ab dem ersten Schuljahr begeistern.

7. Bestehende Cluster und internationale Vernetzung österreichischer Unternehmen weiter stärken und Plattform-Strategie mit Schwerpunktthemen erarbeiten

- Etablierte Strukturen, wie insbesondere bestehende Cluster und Pilotfabriken, sollen gezielt als Multiplikator zur **Forcierung von branchenübergreifendem Wissen von digitalen Geschäftsmodellen sowie zur Stärkung von digitalen Technologien** (KI, Cyber Security, IoT, Additive Manufacturing, Data Analytics etc.) genutzt werden.
- Durch agiles Management und kooperatives Zusammenwirken der Akteure sowie durch die Verankerung entsprechender KPIs (z.B. Zahl der internationalen Projekte) werden der **Wissenstransfer operationalisiert, die Resilienz von Liefer- und Wertschöpfungsketten abgesichert, internationale Vernetzung etabliert, Best Practice ermöglicht und neue Kooperationen, vor allem die Beteiligung an europäischen und internationalen Initiativen, angestoßen. Damit wird die Anschlussfähigkeit an internationale Trends massiv verbessert.**
- Darüber hinaus sollte bis **2023 eine Plattform-Strategie für skalierbare europäische Lösungen** ausgearbeitet sein. Dabei sollten gezielt **Themenschwerpunkte gesetzt werden, bspw. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Mobilität, Energie, Ernährung, Verwaltung, Smart Cities und Produktion.**
- Die Plattform-Strategie umfasst eine jeweils **allgemeinverständliche Zieldefinition und beschreibt klare Rahmenbedingungen für das Zusammenspiel der dahinterstehenden Ökosysteme.**
- **Bis 2027 müssen sich daraus pro Themenschwerpunkt mindestens 3 Leuchtturmprojekte etabliert haben in denen der österreichische Staat als Public-Trustee fungiert.**

QUALIFIZIERUNG VERBESSERN

1. Mit Bildungsinvestitionen Zukunft eröffnen

- **Breit angelegte Finanzierungsoffensive** vom Kindergarten bis zur Hochschule starten, strukturelles Budgetpotential effizient nutzen und mit frischen, zusätzlichen Mitteln Reformimpulse mit großer Hebelwirkung setzen.
- **Investitionen künftig zu den Jüngsten** lenken (Elementarbildung bis Sekundarstufe I), denn hier ist die Bildungsrendite am höchsten: Je jünger die Kinder, desto mehr zahlen sich Investitionen aus: bildungspolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.
- **Spitzenleistung** (Begabungs- und Begabtenförderung) auf allen Bildungsstufen fördern, weil uns Exzellenz voranbringt; **Ausbau der FH-Studienplätze im MINT-Bereich** (1.200 zusätzliche Studienplätze jährlich), weil wir Fachkräfte brauchen; **Ausbau der digitalen und baulichen Infrastruktur** umsetzen.

1. Bildungsdefizite aufholen und digitale (Aus-)Bildung stärken

- **Bildungsdefizite aufholen und künftig verhindern:** umfassende Diagnose des Förderbedarfs der Kinder und Jugendlichen, Unterstützungsangebote wie Fördersysteme, Mentoring und tutorielles System beibehalten sowie dauerhafte Einrichtung der Summer Schools.
- **Digitale (Aus-)Bildung weiter stärken:** Umsetzung des 8-Punkte-Plans der Bundesregierung; Ausbau der schulischen IT-Infrastruktur; digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte sichern; verpflichtende Weiterbildungen für das bestehende Lehrpersonal in Schulen und Hochschulen (Umgang mit digitalen Medien, innovative Lernmethoden und Didaktik); qualitätsgesicherte Lern-Apps sowie einheitliche Lernplattformen im schulischen und hochschulischen Bereich.
- **Systematische Aufarbeitung der Erfahrungen aus der Corona-Zeit** durch eine Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus BMBWF, Stakeholdern aller Bildungsbereiche sowie Vertretern aus Industrie und Wirtschaft. Die Arbeitsgruppe trifft evidenzbasierte Entscheidungen mit Blick auf ein modernes Bildungssystem.

2. Bildungs- und Berufswahl entscheidend verbessern

- **Re-Check** von Corona-bedingten Entscheidungen, insbesondere an den höheren Schulen der Sekundarstufe II in Richtung eines möglichen Wechsels in eine Lehrausbildung; abgemilderte Aufstiegs Klauseln nicht zu Dauerlösung werden lassen.
- **Gesamtangebot** aus individueller Potenzialanalyse, umfassender Information zu Bildungs- und Berufswegen und Gleichwertigkeit der Bildungsentscheidungen insbesondere in der Sekundarstufe I schaffen.
- Durch die erhöhte **Passgenauigkeit** der Entscheidungen berufliche Chancen erhöhen, Lebenszufriedenheit steigern, potenzielle Drop-Outs verhindern.

- **Mehr AHS-Maturantinnen und -Maturanten für die Lehre gewinnen**, umfassende Bildungs- und Berufsberatung in der Sekundarstufe II, die zu hochschulischen und berufsbildenden Möglichkeiten berät.
- **Schwerpunkt auf moderne und zukunftsrelevante Berufsbilder**, Kompetenzprofile und Bildungsinhalte (z.B. Wirtschaftsbildung, Digitalisierung), die von einer „Skills Agency“ identifiziert werden.

3. **Fachkräfte- und Qualifizierungsoffensive**, die über das unmittelbare Abfedern der Corona bedingten Arbeitsmarktkrise hinausgeht und zukunftsorientierte Kompetenzprofile fördert.

- **Umfassende Fachkräftestrategie** der Bundesregierung, die sämtliche relevante Maßnahmenbereiche (Aus- und Weiterbildung, Frauen, Ältere, Migration) aufgreift und ein abgestimmtes Paket vorlegt.
- **Finanzierungspool „Skills-Sprung nach vorn“**, der Qualifizierungsmaßnahmen in sämtlichen genannten Maßnahmenbereichen aufeinander abgestimmt fördert und damit einen Kompetenzsprung der gesamten österreichischen Erwerbsbevölkerung erreicht.
- Fundierte, transparente und verbindliche **Kompetenzperspektiven** schaffen, die Orientierung und Planungssicherheit für Unternehmen, Politik, Aus- und Weiterbildungsträger ermöglicht (siehe „Skills Agency“).
- Bestehende **Qualifizierungsmaßnahmen** nach Arbeitsplatznähe und -relevanz evaluieren und punktuell erweitern (z.B. durch das Öffnen berufsbildender Schulen).
- **Kommunikationsoffensive** von Politik und Wirtschaft im Zuge des ‚Recovery‘, um auch ältere und etablierte Arbeitskräfte von der Notwendigkeit des Lebenslangen Lernens zu überzeugen und Bildungs- und Fördermöglichkeiten aufzuzeigen.
- **Frauen** als wichtigste Potenzialträgerinnen im Kampf gegen den Fachkräftemangel erkennen, sie in einer zukunftsorientierten Berufswahl bestärken und ihre Erwerbsbeteiligung fördern.

4. **Fachkräfteagentur als „Kompetenzzentrum“ für Fachkräftemonitoring**

- Ziel: **Steuerung** der mittel- und langfristigen Fachkräfteentwicklung in Österreich.
- Aktuell verfügbare **Kompetenzprofile** zukünftigen Kompetenzbedarfen am österreichischen Arbeitsmarkt gegenüberstellen.
- Bestehende Analysen und **Prognosen** (IHS, Industrie 4.0 und Digitalisierung, AMS New Digital Skills, WIFO-Beschäftigungsprognose usw.) aufgreifen und ergänzen.
- Klare und verbindliche **Aussagen** zur erwartbaren Kompetenzentwicklung treffen: wissenschaftlich fundiert, nach international üblichen Berufs- und Kompetenzklassifikationen, für alle Zielgruppen verständlich erklärt.
- Auf dieser Basis **Empfehlungen** abgeben für die Kompetenzentwicklung in der Aus- und Weiterbildung, der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaft und somit in Richtung der Politik, der Bildungsträger und der Unternehmen.

- Schlanke **Organisations- und Arbeitsstruktur** mit klaren Zielsetzungen.

5. Attraktivitätschecklist für ausbildende Betriebe

- Merkmale **attraktiver Ausbildungsbetriebe** analysieren und aufbereiten, um allen Unternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, Spitzenausbildungsbetriebe zu werden.
- Damit **Attraktivität und Image der Lehre heben**, weil der Anteil der attraktiven Ausbildungsbetriebe deutlich steigt.
- Die **Industrielehre ins Rampenlicht** rücken, weil sichtbar wird, wie attraktiv die Industriebetriebe und die dort angebotenen Ausbildungsberufe heute schon sind.
- **Attraktivität einzelner Ausbildungsbetriebe** dadurch heben, dass sie gewisse Leistungen im Verbund anbieten (bis hin zum Lebensraum „Lehrlings-Hubs“).

6. Qualifizierte Zuwanderung: - Rot-Weiß-Rot-Karte (RWR-Karte) weiterentwickeln

- Laut Global Competitiveness Report 2019 des World Economic Forum liegt Österreich im Ranking auf Platz 21 unter 141 Ländern, in der Kategorie Regulierung des Zugangs zum österreichischen Arbeitsmarkt nur auf Platz 104.
- **Ziel: Umsetzung des Regierungsprogramms: Rot-Weiß-Rot-Karte (RWR-Karte) weiterentwickeln, insbesondere:**
- Konsolidierung des gesetzlichen Rahmens, Unternehmen und Antragstellende sollen sich im Sinne eines **One-Stop-Shops bei der Austrian Business Agency (ABA)** als Servicestelle unbürokratisch über den aktuellen Stand ihrer RWR-Karte informieren können, **Antragstellung vereinfachen** (bei Antragsstellung sollen auch englischsprachige Unterlagen und Korrespondenz akzeptiert werden, **Digitalisierung des Verfahrens**, Verkürzung der Wartezeiten), **Verfahren straffen**, usw.

7. Start einer MINT-Offensive - Österreich zum TOP-Talente-Standort machen

- Hochqualifizierte, kreative und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Basis für Forschung, Technologie und Innovation in Österreich. Gleichzeitig leidet die Industrie seit Jahren unter einem eklatanten Mangel an Innovationsnachwuchs. Erfreulicherweise wurde in der FTI-Strategie die Zielsetzung festgeschrieben, bis 2030 +20% MINT-Talente aus HTL, FH und Universitäten sicherzustellen. Hierfür sind alle Potenziale zu mobilisieren, um Österreich zum Sprung in die TOP-Talente-Liga zu verhelfen.
- Entwicklung einer **bedarfsorientierten MINT-Roadmap** gemeinsam mit der Industrie, die die konkreten Ausbaustufen definiert und konkretisiert. Etablierung eines **Monitoringtools nach internationalem Vorbild** (z.B. MINT-Nachwuchsbarometer), um periodische Fortschrittsberichte im MINT-Bereich zu veröffentlichen

- Start einer **MINT-Qualitätsoffensive vom Kindergarten bis zur Hochschule**, um begeisternde Lern- und Lehrkonzepte von ausgezeichneten MINT-Schulen und MINT-Kindergärten breitflächig in Österreich auszurollen und in eine Kommunikationsoffensive einzubetten. Im Kern steht das Wecken von Neugierde und die Begeisterung, über MINT-Kompetenz aktiv an der Lösung der großen globalen Herausforderungen mitwirken zu können.
- Ganz besonders ist auf die weitere Professionalisierung der Pädagoginnen und Pädagogen zu fokussieren, die durch ihren Unterricht den Schlüssel zum Erfolg der MINT-Qualitätsoffensive in Händen halten.
- Etablierung von „**Learning from the best Challenges**“, um langjährige Problemstellungen endlich zu lösen. Start von Wettbewerben, um nach besten Konzepten z.B. zur Verringerung hoher Drop-Out-Raten und höherer Frauenbeteiligung in MINT zu suchen und flächig top-down zu verankern.
- **MINT-Regionen** als heterogen zusammengesetzte Netzwerke einrichten, um flächendeckend mehr MINT-Spirit in der Gesellschaft zu erzeugen und ein besseres Matching von regionalem/r MINT-Angebot und MINT-Nachfrage sicherzustellen.
- Etablierung von spielerischen „**MINT-Eisbrecherkursen**“ auf allen Qualifikationsniveaus, um Quereinsteigern aus anderen Bereichen eine erste Kontaktaufnahme mit der Technikwelt zu ermöglichen und einen „Umstieg“ in den MINT-Bereich vorzubereiten.

FORSCHUNG & INNOVATION UNTERSTÜTZEN

1. Schaffung eines ausreichend dotierten „Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds“ (IDF) - insbesondere für Unternehmen, die dem Emissionshandel unterliegen.

- Die langfristige Dekarbonisierung der Industrie bedingt eine Transformation, die mit massiven Mehrkosten verbunden, innovative Lösungen müssen gefördert werden. Daher sind, solange kein globales Level Playing Field besteht, Instrumente zur Unterstützung der energieintensiven Industrie erforderlich.
- Daher ist ein „**Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds**“ (IDF) durch die Bundesregierung einzurichten und aus öffentlichen Mitteln ausreichend zu dotieren um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen zu sichern. **Konkret soll der IDF die nationale Dotation insbesondere folgender Instrumente ermöglichen:**
- Kofinanzierung von industriellen Investitionsvorhaben, die durch den **ETS-Innovationsfonds** oder anderen Mechanismen aus europäischen Mitteln finanziert werden.
- Kofinanzierung von industriellen Investitionsvorhaben im Rahmen der **IPCEIs Wasserstoff und/oder Low Carbon Industries** mit denen derzeit ein beihilfenrechtskonformer Rahmen geschaffen wird.

- Gerade im Bereich Low Carbon Industries besteht für Österreich derzeit die Chance eine Vorreiterrolle innerhalb Europas einzunehmen, zumal sich im Gegensatz zum IPCEI Wasserstoff noch keine Federführung anderer Mitgliedstaaten abgezeichnet hat und zahlreiche zukunftsweisende Projekte österreichischer Industrieunternehmen auf diesem Gebiet vorliegen:
- Sei es durch Carbon Direct Avoidance (z.B. durch Elektrifizierung in der Stahlindustrie), durch Carbon Capture and Utilisation (CCU) z.B. in der Zementindustrie, durch Methanpyrolyse zur Umwandlung von CO₂ in festen Kohlenstoff, oder über innovative Methoden im Bereich Kreislaufwirtschaft/Recycling.
- Ausgestaltung und Dotation allfälliger **Contracts for Difference** mit denen klimapolitisch bedingte Kosten für CO₂-reduzierte Produktion über einen längeren Zeitraum kompensiert werden können.
- Kofinanzierung von Erforschung, Herstellung und Nutzung von **alternativen Treibstoffen** für die Luftfahrt.
- Kompensation von Indirektem Carbon **Leakage durch eine „Strompreiskompensation“ wie sie in zahlreichen anderen Mitgliedstaaten existiert**, europäisches Level Playing Field erforderlich.

2. Technologieoffensive für angewandte Forschung umsetzen

- Forschung, Technologieentwicklung und Innovation in zukunftsrelevanten Bereichen sind zentral für die erfolgreiche Bewältigung der großen globalen Herausforderungen und die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie.
- FTI sichert Wohlstand, Lebensqualität und Resilienz. Die von der Bundesregierung in der FTI-Strategie 2030 und FTI-Pakt beschlossene Technologieoffensive muss nun rasch umgesetzt werden. Dabei ist die **technologische Kompetenzführerschaft in strategisch wichtigen Bereichen** auszubauen, insbesondere für die **„grüne“ und „digitale“ Transformation**.
- Es gilt die beihilferechtlich möglichen Förderobergrenzen maximal auszuschöpfen, schlanke sowie flexible Abwicklungsprozesse sicherzustellen und die rasche Überleitung auf den Markt zu ermöglichen.

Eckpfeiler der Technologieoffensive:

- **Produktionsstandort Österreich** stärken und technologieintensive Produktion von forschenden Unternehmen sichern, smarte Produktionstechnologien in „Produktion der Zukunft“ ausbauen und Ressourceneffizienz durch F&E vorantreiben.
- **Digitalisierungspush auslösen** - KI und Schlüsseltechnologien adressieren, „Digital Frontrunner“ etablieren, um die digitale Transformation der Industrie, die Überführung robuster Systeme in die betriebliche Praxis und neue Geschäftsmodelle zu forcieren.
- **„Tech for Green“** zur Beschleunigung der „grünen“ Transformation und Forcierung der Kreislaufwirtschaft nutzen, Energieforschung, Vorzeigeregionen Energie und „Mobilität der Zukunft“ stark ausbauen. Dazu braucht es smarte Technologieentwicklung.

- Ausbau **Life Sciences** zur Stärkung der Krisenresilienz von Gesellschaft und Wirtschaftsstandort durch Auf- und Ausbau insbesondere des Pharmastandortes Österreichs und Europas
- Stärkung des „Fundaments“ durch **Qualifikation und themenoffene Formate** (Basisprogramme inkl. Frontrunner, Formate der themenoffenen Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft)
- Die **Forschungsprämie**, als USP des FTI-Standorts Österreich, wird fortgesetzt und der **Fonds Zukunft Österreich** wird als Nachfolgeinstrument der Nationalstiftung komplementär zum FTI-Pakt umgesetzt.

3. Top3-Horizon Europe-Platzierung Österreichs festigen, strategische Wertschöpfungsketten ausbauen und mind. 3 weitere IPCEIs starten

- Intensive **europäische und internationale Vernetzung** ist gerade für Österreich, mit hoher Industriequote und starker Zulieferindustrie, entscheidend, um **frühzeitig technologische Weichenstellungen mitzugestalten** und Technologieführerschaft zu erreichen.
- Österreich hat eine Reihe von innovativen und technologisch führenden Unternehmen und muss daher alles daransetzen, Österreichs Unternehmen erfolgreich in **strategischen europäischen Wertschöpfungsketten** zu positionieren.
- Dafür ist eine agile Beteiligung Österreichs an europäischen Initiativen und Projekten zur Stärkung von Schlüsseltechnologien und Zukunftsthemen notwendig. Nur so kann die Technologiekompetenz österreichischer FTI-Akteure ausgebaut, die „grüne“ und „digitale“ Transformation beschleunigt und zur Technologiesouveränität Europas beigetragen werden.
- Konsequente, offensive **Begleitung zur optimalen Nutzung** von **Horizon Europe**
- Maximale Beteiligung an Säule 2 („Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas“) von Horizon Europe mit den **FTI-Partnerschaften**
- Strategische Nutzung der im Aufbau befindlichen **EU-Missionen in Horizon Europe**
- **Important Projects of Common European Interest (IPCEI)**
 - nationale Unterstützung und Finanzierung der Beteiligung an neuen IPCEIs (u.a. Hydrogen, Microelectronics II und Low CO2) konsequent verfolgen
 - Recovery-Fonds-Mittel dafür gezielt nutzen und ergänzende EU-Finanzierungsquellen heranziehen
 - Forcierung von IPCEIs, in Themenfeldern mit dem Potenzial zur Stärkung österreichischer Industrieunternehmen als Technologie-Frontrunner in schlagkräftigen transeuropäischen Konsortien.
 - Instrument IPCEI strategisch im Sinne der Industrie weiterentwickeln, Prozesse beschleunigen und optimieren sowie EU-Finanzierungsquellen einbeziehen

4. FTI-Ökosysteme gezielt weiterentwickeln – 3-5 international sichtbare translokale Technologie-Hubs schaffen

- Die Industrie braucht starke wissenschaftliche Partner. Aufbauend auf bestehenden Kooperationsinitiativen werden **3-5 international sichtbare translokale Technologie-Hubs** als innovative Ökosysteme geschaffen. Dies erfordert die Adressierung der folgenden Themenfelder:
 - **Exzellenzinitiative** als „Gamechanger“ in Österreichs Spitzenforschung aufbauen
 - **Kooperation zw. Grundlagen- und angewandter Forschung** auf internationalem Spitzenniveau als Voraussetzung für optimalen **Wissens- und Technologietransfer**.
Dazu folgende **zentrale Stellhebel** nützen:
 - Strukturen (u.a. Leistungsvereinbarungen, Technologietransfer-Stellen (TTOs))
 - Themen-Matching (Sichtbarmachung exzellenter Grundlagenforschung - Festlegung von Doppelstärkefeldern)
 - Talente (intersektorale Mobilität zwischen Wissenschaft und Wirtschaft)
 - Kooperative Förderprojekte (z.B. thematische Programme, Bridge) und erfolgreiche Kooperationsformate (z.B. CD-Labors, COMET) als USP stärken.
- Förderung von **Unternehmensgründungen** (u.a. Spin-offs unter gezielter Nutzung des Potenzials für Kooperationen mit etablierten Unternehmen (Leitbetrieben)).
- Ausreichend verfügbares **Risikokapital**, nicht nur in der Früh- sondern auch für Wachstumsphase zum Aufbau und zur Sicherstellung von Know-how am Standort: Durch die Ansiedlung von zumindest fünf weiteren (Corporate) Venture Fonds sowie dem Ausbau von Fund-of-Fund-Modellen und der Nutzung des EIC wird der Venture Capital Pool in Österreich maßgeblich erweitert.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN STANDORT EUROPA

1. Exporte durch EU-Handelsabkommen fördern

- Die hohe **heimische Exportquote von 53 %** steht für Arbeitsplätze, Sicherung der Sozialsysteme und Wohlstand. (659.000 Arbeitsplätze in Ö. werden laut EK durch EU-Exporte zu Drittstaaten gesichert).
- **Die Förderung von Exporten und der bestmögliche Zugang zu dynamischen Wachstumsmärkten sind zur Überwindung der Krise somit entscheidend:**
- Daher gilt es den **Abschluss von EU-Handelsabkommen** zu forcieren und auch deren Bedeutung für die österreichischen Exporte - die Grundlage für den Wohlstand sind - im Bewusstsein der ö. Bevölkerung durch ein aktives Bewerben stärker zu verankern (Mercosur umsetzen, EU-China Investitionsabkommen finalisieren, mit den USA Gespräche über ein transatlantisches Abkommen aufnehmen, Verhandlungen mit Australien abschließen).

- Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der zuletzt entstandenen Freihandelszonen im asiatischen (RCEP) und transpazifischen (CPTPP) Raum wesentlich - der Wettlauf um Marktzugang setzt sich fort.
- Zudem gilt es sämtliche Covid bezogenen Störungen des EU Binnenmarktes (450 Millionen Verbraucher und 21 Millionen Unternehmen), wie **die zweitweise Behinderung des Personen- & Warenverkehrs und damit einhergehende Störungen für Lieferketten, zu beseitigen.**

2. Europäische Investitionsoffensive & Belastungsmoratorium

- Die EU Initiativen, welche zum wirtschaftlichen Aufschwung gesetzt wurden - neben der Erhöhung industrierelevanter Förderungen für F&I im Rahmen des mehrjährigen EU Budgets insbesondere die Schaffung des 750 Mrd. Euro schweren EU-Wiederaufbaufonds - **sollen in einer Weise umgesetzt werden, um zusätzliche Investitionen anzuregen** (d.h. nicht lediglich zur Abdeckung bereits budgetierter Maßnahmen) sowie zur Unterstützung **struktureller Reformen**, um nachhaltige Wachstumspotentiale zu heben.
- Für eine erfolgreiche europäische Investitionsoffensive sind zudem **verfahrensbeschleunigende Maßnahmen** notwendig (etwa im Energie- & Infrastrukturbereich). **Ergänzend benötigt es ein Moratorium auf Belastungen für Wirtschaft und Industrie aus sämtlichen EU Politikbereichen**, um die Investitionsoffensive und wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu konterkarieren.

3. „Technologische Souveränität & Resilienz Europas stärken“

- In der Umsetzung des neuen Ziels der Kommission nach „offener strategischer Autonomie“, gilt es die Vorteile offener Märkte und internationalen Freihandels auf Grundlage der WTO zu wahren, bei Stärkung der technologisch-industriellen Souveränität Europas und dem Erhalt von Schlüsselindustrien.
- **„Offene strategische Autonomie“ ist daher möglichst in enger Zusammenarbeit mit der Industrie umzusetzen**, u.a. indem Bereiche und Wertschöpfungsketten, welche für Schlüsseltechnologien und die Grundversorgung in Krisenzeiten entscheidend sind, zunächst identifiziert werden (kritische Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge), um für ausreichend Kapazitäten in Europa zu sorgen. Innovation und der digitale Sektor sind zudem entscheidend für die Stärkung europäischer Technologiekompetenz.
- Zur weiteren Stärkung der **Resilienz Europas, muss die Widerstandsfähigkeit des EU Binnenmarktes verbessert werden.** Es sollen Vorkehrungen getroffen werden für einen **strukturierten Umgang mit künftigen ähnlichen Herausforderungen wie durch Covid**, um einwandfreien Berufsverkehr, Warenaustausch und ungestörte Lieferketten sicherzustellen. Ein wettbewerbsfähiges und resilientes (Güter-) Verkehrssystem in der Fläche erfordert europäisch einheitliche technische und verkehrspolitische Standards (z. B. Mautsysteme und -tarife, Fahrverbote etc.)
- Außerdem braucht es einen modernen Rechtsrahmen um **das Potential der europäischen Datenwirtschaft** auszuschöpfen (richtige Anreize zur Datennutzung für Unternehmen bei Freiwilligkeit beim Datenaustausch zu betonen).

4. Weiterentwicklung des Handels

- Die **Digitalisierung** wird sich auch auf das **System des Welthandels** massiv auswirken. Der „klassische“ Warenhandel, in Form der Lieferung eines materiellen Produktes von A nach B wird sich zunehmend in ein immaterielles Leistungsversprechen transformieren. (Beispiel: Beim Kauf eines Fahrzeuges wird man nicht nur dieses erwerben, sondern auch eine Reihe von zukünftigen Leistungen, wie etwa Umweltfreundlichkeit, Services etc.).
- Ausländische Direktinvestitionen, der Handel mit Patenten werden ebenfalls vermehrt in dieser Kategorie Zuordnung finden. Die Digitalisierung hat diesen Prozess nicht eingeleitet, wird aber zu seiner Beschleunigung führen. Daraus abgeleitet wird die Notwendigkeit erwachsen Handel mit immateriellen Gütern verstärkt, etwa in notwendige WTO-Reformen, zu integrieren.

5. Erlöse aus dem EU-Eigenmitteln zweckwidmen

- Es gilt sicherzustellen, dass die geplanten **neuen EU-Eigenmittel** (u.a. Einführung einer Digitalsteuer, Ausweitung Emissionshandel, CO₂-Ausgleichsmechanismus) **aufkommensneutral** gestaltet werden und **es insgesamt zu keiner Mehrbelastung** für Wirtschaft & Industrie kommt. Erlöse aus den neuen EU-Eigenmitteln sollen daher unbedingt zweckgewidmet werden, insbesondere für Investitionen der export- und energieintensiven Industrie, um die digitale & klimapolitische Doppeltransformation zu meistern.
- Eine etwaige **Digitalsteuer** ist insbesondere auf einen breiten globalen Rahmen zu stellen. Schließlich benötigt es Lessons Learned aus dem Umgang mit der Covid Krise, bezüglich effizienterer und rascher Formen von Entscheidungsfindung auf EU-Ebene. Mittelfristig sollen die kostenseitigen Auswirkungen von EU Gesetzgebung effektiver abgeschätzt und ungewollte Belastungen besser verhindert werden.

IHRE ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER DER AUSSCHÜSSE UND TASK FORCES DER IV AUF EINEM BLICK

Generalsekretariat	Dominik Futschik Christian Helmenstein Franz Schweitzer
Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie	Peter Koren Dieter Drexel Judith Schreiber-Obermayer (GF Ausschuss) Monika Schuh (GF Ausschuss)
Wirtschafts- Finanz & Rechtspolitik	Alfred Heiter
Forschung, Innovation & Technologie	Isabella Meran-Waldstein Florian Rosenberger (GF Task Force)
Arbeit, Soziales & Gesellschaft	Helwig Aubauer Julia Klein (GF Task Force)
Internationale Beziehungen & Märkte	Michael Löwy Danai Budas (GF Ausschuss)
Europapolitik	Gernot Haas Marie Lein (GF Ausschuss)
Bildung & Gesellschaft	Christian Friesl Barbara Coudenhove-Kalergi (GF Ausschuss) Gudrun Feucht (GF Ausschuss) Viktor Fleischer (GF Task Force)

20

22

IV-INDUSTRIESTRATEGIE Teil III

Die Österreichische Industrie 2040 – Vision für einen zukunftsfähigen Standort



DIE ÖSTERREICHISCHE INDUSTRIE 2040

Warum eine Vision für die Zukunft des Standorts Österreich? Die Industrie steht im Mittelpunkt der weltweiten Veränderungen und ist gleichzeitig ihr Treiber. Das bedeutet für die Industrie – noch mehr als bisher – Verantwortung für die Zukunft als ihr Gestalter zu übernehmen.

Ein Standort, der sich weiter positiv entwickeln und nachhaltig erfolgreich sein will, braucht **positive Zukunftsbilder**. Nicht nur für die Industrie, sondern auch an ihren Schnittstellen zu Gesellschaft und Staat.

Ziel des dritten Teils der IV-Industriestrategie ist, Visionen für einen **zukunftsfähigen und erfolgreichen Standort Österreich** zu entwerfen und Handlungspfade auf dem Weg zur Realisierung zu skizzieren.

Im Fokus stehen dabei folgende Fragen:

- Wie soll eine erfolgreiche Industrie 2040 gestaltet sein? Welche Rolle soll sie idealerweise übernehmen, welche Werte vertritt sie dabei?
- Welche Rahmenbedingungen braucht die Industrie dafür an ihren Schnittstellen zu Staat und Gesellschaft, in die sie eingebettet ist?
- Welche Handlungspfade und Zwischenschritte werden benötigt?



SIEBEN KERNVISIONEN FÜR 2040

1. DIE INDUSTRIE IST FÜR DIE MENSCHEN DA

Die österreichische Industrie trägt wesentlich zum nationalen Inlandsprodukt bei, sichert und schafft Arbeitsplätze und ist somit Garant für unseren Wohlstand in unserem Land. Österreichs Industrie ist **Spitzenreiter bei der Entwicklung und Herstellung hochwertiger und kundenindividueller Produkte und Dienstleistungen** bei hoher Kosteneffizienz und ist damit international höchst wettbewerbsfähig. Durch die konsequente Umsetzung

einer **Standortstrategie**, die Produktion, F&E und Erstanwendung im Land hält und gezielt ausbaut, ist die heimische Industrie resilient und zukunftsfit. Leitbetriebe und KMUs arbeiten kooperativ in strategischen Partnerschaften und Netzwerken entlang der Wertschöpfungsketten und entwickeln nachhaltige Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen durch Einsatz ihrer Innovationskraft und das Ausschöpfen der technologischen Potenziale.

2. DIE INDUSTRIE IST SMART & GREEN – NUR MIT IHR GELINGT DIE ENERGIE- UND MOBILITÄTSWENDE

Beim Rennen um die Klimaneutralität startet Österreich und der Sektor Industrie aus der Pole Position. **Tech for Green ist 2040 der Standard** für mehr Energie- und Ressourceneffizienz in Produktion und Gesellschaft. Mit Hilfe der Industrie, als **Ermöglicher**

und Treiber der Dekarbonisierung und Klimatransformation, wird Österreich zum Climate Innovation Leader in Europa. Green Tech Produkte „Made in Austria“ kommen weltweit zum Einsatz und tragen einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz bei.

3. INNOVATION, UNTERNEHMERGEIST UND ATTRAKTIVE RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN DIE LEITBETRIEBE VON MORGEN

Mut, Risikobereitschaft und unternehmerisches Denken sind 2040 integraler Teil der österreichischen „DNA“ in Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft. Unternehmerinnen und Unternehmer sind die neue Avantgarde. Österreich ist ein Hotspot für kreative Talente und sichert den Innovations- und

Unternehmernachwuchs nachhaltig. Basierend auf einem stabilen Standortfundament mit **attraktiven Rahmenbedingungen** entstehen die **Unternehmen von morgen** vor allem auch durch ein stark vernetztes Innovations-Ökosystem.

4. DIE FÖRDERUNG DER MENSCHEN STEHT FÜR DIE INDUSTRIE IM MITTELPUNKT

Die Industrie ist 2040 weiterhin ein herausragender wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Player. **Sie hilft das Potenzial an Arbeitskräften gut auszuschöpfen:** Frauen, Arbeitslose, zugewanderte Menschen sowie Ältere sind voll am Arbeitsmarkt

integriert. Sie investiert in Bildung, sucht aktiv nach talentierten und leistungsfähigen Menschen aus aller Welt, stellt die Menschen und ihre Expertise in den Mittelpunkt und gestaltet die österreichische Wissensgesellschaft.

5. DIE INDUSTRIELLE NUTZUNG VON DATEN IST QUELLE GESELLSCHAFTLICHEN WOHLSTANDS

2040 ist Österreich der am stärksten digitalisierte Staat Europas. Österreich gestaltet aus einer technisch und digital souveränen Rolle – eingebettet in Europa – die Digitalisierung und damit selbstbestimmt seine technologische und wirtschaftliche Zukunft. Die digitale Infrastruktur ist resilient und

cybersicher. Österreichische Industrieunternehmen zählen **bei KI und Cybersecurity zu den Besten weltweit**. Dabei werden bei der Entwicklung und Anwendung digitaler Technologien, Innovationen und Geschäftsmodellen die Menschen und ihre Bedürfnisse mitgedacht.

6. FAIRE CHANCEN FÜR ALLE GENERATIONEN

Das **Prinzip der Generationengerechtigkeit** wird in Österreich 2040 aktiv gelebt, was sich in soliden Staatsfinanzen und einer maßvollen Staatsverschuldung ausdrückt. Die Menschen in Österreich erhalten durch eine geringere Steuer- und Abgabenbelastung **mehr Netto vom Brutto**, sodass sich ihr finanzieller Spielraum vergrößert. Dieser bietet ihnen zusätzliche, individuelle Lebensgestaltungschancen, auch im Hinblick auf den verstärkten Aufbau einer privaten Al-

tersvorsorge. Ein insgesamt **nachhaltig aufgestelltes Pensionssystem** sichert den Lebensstandard einer alternden Bevölkerung dauerhaft ab, ohne zu einer übermäßigen Belastung der jüngeren Generationen zu führen. Darüber hinaus verfügt Österreich über eines der modernsten Gesundheitssysteme der Welt, das sich durch Eigenverantwortung, Innovation und Digitalisierung auszeichnet, sowie eine maßgeschneiderte Pflege für alle Menschen, die sie benötigen.

7. INNOVATION, UNTERNEHMERGEIST UND ATTRAKTIVE RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN DIE LEITBETRIEBE VON MORGEN

Der Wertschöpfungsanteil der Industrie in Österreich liegt 2040 konstant über 25 Prozent, Europa setzt sich für eine Stärkung seiner Industriekultur und Absicherung industrieller Wertschöpfungsketten ein, nicht zuletzt, um den Green Deal zu einem Erfolg zu machen. Die europäische Industrie ist **DER Ermöglicher** der klima-digitalen Doppeltransformation, eine Abwanderung der Schlüsselindustrien konnte erfolgreich verhindert werden. Die In-

dustrie spielt eine zentrale Rolle bei der Abfederung ressourcenseitiger Abhängigkeiten Europas durch eine hoch entwickelte EU-weite Kreislaufwirtschaft und den Einsatz weitgehend de-karbonisierter und erneuerbarer Energie. Österreich bemüht sich um **geostrategisch ausgewogene Beziehungen** und agiert in starken europäischen und internationalen Allianzen, auch um Märkte für die heimische Industrie zu öffnen.

DIE SIEBEN KERNVISIONEN IM DETAIL

1. DIE INDUSTRIE IST FÜR DIE MENSCHEN DA

- Die Industrie ist 2040 die wesentliche Quelle unseres materiellen Wohlstandes und unterstützt uns auch dabei unsere immateriellen Bedürfnisse zu verwirklichen. Die Industrie bleibt damit auch 2040 der **wichtigste Ermöglicher für die Gestaltung der Lebenschancen aller Menschen**.
- **2040 ist die österreichische Industrie weltweiter „best performer“** im Bereich der Nachhaltigkeit sowie bei der Implementierung und Anwendung digitaler Lösungen. Unter anderem deshalb steht Österreich an der Spitze internationaler Rankings, beispielsweise bei der Klimaeffizienz (tCO₂/BIP) oder dem Digital Economy & Society Index (DESI-Index).
- Die Industrie macht Österreich zu einer „**Nation der Lösungen**“. Sie hat sich an ihren Stärken orientiert, diese weiter ausgebaut und wesentlich dazu beigetragen, durch Einsatz ihrer Innovationskraft und das Ausschöpfen der technologischen Potenziale Lösungsansätze für zahlreiche gesamtgesellschaftliche Probleme zu liefern.
- **Wirtschaftlicher Erfolg braucht Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeit braucht Forschung und Innovation:** Die Industrie trägt durch ihre **technologische Innovationskraft** nicht nur zu effektivem Klima- und Umweltschutz bei. Sie schafft darüber hinaus auch die besten Lösungen bei der Errichtung moderner Infrastruktur, steigert die Wertschöpfung und schafft damit in Österreich und international Arbeitsplätze.
- 2040 ist die durchgängige digitale Transformation von Wirtschaft, Verwaltung & Gesellschaft erfolgt. **Österreich ist der am stärksten digitalisierte Staat Europas.** Österreich gestaltet aus einer technisch und digital souveränen Rolle – eingebettet in Europa – die Digitalisierung und somit selbstbestimmt seine technologische und wirtschaftliche Zukunft. Voraussetzung ist eigenes Können und Wissen auf internationalem Spitzenniveau, um bei digitalen Schlüsseltechnologien und -kompetenzen führend agieren zu können. Unternehmen können eigenständig über ihre Daten und Geschäftsmodelle entscheiden. Das setzt ausreichend IT-Sicherheit als Grundpfeiler voraus. Darüber hinaus wird ein sicheres und souveränes europäisches Infrastruktur- und Datenökosystem angestrebt.

2. DIE INDUSTRIE IST SMART & GREEN – NUR MIT IHR GELINGT DIE ENERGIE- UND MOBILITÄTSWENDE

- **Europa und Österreich sind 2040 Climate Innovation Leader.** Eine starke, wettbewerbsfähige und innovative Industrie ermöglicht Dekarbonisierung und Klimatransformation. Sie erreicht die ambitionierten EU-Klimaziele und garantiert gleichzeitig einen hohen Lebensstandard, Arbeitsplätze und Wohlstand. 2040 sind die 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie & Versorgungssicherheit – gleich gewichtet. Dies spiegelt sich auch in der Rechtsordnung wider und schafft somit die notwendige Planungssicherheit für die Industrie.
- **2040 ist die Industrie innovativer Teil der Klimaauslösung.** Die **energieintensive Industrie** skaliert neue klimaneutrale Prozesse dank eines dynamischen Förderumfeldes im Rahmen des Dekarbonisierungshorizonts des EU-Emissionshandels. Gerade **auch nicht energie-intensive Unternehmen** leisten sowohl durch den Einsatz innovativer Produktionsverfahren als auch durch den weltweiten Export von **Tech für Green** Produkten einen substantiellen Beitrag zum nationalen wie globalen Klimaschutz. Insgesamt wirtschaftet die Industrie weitgehend klimaneutral, Wirtschaftskreisläufe sind nahezu geschlossen, über Verzicht oder Wohlstandsabbau („De-growth“) wird 2040 nicht mehr gesprochen. Dies haben Sprunginnovationen, starke Allianzen und neue Kooperationen der Industrie mit Wissenschaft und Forschung sowie dem Staat möglich gemacht.
- **Die heimische Stromerzeugung ist 2040 klimaneutral.** Österreichische Industriebetriebe beziehen bilanziell klimaneutralen Strom für Produktion und Betrieb zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Energieversorgungssicherheit ist stabil und der Ausbau des Stromnetzes hält mit dem Erneuerbaren Ausbau Schritt. Die Gefahr für eine Blackout ist gering wie nie zuvor.
- **Wasserstoff (H₂) ist der Industrieenergieträger Nr. 1.** Die **österreichische Wasserstoffstrategie 2040** setzt nicht ausschließlich auf erneuerbaren Wasserstoff, sondern auch auf andere CO₂-neutrale Arten der Wasserstoffproduktion, wie Dampfreformierung kombiniert mit Carbon Capture and Storage (CCS) sowie Methanpyrolyse. 2040 ist Wasserstoff (H₂) Industrieenergieträger Nr. 1 und insbesondere in der energieintensiven Industrie die Basis einer Schlüsseltechnologie auf dem Weg der Dekarbonisierung. Tech for Green ist 2040 der Standard für mehr Energie- und Ressourceneffizienz in Produktion und Gesellschaft.
- **Technologieoffene Konzepte**, wie intelligente Verkehrsmanagement- und Informationssysteme, und der großflächige Ausbau der Ladeinfrastruktur alternativer Antriebstechnologien ermöglichen 2040 flächendeckende multimodale Mobilität mit geringem CO₂-Fußabdruck und damit weitgehender Klimaneutralität.
- **Die Materialkreisläufe sind weitgehend geschlossen - Kreislaufwirtschaft ist ein Leitprinzip industrieller Produktion.** Gemeinsam mit einer diversifizierten Versorgung mit Primärrohstoffen aus heimischen und internationalen Quellen ist die Kreislaufwirtschaft die Grundlage für die stabile Versorgung mit Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen.

3. INNOVATION, UNTERNEHMERGEIST UND ATTRAKTIVE RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN DIE LEITBETRIEBE VON MORGEN

- **Österreich ist Innovation Leader** und zeichnet sich durch Technologiekompetenz, Qualität und Leistungsfähigkeit in strategisch wichtigen Schlüsseltechnologien – wie in Produktionstechnologien, Materialwissenschaft, Mikroelektronik, Künstlicher Intelligenz, Robotik, Quantentechnologie, Energietechnik oder innovativer Medizin – aus. Für die Industrie ist Österreich ein attraktiver FTI-Standort durch einen smarten F&E-Policy-Mix mit agil eingesetzter FTI-Förderung entlang der gesamten Innovationskette, kritischen Programmgrößen und wirksamer sowie unbürokratischer Begleitung der FTI-Akteure.
- Die **Leitbetriebe von morgen** entstehen durch Stärkung eines Innovations-Ökosystems. Zentren für Unternehmertum und Gründung gibt es in jedem Bundesland. Technische und regulatorische Experimentierräume, sogenannte Sandboxes und Testbeds, sind eine Selbstverständlichkeit.
- **Start-ups sind Innovationsrohstoff** für die österreichische Industrie und Treiber der kontinuierlichen unternehmerischen Erneuerung. In ganz Österreich hat sich ein international führendes Innovations-Ökosystem aus Start-ups, Carve-outs und Spin-offs und etablierten Unternehmen, vor allem für Industrietechnologie, herausgebildet. Ausgründungen aus Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen und Unternehmen sind für die Industrie eine Erfolgsstrategie. Wien etabliert sich als „Leuchtturm“ mit internationaler Strahlkraft und wird als Europäische Start-Up Metropole in einem Atemzug mit London, Berlin, München und Zürich genannt.
- **Förderung und Stärkung von Pioniergeist und Gründermentalität** über die gesamte Bildungskarriere sind eine Selbstverständlichkeit. Entrepreneurship Education wird an jeder Bildungseinrichtung gelehrt. Ein freiwilliges Gründerjahr ergänzt Militär- und Zivildienst nach dem Schulabschluss, kann aber zu jeder Zeit als Sabbatical mit Startkapital im weiteren Karriereverlauf in Anspruch genommen werden.
- Die **digitale Infrastruktur als Basis eines global wettbewerbsfähigen Standortes** und einer regional sowie sozial integrierten Gesellschaft ist resilient und cybersicher. Der Standort bietet ein innovationsfreundliches, agiles Umfeld mit einem digital kompetenten Netzwerk aus Forschung, Wirtschaft und Politik. Der Innovationsvorsprung Österreichs in der Digitalisierung wird durch unbürokratische Rahmenbedingungen für innovative Ansätze, die „time to market“ verkürzen, stärkere Vernetzung und gezielte Förderungen für Schlüsseltechnologien konsequent unterstützt.
- Der **Wohlstand einer Volkswirtschaft** basiert auch im Jahr 2040 auf der Produktivität der Unternehmen, der Motivation der Menschen, der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und dem Zusammenhalt in der Gesellschaft. Der Fokus in Österreich liegt auf der richtigen Ausgewogenheit zwischen der Dynamik des Marktes und der Stabilität des Staates.
- Die **Steuer- und Abgabenquote wurde auf ein wettbewerbsfähiges Niveau** im Vergleich zu anderen Industrienationen gebracht und gleichzeitig wurden Effizienzpotenziale im Staat deutlich gehoben. Die Finanzierung der Entlastung wird durch positive wirtschaftliche Effekte der Steuerensenkungen und Vereinfachungen im Steuerrecht ermöglicht. Die Einhebung erfolgt dabei so unbürokratisch und automatisiert wie möglich und vollkommen digitalisiert. Die heimischen Unternehmen sind resilient aufgestellt und verfügen über eine hohe Eigenkapitalquote.
- **Der heimische Kapitalmarkt wirkt als Dreh- & Angelpunkt für Unternehmensfinanzierung.** Der österreichische Kapitalmarkt bietet 2040 kosteneffiziente Finanzierungen für sämtliche Unternehmen an, da das gesellschafts- und steuerrechtliche Umfeld sowohl im vor- und außerbörslichen als auch im börslichen Bereich optimal ausgebildet ist. Dies zieht auch zahlreiche ausländische Investoren an, die die äußerst attraktiven Strukturen eines kleinen und kompakten Kapitalmarkts und Börsestandorts in Österreich schätzen.
- Die **Kapitalmarktregulierung ist auf ein notwendiges Maß reduziert.** Konsumentenschutz im Bereich des Finanzmarkts ist angemessen und nicht überbordend etabliert. Die Aufsicht ist effektiv und effizient zur Sicherung der Stabilität des Kapitalmarkts aufgestellt. Die Berücksichtigung von ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) ermöglicht Banken zusätzliche Chancen in der Unternehmensfinanzierung.

4. DIE FÖRDERUNG DER MENSCHEN STEHT FÜR DIE INDUSTRIE IM MITTELPUNKT

- **Die beste Bildung für unser Land:** Österreich ist gemessen an der Bildungsqualität 2040 die Bildungsnation Nummer 1. Aus dem Bildungssystem kommen auf allen Qualifikationsebenen kreative und innovative Köpfe und fähige Hände. Öffentliche und private Schulen gibt es in großer Vielfalt und Autonomie, aber mit gemeinsamen Zielen und dem **Fokus auf die Kinder**. Heimische Hochschulen sind international top gerankt und bringen Spitzenforscherinnen und -forscher hervor.
- Die **qualitätsvolle Grundbildung** beginnt im Kindergarten und stellt sicher, dass alle 14-Jährigen neben einer guten Allgemeinbildung auch jene Kompetenzen erreichen, die es im 21. Jahrhundert braucht. Darüber hinaus hat sich **lebenslanges Lernen** als Asset des österreichischen Bildungswesens etabliert.
- **Die Finanzierungspyramide in der Bildung wird auf den Kopf gestellt.** Die meisten öffentlichen Mittel fließen in Elementar- und Grundbildung, Studierende sind an der Finanzierung ihres Studiums beteiligt. Das Finanzierungssystem ist so gestaltet, dass der Zugang zu Bildung mit hoher Qualität chancengerecht und für alle finanzierbar ist.
- **Schulen und Hochschulen haben den Gegensatz von analog und digital überwunden.** Lernen findet datenintelligent statt, auch „softe“ Kompetenzen sind digital messbar. Die Potenziale digitaler Bildung werden zur individuellen Förderung, Flexibilisierung und Motivation genutzt. Hochschulen nützen digitale Technologien, um als Ort für lebenslanges Lernen attraktiv zu sein.
- Die **Lehrausbildung** ist der schulischen Bildung in jeder Hinsicht gleichwertig – mit einem professionellen Einstieg, optimalen Ausbildungsbedingungen in Schule und Betrieb, mit qualifizierten Ausbildenden und Pädagoginnen und Pädagogen.
- **Österreich ist das Land der MINT-Fachkräfte.** Innovationennachwuchs wird in Österreich bereits im Kindergartenalter aktiv gefördert. Klassenräume sind Erlebnisorte, die Kreativität, Problemlösungskompetenz und Eigenverantwortung ins Zentrum stellen. Wissen wird über die Anwendung zur Kompetenz. Die Zahl der Technik-Graduierungen liegt 2040 um +40% höher als heute. Der ausgeprägte Technik-Spirit der Gesellschaft ist als Markenzeichen des Standortes europaweit bekannt.
- **Kontinuierliche Weiterbildung** gehört selbstverständlich zu jedem Erwerbsleben. Dies ermöglicht den meisten Erwachsenen eine aktive und selbstbewusste Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.
- **Wirtschafts- und Finanzbildung ist in Österreich eine Selbstverständlichkeit. Digital Literacy** hat sich als Stellhebel für Wissen über Datenverarbeitung und Chancen und Risiken der Datennutzung etabliert und auch Health Literacy gehört zu den neuen Grundkompetenzen.
- **Pädagoginnen und Pädagogen stehen hoch im Kurs.** Immer mehr junge Menschen, auch Quereinsteigerinnen und -einsteiger, schlagen eine pädagogische Laufbahn ein, egal ob in Kindergarten, Schule oder Hochschule. Elementarpädagoginnen und -pädagogen sind eine respektierte Berufsgruppe, gut ausgebildet, auch in MINT-Themen, und adäquat bezahlt. Zusatzausbildungen wie „Technik kinderleicht“ sind standardmäßiger Teil der Ausbildung.
- Österreich hat **beim Wettbewerb um die besten Köpfe und Hände die Nase vorn** und pflegt ergänzend zur Fachkräfteaus- und -weiterbildung eine aktive und attraktive Standortkultur für **qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt**. Der Fachkräftebedarf der österreichischen Wirtschaft wird laufend erhoben und als ein wesentlicher Politikschwerpunkt durch eine gesamthafte Strategie adressiert.
- **Frauen spielen ihr Potenzial als Fachkräfte voll aus.** Sie wählen vor allem technische und MINT- Berufe, die ihnen Lebenszufriedenheit, Karrierechancen und ein hohes Einkommen eröffnen. Diese Qualifikationen bringen sie auch erfolgreich in den Unternehmen der österreichischen und internationalen Industrie ein.
- **Österreich ist ein beliebtes Zielland für internationale Spitzenkräfte**, die hier studieren und ihre Ideen umsetzen wollen. Die Erfolge heimischer Ausgründungen helfen zudem den Universitäten dabei, Grundlagenforschung auf internationalem Spitzenniveau zu finanzieren.

5. DIE INDUSTRIELLE NUTZUNG VON DATEN IST QUELLE GESELLSCHAFTLICHEN WOHLSTANDS

- **2040 ist Österreich der am stärksten digitalisierte Staat Europas.** Österreich gestaltet aus einer technisch und digital souveränen Rolle – eingebettet in Europa – die Digitalisierung und damit selbstbestimmt seine technologische und wirtschaftliche Zukunft. Die digitale Infrastruktur ist resilient und cybersicher.
- Die **Verfügbarkeit von Daten** hat sich durch stärkeres Data-Sharing erhöht und der Zugang zu hochwertigen Datensätzen konnte maßgeblich verbessert werden. Industrieunternehmen realisieren die Vorteile von (europäischen) Cloud-Lösungen wie schnelle Skalierbarkeit, höhere Organisationsflexibilität, Kostenreduktion oder bessere Datensicherheit.
- **Österreich verfügt über zweckmäßige Datenschutzregelungen und ist ein weltweiter Vorreiter auf diesem Gebiet.** Jeder Bürger kann sich sicher sein, stets die Hoheit über seine Daten zu haben. Gleichzeitig können Unternehmen (personenbezogene) Daten umfangreich verarbeiten und zum Wohl der Gesellschaft und Wirtschaft nutzen.
- Die **Verfügungsrechte** von Datensammlungs-, Datennutzungs- und Datenverwertungsrechten sind **klar zugewiesen**.
- Österreichische Industrieunternehmen zählen **bei KI und Cybersecurity** zu den Besten weltweit. Dabei werden bei der Entwicklung und Anwendung digitaler Technologien, Innovationen und Geschäftsmodellen die Menschen und ihre Bedürfnisse mitgedacht.
- Die **österreichische Wirtschaftsgerichtsbarkeit ist effizient & ein echter Standortfaktor.** Prozesse können in mehreren Sprachen, jedenfalls in Englisch, geführt werden. Gerichtliche Urteile sind qualitativ hochwertig, günstig und durch die schnelle Verfahrensabwicklung ein wichtiges Asset für den Wirtschaftsstandort.
- **Beim Schutz von Geschäftsgeheimnissen und vor Industriespionage belegt Österreich internationale Spitzenplätze.** Die Möglichkeiten zur Aufklärung und Verfolgung von Industriespionage sind vielfältig und es gibt strenge Sanktionen im gesetzlich lückenlos ausgestalteten Geheimnisschutz. Österreichs Stärke als Innovationsmotor ist nachhaltig abgesichert.
- **Vollständige digitale Behördenwege erleichtern den Alltag von Menschen & Unternehmen.** Bürokratische und administrative Belastungen sind auf ein Minimum gesenkt. Behördliche Verfahren werden ausschließlich digital und in minimaler Zeit abgewickelt (z.B. GmbH-Gründung in Realtime).
- Der **Innovationsvorsprung Österreichs zur Stiftung gesellschaftlichen Mehrwerts** durch Digitalisierung wird durch unbürokratische Rahmenbedingungen für innovative Ansätze, die „time to market“ verkürzen, stärkere Vernetzung und gezielte Förderungen für Schlüsseltechnologien konsequent unterstützt. **E-Government-Lösungen** sind umfassend umgesetzt.
- **Vollständige digitale Behördenwege erleichtern den Alltag von Menschen & Unternehmen.** Bürokratische und administrative Belastungen sind auf ein Minimum gesenkt. Behördliche Verfahren werden ausschließlich digital und in minimaler Zeit abgewickelt (z.B. GmbH-Gründung in Realtime).

6. FAIRE CHANCEN FÜR ALLE GENERATIONEN

- **Ein beitragsorientiertes Pensionssystem unterstützt eine nachhaltige & generationengerechte Haushaltsführung.** 2040 bekommen die Menschen das in der Pension, was sie auch selbst eingezahlt haben. Dabei verhindern gezielte und effektive Ausgleichszulagen soziale Härtefälle. Die betriebliche und private Altersvorsorge wird durch steuerliche Incentivierungen entsprechend unterstützt.
- **Alle Bürgerinnen und Bürger verfügen über eine private Altersvorsorge,** die individuell zusammengestellt und im Laufe des Berufslebens weiterentwickelt wird, sodass nach der Beendigung des Erwerbslebens nicht mehr mit herben Einkommensverlusten (der sogenannten „Pensionslücke“) gerechnet werden muss.
- **Insgesamt ist das österreichische Pensionssystem nachhaltig aufgestellt** und berücksichtigt Veränderungen in der Lebenserwartung im Zusammenspiel mit dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter.
- **Der österreichische Staatshaushalt ist saniert – der Primärsaldo ist deutlich positiv.** Ein starker, aber schlanker Staat konzentriert sich auf seine wichtigsten Aufgaben, ineffiziente Strukturen gehören der Vergangenheit an. Durch eine Staatsverschuldung deutlich unter 60 Prozent des BIP ist genügend Spielraum vorhanden, um in schweren Krisenzeiten budgetär gegensteuern zu können. In Nicht-Krisenzeiten werden Schulden vorrangig zur Finanzierung wichtiger standort- und wachstumsstärkender Investitionen eingesetzt.
- **Den Menschen bleibt mehr Netto vom Brutto.** Österreich verfügt über eine moderate Lohnnebenkostenbelastung und kann dadurch u.a. mit Nachbarländern wie Deutschland im Standortwettbewerb Schritt halten sowie Menschen und Unternehmen entlasten. Das Steuer- und Abgabensystem setzt positive Anreize für eine aktive Erwerbsintegration und Teilnahme am Wertschöpfungsprozess.
- **Österreich gehört zu den Ländern mit der geringsten Arbeitslosigkeit in der EU** und verfügt über ein modernes, zeitgemäßes Arbeitsrecht. Das zeigt sich durch Vermeidung von Gold Plating, moderne Arbeitszeitmodelle auf Betriebsebene und durch eine niedrige Regulierungslast.
- **Unternehmen setzen auf eine gelungene Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.** Produktionsformen und Unternehmenskomplexitäten, Karriere-, Karenz- und Lebensplanung werden mit Betreuungsaufgaben flexibel in Einklang gebracht. Führungskräfte sind Vorbilder. Eine partnerschaftliche Aufteilung der familiären Betreuungsaufgaben ist gelebte Praxis.
- **Eltern können frei wählen, wie sie Familie leben wollen.** Karenzzeiten, egal ob von Müttern oder Vätern, sind selbstverständlicher Teil der Karriereplanung. Eine gute Betreuungsinfrastruktur verhindert selbst am Land die „Teilzeitfalle“ für junge Eltern.
- Unabhängig vom Wohnort haben alle Eltern einen **Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr.** Der Kindergarten ist unbestritten die erste Bildungsinstitution. Elementarbildung wird als Mehrwert fürs Kind gesehen und nicht als reine Betreuungsmöglichkeit.
- **Ein modernes heimisches Gesundheitssystem fördert die Lebensqualität.** Österreich fördert aktiv Eigenverantwortung, Innovation und Digitalisierung im Gesundheitswesen. Gesundheitsdaten werden umfassend wissenschaftlich und zur Optimierung der Versorgung genutzt. Die gesunden Lebensjahre der Österreicherinnen und Österreicher liegen klar über dem EU-Durchschnitt.
- **Ein solide aufgestelltes Pflegesystem sichert ein Altern in Würde.** Ein optimales Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden bei der Erbringung von Pflegegeld- und Pflegesachleistungen ermöglicht eine effiziente Pflegevorsorge und gewährleistet die richtigen Anreize für die sachgerechte Inanspruchnahme von Pflegeleistungen. Insbesondere geeignete Ausbildungsangebote der Länder, durchgängige Ausbildungswege und eine Modernisierung der berufsrechtlichen Grundlagen (Stärkung der Kompetenzen, Modularisierung und Durchlässigkeit, interdisziplinäre Zusammenarbeit) sichern die Verfügbarkeit von geeignetem Personal.

7. EUROPA IST EIN INDUSTRIEKONTINENT UND RELEVANTER AKTEUR IN EINER GLOBAL VERNETZTEN WELT

- **Europäische Industrieunternehmen und die EU sind weiterhin relevante Akteure einer global vernetzten Welt** – jedoch mit gravierend veränderten Rahmenbedingungen. Die erreichte interne politische Geschlossenheit und somit gesteigerte Handlungsfähigkeit der EU ist die entscheidende Voraussetzung, damit Europa politisch und als Industriestandort in diesen veränderten Rahmenbedingungen bestehen kann.
- **Das Mehrebenen-System der EU ist gefestigt.** Neue Modelle und Technologien der Partizipation binden die Zivilgesellschaft in die Prozesse der politischen Willensbildung ein. Fundamentale Gräben zwischen den EU-Mitgliedstaaten wurden bis 2040 durch erfolgreiche wirtschaftliche Konvergenz, wenn nicht gänzlich überwunden, zumindest ein großes Stück abgebaut.
- **Die Europäische Union verfügt über eigene Einnahmenquellen ohne die Steuerlast für Unternehmen und Bürger erhöht zu haben** und ist somit bei der Finanzierung ihrer Prioritäten gestärkt. Die Stabilität der öffentlichen Haushalte und der Währungsunion sind in Balance, gemeinschaftliche Instrumente der Finanzierung von Investitionen wurden für einen europaweiten Technologie- und Modernisierungsschub erfolgreich genutzt.
- Durch Erreichung der Ziele des „Digitalen Kompasses“ und Fortführung entsprechender technologischer Initiativen bis 2040 konnte Europa im digitalen Bereich aufschließen und eine **eigenständige globale Informationstechnologie und Technologiechampions entwickeln**. EU-weite Infrastrukturen wie Schienen-, Strom- und Datennetze sind vollständig zusammengeschlossen.
- **Durch eigenständige militärische Kapazitäten ist die EU verteidigungspolitisch unabhängiger.** Sie verfügt über einen effektiven Außengrenzschutz und ein durchdachtes Migrations- und Asylsystem, das eine zielgerichtete Immigrationspolitik getrennt von Asylfragen erlaubt.
- Österreich ist als kleines Land auf ein **zukunftsfähiges Europa** und eine **starke EU angewiesen**. Europa steht im globalen Wettbewerb um Schlüsselressourcen und investiert vermehrt in Schlüsseltechnologien, um diese in Europa zu halten – so gelingt der technologische Wandel hin zu einem zukunftsfähigen Standort Europa.
- **Österreichs Bevölkerung sieht die „Welt“ als Chance.** Es wird in internationalen Kategorien und Zusammenhängen gedacht.
- **Österreich verfügt über attraktive Rahmenbedingungen** (moderne Infrastruktur, hohe Lebensqualität, politische Stabilität & Rechtssicherheit, Fachkräfte, attraktive Steuer- und Abgabenquote, Top-Bildungseinrichtungen). Diese Rahmenbedingungen ziehen hohe ausländische **Direktinvestitionen** an, steigern die **Exporte** heimischer Waren und Dienstleistungen, bringen Top-Forscherinnen und -Forscher, Spitzenmanagement sowie internationale Fachkräfte an den Standort und fördern den Tourismus.
- Österreich ist Teil der westlichen Welt, ohne seine Interessen in anderen Teilen der Erde zu vernachlässigen. USA und China sind die dominierenden Wirtschaftsräume, einige aufstrebende Nationen entwickeln sich rasant während andere den Anschluss nicht schaffen. Österreich bemüht sich, insbesondere im Hinblick Märkte für die heimische Industrie zu öffnen, um **geostrategisch ausgewogene Beziehungen und agiert in starken europäischen und internationalen Allianzen**.
- Weltoffenheit, die Entwicklung erfolgreicher nationaler Standortfaktoren und Engagement in der Welt bilden eine erfolgsversprechende Einheit. Österreich ist weiterhin Hauptsitz von über 30 internationalen Organisationen und damit einer der wichtigsten **„weltpolitischen“ Standorte**.
- Gleichzeitig fokussiert Österreich aber auch auf seine geographische Region. Als **Top CEE (central & eastern Europe) Investor** bildet Österreich Partnerschaften mit anderen mitteleuropäischen Staaten für eine wettbewerbsfähige und global aktionsfähige EU.

WAS KONKRET BIS 2025 ZU TUN IST

- Ein Zentrum für Innovation und Gründung von Start-ups nach dem Vorbild von „Unternehmer-TUM“ in München ist in Österreich in Gründung und verfolgt das Ziel der strategischen Vernetzung von Industrie mit Start-ups zur Entwicklung disruptiver Technologielösungen.
- Kombinierte Ansätze von Aus- und Weiterbildung, Forschung und Produktion werden verfolgt: Sekundäre und tertiäre Ausbildungseinrichtungen werden verstärkt mit Produktions- und Forschungseinrichtungen am selben Standort zu **Kompetenzclustern** verbunden.
- Das **Programm „Leitbetriebe Service Austria“** ist etabliert, um Leitbetriebe als Schrittmacher von Wertschöpfungsnetzwerken zu neuen Investitionen in Österreich zu ermutigen.
- Die **Rahmenbedingungen für Data-Sharing** werden verbessert, eine Plattform für öffentliche Daten etabliert und das Engagement in internationalen Daten-Initiativen verstärkt.
- Die **IT-Sicherheit wird laufend verbessert** und dient als Grundlage für Selbstbestimmung der Unternehmen über Daten.
- Die **Technologieoffensive** für angewandte Forschung mit den zentralen Stoßrichtungen „technologieintensive Produktion“, „Schlüsseltechnologien der digitalen Transformation“, „Tech for Green“, „Life Sciences“ und „themenoffene Formate“ ist vollständig umgesetzt.
- Der **„Fonds Zukunft Österreich“** als langfristig abgesichertes Instrument der FTI-Förderung ist etabliert, das Programm zur strategischen Technologieentwicklung mit einem agil einsetzbaren Instrumentenportfolio etabliert und die Technologieneutralität ist als Grundsatz der FTI-Politik verankert.
- Österreich beteiligt sich aktiv an relevanten **„Important Projects of Common European Interest“** und an europäischen Forschungs- und Technologieprogrammen durch agile, strategische und serviceorientierte Begleitung der FTI-Akteure auf nationaler Ebene.
- Damit die Erreichung der **Erneuerbaren Ausbau-Ziele keine Illusion** bleibt, werden Projekte im besonderen öffentlichen Interesse in einem angemessenen Zeitraum genehmigt und durchgeführt. Die Umstellung von Prozessen sowie Finanzierungs- & Förderstrukturen auf nationaler und europäischer Ebene sind erfolgt.
- Österreich beteiligt sich an einer **europäischen bzw. globalen Wasserstoffwirtschaft**, forciert Partnerschaften, baut Importkapazitäten sowie die notwendige Infrastruktur auf bzw. nutzt die bestehende Infrastruktur effizient.
- Eine **umfassende Fachkräftestrategie** wurde geplant und in die Wege geleitet: Sie gilt bis 2040 und bedeutet Verbindlichkeit und Verantwortung für Bildungswesen, Politik, Unternehmen und Betroffene. Ein intensives Kommunikationspaket ist inkludiert.
- Eine schlanke **Skills Agency** sammelt Daten zur Fachkräfteentwicklung und identifiziert die Berufsbilder der Zukunft. Sie monitort auch die Umsetzung der Fachkräftestrategie.
- Die Weiterbildungsbereitschaft der Arbeitskräfte ist durch Anreize (z.B. zeitliche Flexibilität) und klare Entwicklungsperspektiven seitens der Unternehmen **stark gestiegen**.
- Eine gut ausgebaute Kinderbetreuung ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Österreich investiert intensiv in qualitätsvolle und leistbare Kinderbetreuung: Betreuungszeiten, Qualität und die Plätze der Unter-Drei-Jährigen werden ausgebaut, bürokratische Hürden für Angebote von Unternehmen werden reduziert.
- **Der Grundstein für eine MINT-Offensive als „Brücke zu den Chancen der Zukunft“ ist gelegt:** Eine MINT-Road-Map zur Steigerung der Zahl der Technik-Graduierten wurde entwickelt, MINT-Regionen österreichweit eingerichtet und eine MINT-Qualitätsoffensive an Kindergärten und Schulen gestartet. Ein MINT-Monitoringtool nach internationalem Vorbild bildet die Umsetzungsfortschritte ab.
- **Der österreichische effektive Körperschaftsteuersatz befindet sich auf dem Niveau des internationalen Mindeststeuersatzes.** Zusätzlich bleiben Möglichkeiten zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung, zur Ausweitung von F&E und sonstigen positiven Begünstigungen zur Standortstärkung im

internationalen Wettbewerb erhalten. Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer wird entsprechend reduziert, um zu den niedrigsten in der EU zu zählen. Sämtliche Abgaben werden in Echtzeit automatisiert durch digitale Schnittstellen zum Unternehmen ermittelt. Betriebsprüfungen werden rasch abgewickelt und sind nur mehr in den wenigsten Fällen notwendig.

- **E-Government wird massiv ausgebaut.** Die Vernetzung und Zusammenführung der einzelnen Plattformen und Single-Sign-On ist weit fortgeschritten. Der digitale Behördenweg ist bundesweit vereinheitlicht, rechtssicher und dem analogen Prozess gleichgestellt. Das Prinzip Once Only wird für alle unternehmensrelevanten Informationsverpflichtungen umgesetzt. Die Nutzung von E-Government-Services läuft unkompliziert, schnell und vor allem sicher ab.
- **Bis 2023 werden optimale Rahmenbedingungen für E-Government** (z.B. E-ID, digitale Register und Datenbanken) geschaffen. Österreich ist 2025 international dafür als „best-practice“ anerkannt und die digitale Transformation des Staates erfolgt in enger Kooperation mit der Wirtschaft.
- In der Justiz sind der digitale Rechtsverkehr und der elektronische Akt vollständig umgesetzt. Gerichtsgebühren sind gering und nach oben hin gedeckelt. Es gibt beschleunigte Zivilprozesse (Fast-Track-Verfahren). Die Möglichkeit, Verfahren über Videokonferenzen abzuhalten, ist generell möglich. Ebenso ist es möglich Verfahren auch in anderen Sprachen, insbesondere in Englisch, zu führen. Richter und sonstiges Gerichtspersonal erhalten eine entsprechende Ausbildung.
- Die **Lohnnebenkostenlast liegt unter EU-Durchschnitt.** Durch Senkung der Lohnnebenkosten, v.a. FLAF-Beitrag, der vielfach für familienfremde Leistungen eingesetzt wird (z.B. Schulbücher, Unterhaltsvorschuss, Pensionsbeiträge, ...), aber auch der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (in Österreich aktuell 6 Prozent, in Deutschland hingegen nur 2,4 Prozent), werden Menschen & Unternehmen umfassend entlastet.
- Die **Arbeitsmarktpolitik** zeichnet sich durch eine rasche Vermittlung von Arbeitssuchenden auf offene Stellen und die Vermeidung von Beschäftigungshemmnissen aus. Zur raschen Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt werden vor allem jene arbeitsmarktpolitischen Instrumente verstärkt eingesetzt, die Beschäftigungsanreize schaffen und arbeitsplatz-

nahe Qualifizierung ermöglichen.

- Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bilden eine gemeinsame Versicherungsleistung, mit degressiv gestufter Leistungshöhe und einer Stärkung der Erwerbsanreize.
- **Exporte ausbauen:** Die Bundesregierung schafft mehr Spielraum. Das Instrument der ungebundenen staatlichen Kredite wurde erweitert, Auflagen bei staatlicher Exporthaftung etwa durch Senkung der nationalen Wertschöpfungsquote sind wettbewerbsfähiger gestaltet.
- **Aktive EU-Handelspolitik:** Die EU konnte weitere Handelsabkommen abschließen. Die stockenden Gespräche über das EU-China Investitionsabkommen und über EU -Mercosur wurden überwunden und haben in Vertragsabschlüssen geendet.
- Das Konzept der „**offenen strategischen Autonomie**“ wird in einem ausgewogenen Maße umgesetzt. Die ambitionierte europäische Außenhandelspolitik inkl. der fortlaufenden Erschließung von Exportmöglichkeiten und Zugängen zu Schlüsselressourcen für europäische Industrieunternehmen wird fortgesetzt.
- Instrumente zur (finanziellen) Unterstützung wie etwa die Schaffung eines **Industrie-Dekarbonisierungsfonds** oder die Dotation allfälliger Carbon Contracts for Difference sind entwickelt und begleiten den Weg der Dekarbonisierung
- **Important Projects of Common European Interest** in den Bereichen **Wasserstoff, Low Carbon Industries und Mikroelektronik** ermöglichen Innovationen für Klimaschutz in industriefähigem Maßstab.
- Um für die industrielle Produktion **Versorgungssicherheit** und eine konstante Netzfrequenz (50 Hz) zu garantieren, ist der Netzausbau mit Flexibilität im System und ein Plan zur Entwicklung der Energie-Infrastruktur inklusive strafferer Genehmigungsverfahren sichergestellt
- Eine strategische Zielbestimmungen für Bildung wurde in einem parteien- und institutionenübergreifenden Prozess erarbeitet.
- Ein nationaler Aktionsplan für Diversität enthält verbindliche Maßnahmen zu Integration, Gleichstellung, Einbeziehung Älterer etc.
- Flächendeckend digitales Lehren und Lernen wurde ausgerollt. Dazu zählen eine pädagogische Aus-, Fort- & Weiterbildung für den Einsatz digitaler Medien und die Professionalisierung der digitalen Didaktik.

DIE NOTWENDIGEN HANDLUNGSPFADE

WAS KONKRET BIS 2030, SPÄTESTENS 2035, ZU TUN IST

- Rund die Hälfte aller Industrie-Leitbetriebe in Österreich sind aktiv im Programm „**Leitbetriebe**“ involviert, das auf die Realisierung von Technologiegroßprojekten, maximale Förderraten auch zur Adressierung von Missionen durch Leitbetriebe-Konsortien, Sandbox-Regelungen sowie auf Ansiedlung von „neuen“ technologiestarken Kompetenzzentralen setzt.
- **Leitbetriebe arbeiten in vielfältigen Kooperationsformen**, wie etwa Corporate-Venture Capital-Beteiligungen oder Acceleratoren, eng mit Start-ups sowie universitären Spin-offs zusammen und kooperieren im Bereich Industrietechnologie in regionalen Start-up- und Spin-off-Hubs. Risikokapital als entscheidender Wachstums- und Innovations-treiber wird durch einen nationalen Dachfonds und steuerliche Anreize nachhaltig ausgebaut.
- Bis 2030 wird ein **Leitbetriebe-Partizipationstool etabliert**, in das bis 2040 die Hälfte der Bevölkerung aktiv involviert ist. Dazu gehören u.a. eine Awareness-Kampagne, die Einbeziehung von Bildungs-/Berufsberatung an Schulen, österreichweite Roadshows der Industrie, Forcierung „klassischer“ Mitarbeiterbeteiligungen sowie innovative Investmenttools für unkomplizierte, private Beteiligungen an nicht-börsennotierten Industrie-Unternehmen (z.B. Leitbetriebe-Fonds, Leitbetriebe-Crowdfunding, Steuerrückzahlung als Leitbetriebe-Investvouchers etc.).
- Die **FTI-Budgets** je dreijähriger Periode wachsen stabil um rund 20 Prozent.
- Bis 2030 ist die **Weiterentwicklung des EU-Emissionshandels (ETS)** bis 2040 und darüber hinaus sowie die WTO-konforme Einführung eines Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) mit begleitenden Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage erfolgt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Transformation der heimischen energieintensiven Unternehmen.
- **Perspektiven für den Bezug klimaneutraler Energieträger** aus dem gesamteuropäischen Energie-raum und darüber hinaus sind zu wettbewerbsfähigen Kosten entwickelt.
- **Tech for Green** ermöglicht die Reduktion von CO₂-Emissionen und Energieeffizienzsteigerung entlang industrieller Produktionsketten. Vorhandene Potenziale werden ausgeschöpft und innovative Lösungen gefördert. Smart Grids, intelligente Gebäude & nachhaltige Mobilität werden so zur Realität. Im Rahmen der **öffentlichen Beschaffung** sollen innovative und nachhaltige (grüne) Aspekte berücksichtigt werden.
- Neue Technologien unter dem Titel „**Tech for Green**“ tragen zur Einsparung von CO₂ bei: 5G als Voraussetzung für autonomes Fahren befördert einen wirtschaftlichen „öffentlichen“ Teil-Individualverkehr im ländlichen Raum.
- Bis 2030 ist die **Harmonisierung der unterschiedlichen Abfallwirtschaftsstrukturen** in der EU ohne zusätzliche Bürokratie erfolgt sowie ein **umfassendes Ressourcenmanagement** bis 2035 erreicht.
- Die digitale Kluft ist angebots- und nachfrageseitig geschlossen. **Der lückenlose Ausbau der digitalen Infrastruktur, wie das 5G-Mobilfunknetz sowie schnellere Datenleitungen, ist erfolgt.**
- Durch **verbesserte Berufsorientierung, professionelle Beratung** von Jugendlichen und Eltern sowie einen hochwertigen Einstieg in die Lehre (z.B. ein erstes, volles Berufsschuljahr) wird die Treffsicherheit der Berufswahl deutlich verbessert.
- **Berufsschulen wurden zu modernen, regionalen Kompetenzzentren** ausgebaut: technologisch gut ausgestattet, mit pädagogischem Personal, Sozial- und Lerncoaches sowie Vertreterinnen und Vertretern aus der betrieblichen Praxis.
- Eine **umfassende Migrationsstrategie** sorgt für angemessene Zuwanderung qualifizierter Personen aus Europa und Drittstaaten und wahrt die Balance zwischen Integrationsfähigkeit und wirtschaftlichem Interesse.
- **Ausbildungspartnerschaften mit Drittländern** sind etabliert. Damit erfolgt Zuwanderung auch durch vor Ort fachlich und kulturell vorbereitete Fachkräfte.
- **Investitionen in das Humankapital und die Gesundheit der Bevölkerung** durch Unternehmen sind steuerlich incentiviert.
- **Führungspositionen in Organisationen und Unter-**

- nehmen sind divers besetzt:** Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, Bildungskarrieren, unterschiedlichem Alter und Geschlecht sind sichtbar.
- **Ein leistungsorientiertes und altersunabhängiges Entgeltssystem beginnt zu greifen:** Der altersabhängige Lohnanstieg konnte reduziert werden; lebensphasensorientierte Personalplanung ist genauso gängige Praxis geworden wie altersunabhängige Beförderungen oder Weiterbildungen.
 - **Die Einkommens- und Pensionsunterschiede zwischen Frauen und Männern sind deutlich gesunken:** Durch Maßnahmen wie Erhöhung der Qualität der Frauenbeschäftigung, Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung und einer Offensive für qualifizierte Teilzeit wurden spürbare Effekte erzielt.
 - **Die Einführung von Bildungspflicht und ein Grundbildungsabschluss haben gewirkt:** Schon ab dem Kindergarten werden personale und soziale Kompetenzen gefördert, in der Grundbildung und den Kulturtechniken wurde das Qualitätsniveau deutlich gesteigert. Es gilt als attraktiv, einen soliden Abschluss der Grundbildung zu haben, kaum jemand bricht die Schule ab.
 - **„New Learning“ für die Anforderungen von „New Work“:** Die Vermittlung moderner Bildungsinhalte umfasst auch wirtschaftliche Zusammenhänge, Technik & Innovation, politische Bildung & Partizipation, Kooperation und Unternehmergeist.
 - **Das Schulfach Wirtschafts- und Finanzbildung ist ein Pflichtfach an Österreichs Schulen:** Bereits ab der Volksschule werden den österreichischen Schülerinnen und Schülern solide Wirtschaftskennnisse sowie Strategien für den zukünftigen Vermögensaufbau und eine solide Altersvorsorge vermittelt.
 - **Potenziale und Spitzenleistung:** Die Strategie für Begabungs-, Begabten und Exzellenzförderung in Schule und Hochschule wurde umgesetzt, die ersten Ergebnisse sind sichtbar.
 - **Die Universitäten konnten ihren privaten Finanzierungsanteil** durch die Einführung von Studienbeiträgen erhöhen und ein umfassendes Uni-Zugangsmangement implementieren.
 - Jeder dritte Kindergarten und jede dritte Schule in Österreich wurden mit dem **MINT-Gütesiegel** ausgezeichnet, womit eine kritische Masse für den Aufbau von Orten der Lernbegeisterung und des Ideenreichtums erreicht ist. In jedem Bundesland sind mindestens zehn MINT-Regionen langfristig etabliert.
 - **Die Zahl der MINT-Graduierten aus HTL, FH und Universität ist um 20 Prozent gestiegen:** Durch eine inklusive Herangehensweise und Ansprache werden interessierte Talente aus dem In- und Ausland aktiviert. Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger wurden motiviert und MINT-Upgrades in der betrieblichen Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens forciert.
 - **Schulen unter einem Dach:** Neue Formen einer gemeinsamen Schule vom ersten Schultag bis zum Abschluss mit 14 Jahren haben sich gut entwickelt. Sie stellen Entwicklung, Talentförderung, Unterstützung, Leistungsorientierung, innere Differenzierung und die Erfüllung verlässlicher Kompetenzniveaus sicher.
 - **Schlankes Bildungsmanagement:** Durch Kompetenzbereinigung und die Finanzierung über ein transparentes, subsidiäres Trägermodell wird die Gründung von Schulen erleichtert und ein vielfältiges Angebot sichergestellt. Eine umfassende pädagogische, finanzielle und personelle Autonomie bildet die Basis dafür.
 - Die **Senkung der Kapitalertragsteuer** in Verbindung mit einer Behaltfrist und Mitarbeiterbeteiligungsmodellen sorgen neben regulatorischen Vereinfachungen, wie beispielsweise einer einfachen und digitalisierten Offenlegungspflicht, für eine Attraktivierung von Börsengängen. Gold Plating wird zurückgenommen und zukünftig konsequent verhindert, was entscheidende Wettbewerbsvorteile zu großen Börsenstandorten wie bspw. Frankfurt und Zürich bringt.
 - **Der private Vermögensaufbau bzw. die private Altersvorsorge wird durch steuerliche Incentivierungen unterstützt,** beispielsweise durch eine Behaltfrist, einer sehr geringen Kapitalertragssteuer von 10 Prozent und dem Implementieren von steuerlich gestützten Ansparsystemen für die Altersvorsorge. Das Sparbuch wird in Österreich nur noch für den „Notgroschen“ verwendet.
 - Österreich hat den **Anteil an Venture Capital am BIP verfünffacht.** Es schließt in der Venture Capital Finanzierung zu den europäischen Spitzenreitern auf und kann seinen Anteil von VC am BIP von 0,02 Prozent (im Jahr 2020) auf 0,1 Prozent erhöhen.
 - **Österreich setzt sich in der EU für eine Modernisierung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein.** Wirtschaft und Industrie sind beratend in den Prozess eingebunden und es finden laufend Gegenchecks zu Zweckmäßigkeit, Praxistauglichkeit und Standortattraktivität statt. Auf

nationaler Ebene wird v.a. auf Beratung und Zusammenarbeit mit den Unternehmen gesetzt.

- **Wirksame strafrechtliche Bestimmungen schützen vor Industriespionage.** Der Anwendungsbereich der Bestimmungen über Industriespionage wird ausgedehnt, wodurch Schutzlücken geschlossen werden. Die Möglichkeiten zur Aufklärung und Verfolgung von Industriespionage werden durch eine Umgestaltung der einschlägigen Delikte zu Ermächtigungsdelikten verbessert. Der Strafrahmen wird auf international übliches Niveau gesetzt und es kommen spezialisiertere Strafverfolgungsbehörden zum Einsatz.
- **Bürokratiepflichten im Arbeitsrecht sind stark reduziert, dafür gibt es ausreichend Gestaltungsspielräume auf Betriebsebene,** insbesondere bei der Arbeitszeit (Orientierung an der EU-Arbeitszeitrichtlinie). Früheres Gold Plating bei der Umsetzung von EU-Richtlinien wird zurückgenommen und zukünftig vermieden.
- **Im Bereich der Pflegevorsorge** ist ein bestmögliches Zusammenspiel der beteiligten Körperschaften bzw. Stakeholder im Sinne einer optimalen Versorgung der Menschen gewährleistet. Schnittstellen im Pflegesystem arbeiten effizient, Finanzströme werden gebündelt und setzen richtige Anreize für die sachgerechte Inanspruchnahme von Pflegeleistungen.
- **Frühpensionsmöglichkeiten** werden gesetzlich vermieden. Der Grundsatz Rehabilitation und Reintegration vor der Pension wird effektiv umgesetzt und

ein Nachhaltigkeitsmechanismus, der die steigende Lebenserwartung entsprechend berücksichtigt, implementiert.

- Österreich stellte sein **Außenwirtschaftssystem** neu auf. Doppelgleisigkeiten zwischen Bund und Ländern wurden beseitigt. Bundesländerbüros im Ausland wurden abgeschafft und „Österreich Häuser“ im Ausland etabliert, welche österreichische Institutionen zusammenführen. Marktwirtschaftliche Elemente wurden eingeführt: Leistungen werden nun auch innerhalb staatlicher Strukturen verrechnet.
- **Aktive EU-Handelspolitik:** Ein transatlantisches Abkommen mit den USA sowie Partnerschaften mit aufstrebenden Ländern wie Indien wurden abgeschlossen. Bei veränderten politischen Rahmenbedingungen ist auch ein Abkommen mit Russland und der Türkei bis **2040** realistisch.
- Die Finanzierung von großen **Wirtschaftsprojekten, insbesondere in Nord- und Zentralafrika,** durch die EU wird schrittweise erhöht. Österreich und die EU tragen aktiv zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Nachbarschaft (Nahe Osten, Schwarzmeerraum, Afrika) bei. **Europa verfügt über eigenständige globale IT-Champions** mit grundlegenden IKT-Kapazitäten in der EU, bei möglichst begrenzten einseitigen industriellen und rohstoffseitigen Abhängigkeiten. Neben Führerschaft in Schlüsseltechnologien steht Europa auch **im militärischen Bereich auf eigenen Beinen** und verfügt etwa über Verteidigungsausgaben auf vergleichbarem Niveau mit anderen Regionen.

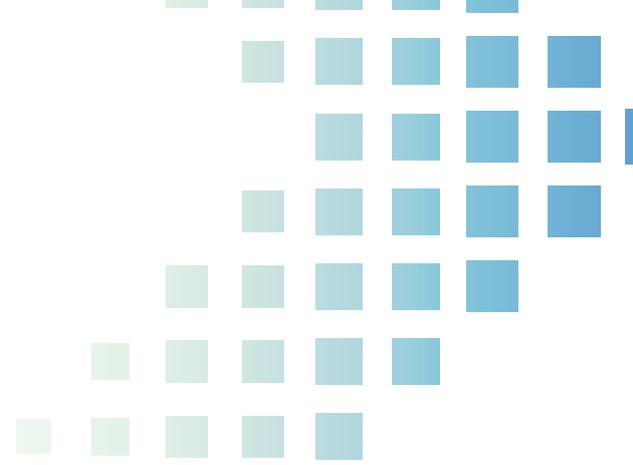


20

23



INDUSTRIE STRATEGIE



Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig sicherstellen



WE LIKE TO KEEP IT SHORT AND SIMPLE.

Mit Symbolen, die jeder kennt:



Industrieland Österreich – Reloaded.

Die Industriellenvereinigung bringt mit ihrer Strategie „Industrieland Österreich – Reloaded“ auf den Punkt, wie es gelingen kann den industriellen Kern unseres Landes und damit den **Motor für Wohlstand und Sicherheit** wieder anzukurbeln.

Im Rahmen der IV-Fachausschüsse haben sich rund **800 Expertinnen und Experten der IV-Mitgliedsbetriebe** in den vergangenen Monaten, an der Ausarbeitung verschiedener Handlungsempfehlungen beteiligt, um die **Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes** zu verbessern.

Die vorliegende Strategie analysiert zu Beginn den aktuellen Zustand des Industrieland Österreich, hält im Kapitel **„Standortsignal“** fest, wofür unsere Volkswirtschaft international stehen soll, unterstreicht im Kapitel **„Netzwerk“** die Notwendigkeit globaler Vernetzung und formuliert im Kapitel **„Powerbank“**, welche Standortfaktoren wie weiterentwickelt werden müssen.



Hier geht's zur
digitalen Version

INHALTSVERZEICHNIS

STATUS

Wie es um unser Industrieland steht

S.4

UNSER STANDORTSIGNAL

Die Werte für die unser
Industrieland stehen soll

S.8



UNSER NETZWERK

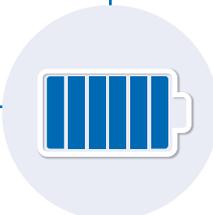
Die Verbindungen die unser
Industrieland braucht

S.10

UNSERE POWERBANK

Die Faktoren, die unserem
Industrieland neue Kraft verleihen

S.14



S.16 Moderner Staat

S.18 Infrastruktur

S.20 Talente

S.22 New Work

S.24 Energie & Klima

S.26 Forschung, Technologie
& Innovation

STATUS

Wie es um unser Industrieland steht

Signal schwach, Netzwerkverbindung ausbaufähig und Akku im Stromsparmodus.

Der Zustand unseres Standorts lässt sich mit den Symbolen eines Smartphone-Bildschirms verdeutlichen, die jeder von uns tagtäglich vor Augen hat.

Wie kann Österreich ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleiben? Droht gar die Deindustrialisierung?

Diese Fragen bringen die aktuellen Herausforderungen auf den Punkt. Denn: Diskussionen über Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, noch mehr Steuern und Abgaben im Höchststeuerland Österreich, Skepsis

gegenüber Leistung, Wissenschaft und Wirtschaft sowie ein immer enger werdendes bürokratisches Korsett **bringen den Standort unter Druck.**

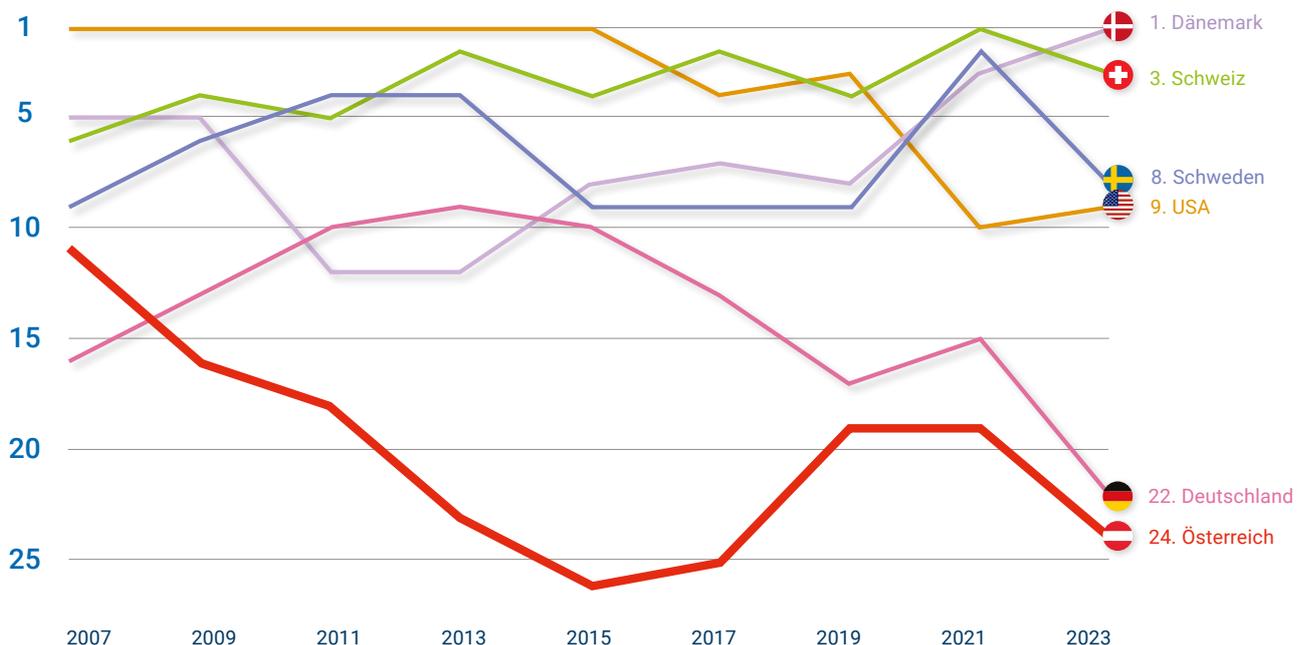
Wir stehen an einer Weggabelung. **Ohne unsere heimische Industrie kann der Wohlstand in unserem Land nicht gehalten werden.** Internationale Standortrankings zeigen bereits auf, dass sich unser Industrieland Österreich **auf einem Weg nach unten** befindet.

Mit Dänemark, Irland und der Schweiz liegen mit Österreich vergleichbare Länder auf den ersten drei Plätzen des World Competitiveness Rankings (IMD). Insbesondere Dänemark hat in den vergangenen Jahren bewiesen, wie erfolgreiche Standortpolitik funktioniert. Gezielte Maßnahmen und Initiativen im Bereich der **Deregulierung, Entbürokratisierung**, einer **erfolgs-orientierten Bildung**, der Handelspolitik sowie einer **aktiven Arbeitsmarktpolitik** mit Erwerbsanreizen, brachten das Land an die Spitze.

Wettbewerbsfähigkeit der Standorte im Vergleich

(IMD World Competitiveness Ranking, 64 untersuchte internationale Wirtschaftsstandorte)

PLATZIERUNG





SIGNALSTÄRKE

Das wirtschaftspolitische Standortsignal unseres Landes wird zunehmend schwächer. Eckpfeiler wie **Soziale Marktwirtschaft, Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung** werden in den Hintergrund gedrängt. Populismus, Nanny-State-Mentalität und Vollkasko-Einstellung dominieren den Diskurs und reduzieren die Standortattraktivität.

NETZWERKVERBINDUNG

Eine schlechte Verbindung zu unserem internationalen Netzwerk wird zunehmend offensichtlich. Statt sich für die Erschließung neuer Märkte einzusetzen, behindert unser Land auf europäischer Ebene derzeit sogar die **Entstehung neuer partnerschaftlicher Allianzen** (z.B. Mercosur). Dies geschieht, ohne zu bedenken, dass unser Wohlstand in erheblichem Maße vom **intensiven Handel mit unseren Partnern auf der ganzen Welt abhängt**. Unterdessen wird die EU – unser primäres Netzwerk – **immer bürokratischer**.

LADEZUSTAND

Die Powerbank unseres Standortes ist nicht mehr gefüllt. Die demografische Entwicklung führt zu einem **Mangel an Arbeits- und Fachkräften**. Zusätzlich haben Unternehmen noch immer mit **hohen Energiepreisen** im internationalen Vergleich zu kämpfen. Diese Herausforderungen treten in einem Umfeld auf, das unter anderem von einer **beträchtlichen Steuer- und Abgabenlast, steigenden Lohnstückkosten** sowie einer **komplexen Bürokratie und Überregulierung** geprägt ist.



IM ÜBERBLICK

12 Top-Handlungsmaßnahmen

Leistung muss sich lohnen

Positive Anreize im Steuer-, Abgaben- und Sozialsystem für aktive Erwerbsintegration, wie beispielsweise Attraktivierung von Vollzeitarbeit oder Arbeit im Alter, schaffen.

Heimische Talente ausbilden

Finanzierungspyramide auf den Kopf stellen. Mehr Geld für Elementar- und Grundbildung, Fokus auf MINT-Kompetenzen sowie Wirtschafts- u. Finanzbildung.

Abgabenlast laufend verringern

Gesetzliche Festlegung eines verpflichtenden Abgabenreduktionspfads zur Erreichung einer wettbewerbsfähigen Abgabenquote von 40 Prozent bis 2030.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen

Die beste und leistbare Kinderbetreuung für alle und Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr.

MINT-Booster zünden

Steigerung der MINT-Graduierungen um 20 Prozent bis 2030 – u.a. Forcierung von Frauen, zielgruppenspezifisches Re- und Upskilling, koordinierte MINT-Regionen.

Talente aus aller Welt anziehen

Beste Talente aus dem Ausland anwerben sowie Ausbildungspartnerschaften mit Drittländern etablieren.

Ausbauturbo für strategisch wichtige Infrastruktur starten

Systematik des bestehenden Standortentwicklungsgesetzes zur Anwendung bringen.

Zukunftsinvestitionen statt Vergangenheit fördern

FTI-Pakt-Finanzierung um 20 Prozent anheben, österreichische Forschungsprämie als USP weiter stärken.

Wettbewerbsfähige Energiekosten gewährleisten

Strompreiskompensation als fixes Standort-sicherungsinstrument bis 2030 implementieren. Sicherstellung von ausreichenden Mengen an klimaneutralen Energieträgern zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Schlüsseltechnologien entwickeln, KI & Deep-Tech-Innovationen forcieren

Zusammenarbeit von Unternehmen, Wissenschaft und Start-ups fördern, europäische Forschungsprogramme strategisch nutzen.

Strategische Partnerschaften schließen

EU-Handelsabkommen umsetzen, beispielsweise ein Transatlantisches Handelsabkommen mit den USA sowie Mercosur.

Europa wieder attraktiv für Investitionen machen

Konsequente und unbürokratische Umsetzung des EU „Green Deal Industrial Plans“ sowie Abbau regulatorischer Belastungen.

UNSER STANDORT- SIGNAL

Die Werte für die unser
Industrieland stehen soll

Wer neuen Wohlstand generieren will, muss das Industrieland Österreich gezielt stärken.

Es geht dabei in erster Linie nicht nur um wirtschaftliche Faktoren, sondern um die Werte, für die Österreich einst bekannt war und die in den Schatten aktueller ideologischer Debatten geraten sind. Es gilt, das richtige Standortsignal an Menschen und Unternehmen sowie unsere internationalen Partner zu vermitteln.

1 Klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Österreich hat stets bewiesen, dass eine **harmonische Balance zwischen sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Effizienz** möglich ist. Die Gewissheit, dass der freie Markt – nicht andauernde staatliche Intervention – als Instrument für Wohlstand dient, ohne dabei die soziale Sicherheit zu vernachlässigen, ist ein **Eckpfeiler unserer Identität**. Es ist an der Zeit, dieses **Bekenntnis zu Freiheit und Selbstverantwortung** zu erneuern.

2 Mindset für Leistung und Unternehmertum

Österreich hat sich stets durch **Innovationsgeist und harte Arbeit** ausgezeichnet. Die Bereitschaft die „extra Meile“ zu gehen und neue Wege zu beschreiten, hat uns zu einem **erfolgreichen und innovativen Industrieland** gemacht. Dieses Erbe gilt es anzunehmen und weiterzuführen, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Dafür muss sich **Leistung in Österreich jedoch wieder lohnen**, damit den zahlreichen leistungsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder mehr von ihrem Bruttolohn übrig bleibt.



3 Technologieoffenheit und Wissenschaftsfokus

Die **Nutzung modernster Technologien**, sei es im Bereich der Emissionsreduktion, der Digitalisierung oder der künstlichen Intelligenz, ist unerlässlich, um nachhaltiges Wachstum auch in Zukunft zu erreichen. Gleichzeitig ist eine wissenschafts- und forschungsaffine Gesellschaft wesentlich für **eine Kultur der Innovation. Der österreichische Erfindergeist ist ein Garant für Fortschritt und Prosperität.** Forschungsergebnisse müssen konsequent in industrielle Anwendungen überführt werden.

4 Internationalität und Globalisierung

Für unsere exportorientierte Volkswirtschaft sind Internationalität und Globalisierung wesentliche Grundpfeiler unseres Wohlstands. Die Fähigkeit **über Grenzen hinweg zu denken und zu handeln**, hat uns zu einem globalen Player mit zahlreichen Hidden Champions gemacht. Unsere innovativen und hochwertigen Produkte sind weltweit gefragt. Wenn wir auch weiterhin erfolgreich sein wollen, müssen wir **unser Exportmodell weiterentwickeln.**

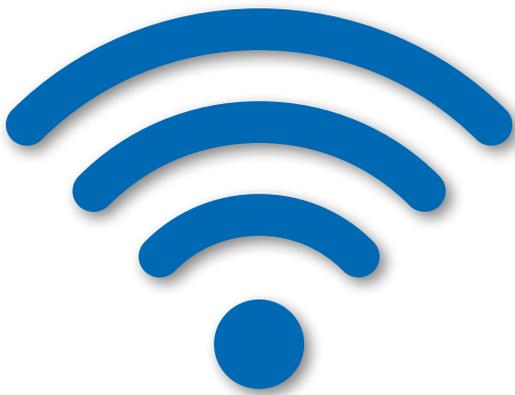
UNSER ZIEL

Es ist an der Zeit, diese fundamentalen Werte wieder in unser Selbstverständnis als Industrieland einfließen zu lassen und sie auch **verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.** Sie sind die Grundlage, um das Industrieland Österreich auf die **richtige Spur zu bringen und wieder attraktiv zu positionieren.** Denn vermeintlich einfache populistische Lösungen und Ideologien können nicht Prinzipien ersetzen, die uns als Nation definieren und erfolgreich gemacht haben.

UNSER NETZWERK

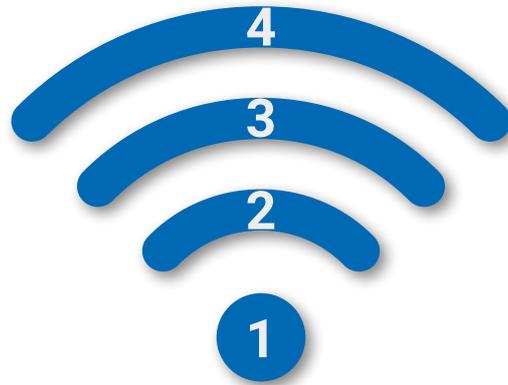
Die Verbindungen, die unser Industrieland braucht





***Geopolitischen Zeiten-
wende und internationaler
Standortwettbewerb:***

***Das Industrieland Österreich
kann nur mit einem zuverlässigen
Netzwerk die richtigen Antworten
auf aktuelle Herausforderungen
geben. Zudem sind wir als
exportorientierte Volkswirtschaft
wesentlich auf internationale
Kooperationen angewiesen.***



1 Österreich in der EU

Das wichtigste Netzwerk für Österreich außerhalb der eigenen Landesgrenzen ist die Europäische Union. Die **Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit** nimmt im Wettbewerb mit den globalen Wirtschaftsnationen USA und China sowie zunehmend auch Indien weiter zu. Österreich soll Beiträge zur Geschlossenheit und damit zu mehr Handlungsfähigkeit der Europäischen Union leisten. Darüber hinaus müssen die **Investitionsbedingungen in Europa verbessert** werden – ein wesentlicher Schritt dafür ist der **Abbau von Überregulierung**. Zusätzlich gilt es Europas **strategische Autonomie** auszubauen und an der **Diversifizierung der Lieferketten** zu arbeiten.

3 Neue strategische Partnerschaften

Die Forcierung internationaler Handelsabkommen der EU, wie zum Beispiel mit der **vielversprechenden Mercosur-Region**, ist eine wesentliche Strategie für wirtschaftliche Vernetzung und Wohlstandsgewinne. Österreich soll dies aktiv unterstützen. Außerdem gilt es strategische Partnerschaften, wie **beispielsweise jene mit den USA**, durch konkrete Abkommen weiterzuentwickeln. Aber auch im Hinblick auf Märkte wie Indien, China oder Afrika müssen **europäisch abgestimmte Ansätze** verfolgt werden.

2 Österreich und seine erweiterte Nachbarschaft

Eine besondere Rolle spielt Österreich in Europa als Top-Investor in Standorten **Zentral- und Osteuropas (CEE)**. Diese Investitionen tragen nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region bei, sondern stärken auch die politischen Beziehungen. Die Heranführung des Westbalkans und der Ukraine an die EU ist ein **wirtschaftlich und politisch wichtiges Zukunftsprojekt**, das Österreich weiter forcieren soll, um die **Stabilität und Prosperität** in dieser Region zu fördern.

4 Österreich als Zentrum für internationale Zusammenarbeit

Als Hauptsitz von über 30 internationalen Organisationen ist unser Industrieland zudem ein **wichtiger „weltpolitischer“ Standort**. Diese bedeutende Rolle gilt es gezielt für den Erhalt und Ausbau unseres starken internationalen Netzwerks zu nutzen.

WAS ZU TUN IST – AUSWAHL AN HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Kurzfristig

- **Abbau von EU-Regulierung:** Die EU-Wahlen 2024 und die folgende Bildung einer neuen Kommission müssen zu einer greifbaren Reorientierung führen. Der **Abbau regulatorischer Belastungen und die Verbesserung von Investitionsbedingungen** müssen im Zentrum der zukünftigen EU-Politik stehen. In diesem Sinn soll das Initiativrecht der EU-Kommission zu neuen Regelungsmaterien nur noch im Gegenzug zu auslaufenden Regelungen wahrgenommen werden.
- **EU-Handelspolitik vorantreiben:** Bis 2025 möglichst alle laufenden bilateralen Verhandlungen zu **Handelsabkommen abschließen**. Insbesondere das **EU-Mercosur Abkommen** soll rasch unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden.
- **Erschließung neuer Märkte:** Infolge von Regierungsreisen in Wachstumsregionen, wie beispielsweise nach **Saudi-Arabien oder Vietnam**, werden Plattformen und Netzwerke, als Basis für gemeinsame wirtschaftliche Projekte, entwickelt.
- **Green Deal als Game Changer:** Durch Umsetzung des **Green Deal Industrial Plans** der EU sollen bis 2025 die Investitionsbedingungen in Europa verbessert werden, u.a. durch **Verfahrensbeschleunigungen**, gezielte **Förderung der Transformation** des produzierenden Sektors (insbesondere energieintensiver Sektoren), wie auch durch eine **Verbesserung der Versorgung** kritischer und strategischer Rohstoffe.
- **Exporte ausbauen:** Das **Instrument der ungebundenen staatlichen Kredite** soll erweitert werden. Auflagen bei staatlicher Exporthaftung, etwa durch Senkung der nationalen Wertschöpfungsquote, werden wettbewerbsfähiger gestaltet.

TOP-ZIELE

1. Investitionsbedingungen in Europa verbessern

Konsequente Umsetzung des EU „Green Deal Industrial Plans“ und Abbau von Überregulierung

2. Aktive Handelspolitik forcieren

Abschluss weiterer internationaler Handelsabkommen

3. Strategische Autonomie Europas verbessern

Mehr Eigenständigkeit und Diversifizierung auf Beschaffungs- und Absatzmärkten, Stärkung der Technologiekompetenz mit besonderem Fokus auf österreichische Technologiefelder

Mittelfristig

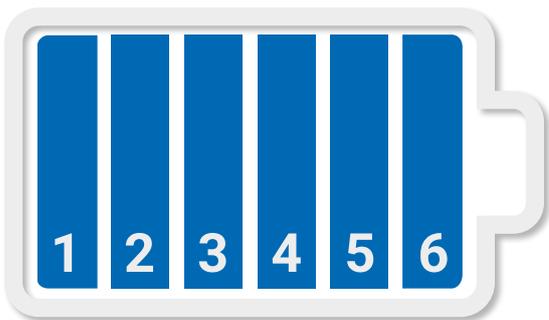
- **Westbalkan an die EU heranführen:** Die Gespräche über die Mitgliedschaft der Westbalkanstaaten werden beschleunigt.
- **Transatlantische Beziehungen stärken:** Ein transatlantisches **Abkommen mit den USA** sowie Partnerschaften mit aufstrebenden Ländern wie Indien werden abgeschlossen.
- **EU-Global Gateway umsetzen:** Schrittweise Erhöhung der EU-Finanzierung von Infrastruktur und anderen Wirtschaftsprojekten, insbesondere in **Nord- und Zentralafrika**. Österreich und die EU tragen aktiv zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Nachbarschaft (Nahe Osten, Schwarzmeerraum, Afrika) bei.



UNSERE POWERBANK

Faktoren, die unserem Industrieland Kraft verleihen

Wie ein Akku, der seine volle Energie verloren hat, fehlt es auch dem Industrieland Österreich an voller Kraft. Um unsere Powerbank wieder aufzufüllen, sind konkrete Maßnahmen in zentralen standortpolitischen Handlungsfeldern zu setzen.



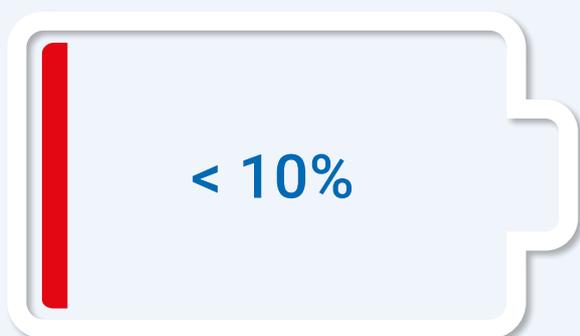
1. Ein **moderner Staat**, der schlank und leistungsfähig für bestmögliche standortpolitische Rahmenbedingungen sorgt.
2. Eine **hochentwickelte, resiliente und gut ausgebaute Infrastruktur** von der Straße bis zum Breitband.
3. Die Bildung und Ausbildung von jungen **Talenten** und erstklassigen Fachkräften aus dem In- und Ausland
4. „**New Work**“ im Sinne einer modernen, flexiblen und leistungsorientierten **Arbeitswelt** für Menschen und Betriebe.
5. Eine **Klima- und Energiepolitik**, die auf Technologie und Innovation setzt sowie marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen nützt, um die Industrie als Transformationskraft zu unterstützen.
6. **Forschung, Technologie und Innovation**, um Innovationsführerschaft zu erlangen und damit im internationalen Standortwettbewerb die Nase vorn zu haben.

MODERNER STAAT

Durch einen modernen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, Rechtssicherheit gewährleistet, effizient und digital arbeitet sowie eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik verfolgt, wird das Industrieland Österreich die Möglichkeit erhalten, seine Wettbewerbsfähigkeit wieder nachhaltig auszubauen und eine förderliche Umgebung für Menschen und Unternehmen zu schaffen.

Bestehende und neue Unternehmen sollen sich im Industrieland Österreich auf ein stabiles Standortfundament mit attraktiven Rahmenbedingungen verlassen können. Die **Steuer- und Abgabenlast muss weiter sukzessive auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt und bürokratische Hürden abgebaut werden**, um unternehmerische Dynamik zu fördern. Ein transparentes und digitales Verwaltungssystem schafft Vertrauen und Anreize für Investitionen.

Der Grundsatz „weniger ist mehr“ gilt auch für die **Kapitalmarktregulierung**. Vereinfachungen sorgen gemeinsam mit der Senkung der Kapitalertragsteuer, einer Behaltefrist und Mitarbeiterbeteiligungsmodellen für neue Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen und dienen zugleich als **Unterstützung der Bevölkerung beim privaten Vermögensaufbau und der Altersvorsorge**.



AKTUELLER LADEZUSTAND: MODERNER STAAT

Zusammengefasste Einschätzung der Standortqualität Österreichs im Bereich „Moderner Staat“ (**Effizienz Steuersystem, Verwaltungseffizienz, Ausgabenstruktur, Staatsverschuldung etc.**) durch 50 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Finanzwirtschaft, Wissenschaft und Verbänden im Zuge des vierteljährlich durchgeführten IV-Standortbarometers „Panel 50“ (zuletzt Juli 2023).

TOP-ZIELE

1. Standortqualitäten nachhaltig verbessern

Steuer- & Abgabenquote entlang eines festgelegten Pfads konsequent senken

2. Österreich einfacher machen

Verwaltung entbürokratisieren und digitalisieren

3. Heimischen Kapitalmarkt stärken

Kapitalmarkt als Plattform für Unternehmensfinanzierung und für privaten Vermögensaufbau sowie Altersvorsorge weiterentwickeln

WAS ZU TUN IST – AUSWAHL AN HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Kurzfristig

- **Abgabenreduktionspfad festlegen:** Steuer- und Abgabenquote konsequent senken, indem – ähnlich dem Emissionsreduktionspfad in der Klimapolitik – ein **verpflichtender Abgabenreduktionspfad** in der Standortpolitik für die kommenden Jahre (2026: 42 Prozent, 2028: 41 Prozent, 2030: 40 Prozent) festgelegt wird.
- **E-Government massiv ausbauen:** Vernetzung und Zusammenführung der einzelnen Plattformen und „Single-Sign-On“. Digitaler Behördenweg wird **bundesweit vereinheitlicht**, rechtssicher und dem analogen Prozess gleichgestellt. Das Prinzip „Once Only“ wird für alle unternehmensrelevanten Informationsverpflichtungen umgesetzt. Die Nutzung von E-Government-Services soll **unkompliziert, schnell und vor allem sicher ablaufen**.
- **Booster für den Kapitalmarkt:** Attraktivierung von Börsengängen u.a. durch Senkung der Kapitalertragsteuer, Einführung einer Behaltfrist und **Mitarbeiterbeteiligungsmodelle** sowie regulatorische Vereinfachungen (z.B. einfache und digitalisierte Offenlegungspflicht).
- **Anreize für private Vorsorge:** Der private Vermögensaufbau und die private Altersvorsorge werden durch weitreichende steuerliche Incentivierungen unterstützt, unter anderem durch ein international vergleichbares Modell zwecks Altersvorsorge, bei der die **Kapitalertragsteuer nach einer Ansparphase zur Gänze entfällt**, eines weitreichenden **Verlustausgleichs** und einer generell geringeren **Kapitalertragsteuer von 20 Prozent**.
- **Klare Regelung für Ausgaben:** Staatliche Sozialausgaben innerhalb klar definiertem nachhaltigen Ausgabenpfad. Anpassungen des Sozialsystems im Einklang mit diesem Ausgabenrahmen.

Mittelfristig

- **Moderate & automatisierte Besteuerung:** Der Körperschaftsteuersatz wird auf das Niveau des **internationalen Mindeststeuersatzes** gesenkt. Zusätzlich bleiben Möglichkeiten zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung, zur Ausweitung von F&E und sonstigen positiven Begünstigungen zur Standortstärkung im internationalen Wettbewerb erhalten. Der **Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer wird entsprechend reduziert**, um zu den niedrigsten in der EU zu zählen. Betriebsprüfungen werden rasch abgewickelt und sind nur mehr in den wenigsten Fällen notwendig.
- **Modernen Datenschutz schaffen:** Österreich setzt sich in der EU für eine Modernisierung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein. Wirtschaft und Industrie sind beratend in den Prozess eingebunden und es finden laufend Gegenchecks zu Zweckmäßigkeit, Praxistauglichkeit und Standortattraktivität statt.
- **Effizienz im Gesundheits- und Pflegesystem:** Modernes Gesundheits- und Pflegesystem entlang klarer Kompetenzen, Nutzung von Gesundheitsdaten zur Optimierung der Versorgung und umfassende Digitalisierungsstrategie (Telemedizin, Patientensteuerung).

INFRA- STRUKTUR

Das Industrieland Österreich benötigt die besten, schnellsten und sichersten Verbindungen in die Zukunft. Weniger Regulierung und rasche Verfahren ermöglichen es der Industrie den Infrastrukturausbau selbst effektiv zu unterstützen.

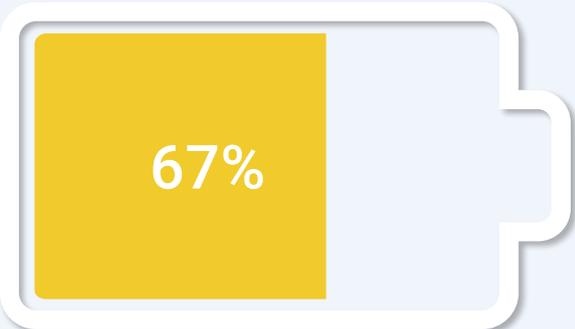
Die Infrastruktur bildet **das Rückgrat eines wettbewerbsfähigen Industriestandorts**. Von hochmodernen Straßen, über leistungsfähige Netze, bis hin zu schnellem Breitbandinternet – eine leistungsfähige Infrastruktur ist essenziell, um die **reibungslose Kommunikation, Versorgung, Mobilität und Vernetzung** zu gewährleisten.

Alle Dimensionen der Infrastruktur sind für den Standorterfolg und die Industriebetriebe relevant: Eine hoch effiziente **Verkehrsinfrastruktur** für die sichere, rasche und zuverlässige Erreichbarkeit von Absatz- und Arbeitskräftemarkt. Eine resiliente,

krisensichere **digitale Infrastruktur** als Schlüsselfaktor für den Standorterfolg und wesentlich für industrielle Anwendungen. Eine krisensichere **Energieinfrastruktur** zur Gewährleistung der Versorgung mit leistbarer Energie, auf Basis diversifizierter Energielieferquellen.

Zusätzlich dazu ist es wichtig, dass unser Land weiterhin über eine **solide Gasinfrastruktur** verfügt und diese ausbaut, um eine **diversifizierte Erdgasversorgung** sicherzustellen. Diese Infrastruktur gilt es auch für die **zukünftige Nutzung mit Wasserstoff** entsprechend weiterzuentwickeln. Um den europäischen Strombinnenmarkt zu optimieren, sind Fortschritte in den Bereichen **Übertragungs- und Verteilnetze sowie Speicherinfrastrukturen** erforderlich.

Gerade mit Blick auf die Herausforderungen der Klimaneutralität braucht es aus Sicht der Industrie neben praktikablen Lösungen und Technologieoffenheit vor allem **mehr Tempo beim Infrastrukturausbau**. Daher ist insbesondere die Systematik des bestehenden – von der IV initiierte – Standortentwicklungsgesetzes konkret in Umsetzung zu bringen, um einen Genehmigturbo für standortrelevante Projekte zu schaffen.



67%

AKTUELLER LADEZUSTAND: INFRASTRUKTUR

Zusammengefasste Einschätzung der Standortqualität Österreichs im Bereich „Infrastruktur“ (**Regulatorische Hürden für Ausbau, Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikationsausstattung etc.**) durch 50 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Finanzwirtschaft, Wissenschaft und Verbänden im Zuge des vierteljährlich durchgeführten IV-Standortbarometers „Panel 50“ (zuletzt Juli 2023).

TOP-ZIELE

1. Beschleunigung des Infrastrukturausbaus

Tempo bei Genehmigungsverfahren deutlich anziehen. Systematik des bestehenden Standortentwicklungsgesetzes zur Anwendung bringen.

2. Digitale Spitzen-Infrastruktur sichern

Flächendeckende mobile und feste Gigabit-Netze bereitstellen

3. Gasinfrastruktur diversifizieren und weiterentwickeln

Anbindungen der heimischen Gasinfrastruktur erweitern und wasserstoff-fit machen

4. Anreize statt Verbote

Keine einseitigen Verbote und Einschränkungen von Verkehrsträgern und Technologien

5. Klimaneutrale Mobilität

Logistiksektor sowie alle Formen der Mobilität in den kommenden Jahren weitgehend auf Klimaneutralität ausrichten

WAS ZU TUN IST – AUSWAHL AN HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Kurzfristig

- **Erhalt und Ausbau der Mobilitäts- und Technologievielfalt:** Ausbau zukunftsfester Infrastruktur und flächendeckender Multimodalität unter Einsatz **neuer Technologien, Effizienz durch Kostenwahrheit, Transparenz und Technologieneutralität**, Raumordnung als (Lenkungs-)Instrument für Verkehrs- und Siedlungspolitik.
- **Gigabitfähige Netze ausbauen:** Verwaltungsverfahren für Breitbandausbau müssen **digitalisiert und vereinfacht** werden mit einem gebündelten Ansatz bei den Bezirksverwaltungsbehörden ("one-stop-shop"). Ebenfalls sollten genehmigungsfreie Standardbauweisen eingeführt und ein branchenübergreifender "Tiefbauatlas" geschaffen werden.
- **Gigabitfähige Digitalinfrastruktur bereitstellen:** Digitale Infrastruktur ist zunächst für alle industriellen Anwendungen verfügbar.
- **Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen:** Bewilligungsfreier Bau von öffentlichen Kommunikationsnetzen.
- **Ausbauturbo für strategisch wichtige Infrastruktur:** Bestehendes Standortentwicklungsgesetz (StEntG) zur Anwendung bringen. EU-Dringlichkeitsverordnung zum Erneuerbaren Ausbau ins Dauerrecht übernehmen, Erneuerbaren Ausbau Beschleunigungsgesetz (EABG) beschließen sowie eine umfassende Novelle des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG) durchführen.

Mittelfristig

- **Gasinfrastruktur diversifizieren und wasserstofftauglich machen:** Die Gasinfrastruktur als ein Backbone der Energieversorgung wird für eine diversifizierte Versorgung mit Erdgas ertüchtigt und insbesondere durch die Anbindung an den „Südkorridor“ (Italien, Nordafrika) wasserstoff-fit gemacht.
- **EU-Strombinnenmarkt vervollständigen:** Ein entsprechender Ausbau von Übertragungs- und Verteilnetzen sowie von Speicherinfrastrukturen vermeidet regulatorische Hemmnisse im Stromhandel (wie die Strompreiszonentrennung D/AT) und damit wirtschaftliche Verwerfungen. Erreicht wird dies insbesondere durch eine weitere Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sowie dem Vorrang von Energieinfrastrukturprojekten.

TALENTE

Für das Industrieland Österreich sind hochqualifizierte Arbeitskräfte von besonderer Bedeutung. Angesichts des stark zunehmenden Arbeitskräftemangels, der das Wachstum und den Wohlstand gefährdet, muss die Standort- und Industriepolitik umfassende Lösungen bieten.

Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften wird durch die demografische Entwicklung signifikant verschärft und führt dazu, dass Aufträge nicht angenommen sowie Wachstumsprojekte nicht realisiert werden können. Die **gezielte Ausbildung und nachhaltige Sicherung von Talenten aus dem In- und Ausland** sind somit eine absolute Notwendigkeit.

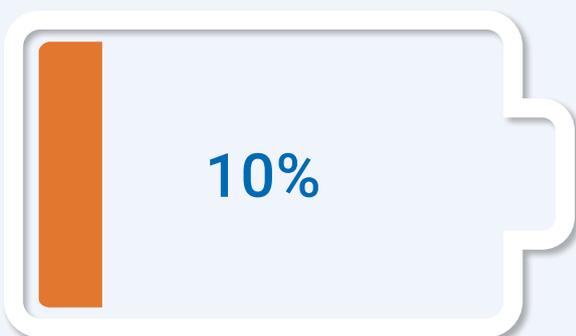
Es gibt in vielen Bereichen dringenden Handlungsbedarf. Obwohl Österreich beträchtliche Mittel in sein Bildungssystem investiert, befinden wir uns dennoch nur im internationalen Mittelfeld, was den qualitativen Output betrifft. Um den Standort erfolgreich zu

stärken, ist ein **flexibles Bildungssystem** notwendig, das auf allen Qualifikationsebenen selbstständige, unternehmerisch **denkende sowie kreative und innovative Köpfe** hervorbringt.

Besondere Bedeutung haben **MINT-Qualifikationen, Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge sowie digitale Kompetenzen**, die bereits in der Grundschulbildung gefördert werden sollten.

Für die Industrie spielt vor allem die **Weiterentwicklung der Lehrausbildung** eine zentrale Rolle bei der Sicherung zukünftiger Talente. Die Lehrausbildung sollte daher auf **Augenhöhe mit der schulischen Bildung** sein und verschiedene Karrierewege eröffnen.

Nicht zuletzt ist es notwendig, **bedarfsorientierte Aus- und Weiterbildung zu fördern und gezielt ausländische Fachkräfte anzuwerben**, um den Bedarf am Arbeitsmarkt zu decken. Die Attraktivität Österreichs muss in diesem Zusammenhang gesteigert werden, um den notwendigen Zuzug und Verbleib qualifizierter internationaler Arbeitskräfte sicherzustellen.



AKTUELLER LADEZUSTAND: TALENTE

Zusammengefasste Einschätzung der Standortqualität Österreichs im Bereich „Talente“ (**Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, Qualität der Schulbildung**) durch 50 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Finanzwirtschaft, Wissenschaft und Verbänden im Zuge des vierteljährlich durchgeführten IV-Standortbarometers „Panel 50“ (zuletzt Juli 2023).

TOP-ZIELE

1. Prioritäten in der Finanzierung neu setzen

Öffentliche Mittel künftig verstärkt in Elementar- und Grundbildung investieren

2. Qualitätsvolle Grundbildung ab dem Kindergarten

Gezielte Frühförderung entsprechend der individuellen Talente und Stärken

3. Wirtschafts-, Finanz- & MINT-Kompetenzen fördern

Wissensvermittlung zu wirtschaftlichen Zusammenhängen, Vermögensaufbau, Altersvorsorge und MINT-Kompetenzen ab der Volksschule

4. Die besten Köpfe & Hände aus dem Ausland gewinnen

Aktive Anwerbe- und Standortkultur betreiben

WAS ZU TUN IST – AUSWAHL AN HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Kurzfristig

- **Finanzierungspyramide auf den Kopf stellen:** Die meisten öffentlichen Bildungsmittel sollen zukünftig in **Elementar- und Grundbildung** fließen, Studierende werden an der Finanzierung ihres Studiums beteiligt. Das Finanzierungssystem wird so gestaltet, dass der Zugang zu Bildung mit hoher Qualität chancengerecht und für alle finanzierbar ist. Die hohen Mittel im Bildungssystem werden erfolgreich und effektiv eingesetzt.
- **Einführung einer Bildungspflicht und eines Grundbildungsabschlusses:** Förderung der persönlichen und sozialen Kompetenzen ab dem Kindergarten. Steigerung des Qualitätsniveaus in der Grundbildung und den Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen).
- **Wirtschafts- und Finanzbildung wird deutlich ausgeweitet:** Bereits ab der Volksschule sollen den Schülerinnen und Schülern solide **Wirtschaftskenntnisse** sowie Strategien für den zukünftigen **Vermögensaufbau** und die Altersvorsorge vermittelt werden.
- **Beste Köpfe & Hände aus dem Ausland anwerben:** Aktive und umfassende **Migrations- und Fachkräfteanwerbestrategie** sorgt für angemessene Zuwanderung qualifizierter Personen aus Europa und Drittstaaten.
- **Monitoring des Bedarfs an Talenten:** Eine schlanke „Skills Agency“ wird eingerichtet und garantiert ein umfassendes Monitoring und das Identifizieren beruflicher Zukunftstrends.

Mittelfristig

- **Schulen unter einem Dach:** Neue Formen einer gemeinsamen Schule vom ersten Schultag bis zum Abschluss mit 14 Jahren werden entwickelt.
- **Stärkung des Fachhochschulsektors:** Forcierter Ausbau der MINT-Studienplätze und inhaltliche Weiterentwicklung des Studienangebots entlang von **Arbeitsmarktorientierung, Qualität und Innovation**. Interessierte Talente aus dem In- und Ausland werden aktiviert.
- **Steigerung der MINT-Graduierungen:** Bis 2030 soll eine Steigerung der MINT-Graduierten aus HTL, FH und Universität um **+20 Prozent** erreicht werden. Dafür werden alle Talente aus dem In- und Ausland aktiviert, Quereinsteiger gewonnen und zielgruppenspezifische MINT-Upgrades zum passgenauen Re- und Upskilling forciert.
- **Forcierung von Frauen in MINT-Bereichen:** Ein durchgängiger Lern- und Motivationspfad für Mädchen in MINT vom Kindergarten bis zur Hochschule wird etabliert.
- **Ausbildungspartnerschaften mit Drittländern etablieren:** Diese kombinieren auf innovative Weise die gut vorbereitete Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte mit Know-How Transfer und gestärkten Wirtschaftsbeziehungen mit den Herkunftsländern.
- **Zeitgemäße Berufsorientierung einführen:** Durch verbesserte Berufsorientierung, professionelle Beratung von Jugendlichen und Eltern sowie einen hochwertigen Einstieg in die Lehre wird die Treffsicherheit der Berufswahl deutlich verbessert.

NEW WORK

Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Automatisierung verändern Arbeitsprozesse und Arbeitskulturen im Industrieland Österreich nachhaltig. Für eine Arbeitswelt, die in vielen Bereichen flexibler und vielfältiger wird, sind auch gesellschaftliche Mindsets ein wichtiger Einflussfaktor.

Wertewandel und veränderte Einstellungen zur Arbeitswelt müssen kein Widerspruch zu einer modernen, ergebnisorientierten Leistungskultur sein.

Anreize für Arbeit und Leistung sollen daher insgesamt besser gefördert werden – **Leistung muss sich am Standort Österreich wieder lohnen**. Angesichts des hohen Anteils an vor allem weiblichen Teilzeitbeschäftigten muss Vollzeitarbeit auch steuerlich attraktiviert werden. Der gleichzeitige **Ausbau der Kinderbetreuung und elementarer Bildungseinrichtungen** ist dabei eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Wesentlich ist, dass auch das Arbeitsrecht zeitgemäß weiterentwickelt wird, um **mehr praktikable Lösungen für die Arbeitswelt von morgen auf betrieblicher Ebene** zu ermöglichen. Die Erfolgsgemeinschaft von Unternehmern und Beschäftigten entwickelt schon heute zukunftsweisende Lösungen.

Handlungsbedarf besteht außerdem in der Arbeitsmarktpolitik und im Anreizsystem für Arbeit. Um alle Potenziale am Arbeitsmarkt bestmöglich zu heben, ist es notwendig, **gezielte Beschäftigungsanreize zu setzen**, die Effizienz in der Arbeitslosenversicherung zu erhöhen, die Frauenerwerbsquote zu steigern und Arbeitsanreize für Ältere zu verbessern.



AKTUELLER LADEZUSTAND: NEW WORK

Zusammengefasste Einschätzung der Standortqualität Österreichs im Bereich „New Work“ (**Lohnflexibilität, Reallohniveau, Flexibilität der Arbeitszeit, etc.**) durch 50 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Finanzwirtschaft, Wissenschaft und Verbänden im Zuge des vierteljährlich durchgeführten IV-Standortbarometers „Panel 50“ (zuletzt Juli 2023).

WAS ZU TUN IST – AUSWAHL AN HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Kurzfristig

- **Lohnnebenkostenlast unter EU-Durchschnitt senken:** Durch Senkung der Lohnnebenkosten (v.a. FLAF-Beitrag und Arbeitslosenversicherungsbeitrag), werden Menschen und Unternehmen umfassend entlastet.
- **Mehrleistung entsprechend entlohnen:** Die Verbesserung der steuerlichen Entlastung von Überstunden im Herbstpaket 2023 geht in die richtige Richtung. Um dieses Instrument wirklich wirksam zu machen, sollte hier jedoch nachgebessert werden: Erhöhung der Anzahl begünstigter Überstunden auf 20 Stunden sowie der Grenze für die Steuerbefreiung auf 600 Euro.
- **Arbeit im Alter attraktivieren:** Pensions- und Abgabensystem belohnen mit geeigneten Anreizen den längeren Verbleib älterer Menschen im Erwerbsleben, das Pensionssystem bildet die gestiegene Lebenserwartung ab.
- **Menschen von Teilzeit in Vollzeit bringen:** Vollzeitarbeit bzw. die Erhöhung des Stundenausmaßes von Teilzeitbeschäftigten wird im Abgabensystem attraktiviert, u.a. durch bestimmten Freibetrag bei Vollzeitarbeit.
- **Anreize zur Mitarbeiterbindung im Bereich Wohnen:** Werkwohnungen sollen bis inklusive 75 m² nicht sachbezugs pflichtig sein. Gleichzeitige Erhöhung der Grenze für die Steuerfreiheit von Arbeitgeberdarlehen zur Schaffung/Sanierung von Wohnraum auf 50.000 Euro.
- **Weniger Steuerabgabe bei Nachtarbeit:** Verdoppelung des Freibetrags für Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen, für Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und für mit diesen Arbeiten zusammenhängende Überstundenzuschläge gemäß § 68 Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) auf 720 Euro pro Monat.
- **Vereinfachung und Ausbau des begünstigten Zuschusses zur Kinderbetreuung:** Die Anhebung des begünstigten Zuschusses zur Kinderbetreuung im Herbstpaket 2023 geht in die richtige Richtung. Um dieses Instrument wirklich wirksam zu machen, sollte hier jedoch nachgebessert werden: Erhöhung der Grenze für den begünstigten Zuschuss zur Kinderbetreuung auf 3.600 Euro und Anhebung

TOP-ZIELE

1. Leistung muss sich lohnen

Positive Anreize Steuer-, Abgaben- und Sozialsystem für aktive Erwerbsintegration bzw. Teilnahme am Wertschöpfungsprozess

2. Lohnnebenkosten senken

Entlastung für Menschen und Unternehmen beim Faktor Arbeit schaffen

3. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Österreichweit leistbare, qualitativ hochwertige und ganztägige Kinderbetreuung

4. Modernes, zeitgemäßes Arbeitsrecht

Spürbarer Bürokratieabbau und Vermeidung von Goldplating

5. Diversität als Wettbewerbsvorteil

Diversität (Gender, Alter, Internationalität) als unternehmerischen Erfolgsfaktor nutzen und fördern

des Kindesalters auf 14 Jahre. Außerdem müssen Auszahlungsmöglichkeiten direkt an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglich sein. Notwendig ist auch die Entkoppelung der Begünstigung des Zuschusses zur Kinderbetreuung von der Auszahlung des Kinderabsetzbetrages.

Mittelfristig

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern:** Betreuungszeiten für Kinder entsprechend den Anforderungen der Arbeitswelt, Qualität und Plätze für Unter-Drei-Jährige ausbauen, bürokratische Hürden für Angebote von Unternehmen reduzieren. Ausbildungsoffensive sorgt für ausreichend Personal in der Elementarbildung. Eltern haben **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz** für Kinder ab einem Jahr.
- **Bürokratiepflichten im Arbeitsrecht reduzieren:** Für unterschiedliche Formen von New Work gibt es **ausreichend Gestaltungsspielräume auf Betriebs-ebene**, insbesondere bei Arbeitszeit. Früheres Gold Plating bei Umsetzung von EU-Richtlinien wird zurückgenommen und findet zukünftig nicht statt. Remote-Work aus (EU-) Ausland führt nur in Ausnahmefällen zur Begründung von Betriebsstätten und zur Verschiebung der Besteuerungsrechte auf AN- und AG-Seite. Gleichzeitig auch sozialversicherungsrechtlich dauerhafte Lösungen.

KLIMA & ENERGIE

Das Industrieland Österreich braucht keine neuen Einschränkungen und Belastungen, sondern eine sichere, leistbare Energieversorgung, wettbewerbsfähige Energiekosten und eine Klimapolitik, die marktwirtschaftliche Instrumente klug nützt.

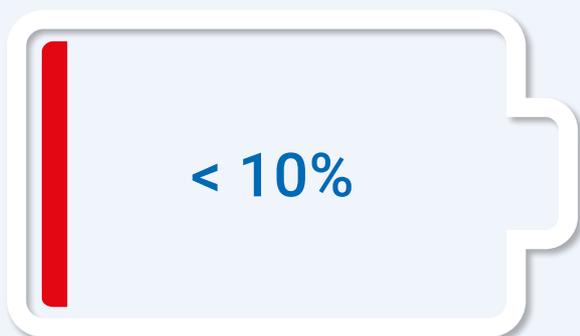
Versorgungssicherheit und Leistbarkeit von Energie sind insbesondere für den produzierenden Sektor wesentliche Grundlagen, um weiterhin am Standort Österreich tätig sein zu können. Werden diese Grundlagen nicht oder nicht ausreichend gesichert, sind **Wertschöpfung und Wohlstand auf Dauer nicht zu gewährleisten**. Die Potenziale des europäischen Energiebinnenmarkt und einer modernen, diversifizierten Energieversorgung müssen daher gezielt genutzt werden.

Die energiepolitischen Rahmenbedingungen für die

Industrie dürfen hingegen nicht durch eine einseitige Klimapolitik gefährdet werden. Vielmehr sind entsprechende Rahmenbedingungen erforderlich, die Industrie mit ihren **Technologien und Innovationen als Treiber für eine positive Klima- und Energiezukunft** unterstützen. Mittels marktwirtschaftlicher Instrumente kann „Tech for Green“ der Standard für mehr Energie- und Ressourceneffizienz in Produktion und Gesellschaft werden.

Gemeinsam mit einer **diversifizierten Versorgung mit Primärrohstoffen aus heimischen und internationalen Quellen** sichert die industrielle Kreislaufwirtschaft die stabile Versorgung mit (Sekundär-) Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Es braucht einen Konsens der verantwortlichen politischen Kräfte, dass nur **eine starke, wettbewerbsfähige und innovative Industrie die Dekarbonisierung ermöglicht** und gleichzeitig **Arbeitsplätze sichert und einen weiterhin hohen Lebensstandard erhält**. Insbesondere für den Verbleib der energieintensiven Industrie in Österreich und Europa ist daher ein dynamisches Förderumfeld notwendig, das die Betriebe mit Wissenschaft und Forschung vernetzt sowie entsprechende Innovationen fördert.



AKTUELLER LADEZUSTAND: KLIMA & ENERGIE

Zusammengefasste Einschätzung der Standortqualität Österreichs im Bereich „Klima & Energie“ (**Energiekosten, Versorgungssicherheit, etc.**) durch 50 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Finanzwirtschaft, Wissenschaft und Verbänden im Zuge des vierteljährlich durchgeführten IV-Standortbarometers „Panel 50“ (zuletzt Juli 2023).

TOP-ZIELE

1. Wettbewerbsfähige Energiekosten sicherstellen

Strompreiskompensation als fixes Standortsicherungsinstrument etabliert und bis 2030 ausweiten. Diversifizierte Importstrategie für Energieträger verfolgen

2. Strategische Autonomie der Energieversorgung

Reibungslos funktionierender europäischer Energiebinnenmarkt, dezentrale Energielösungen, diversifizierte Energieimporte klimaneutraler Energieträger auf Basis von Wasserstoff

3. Climate Innovation Leadership 2040

Neue klimaneutrale Prozesse für energieintensive Industrie durch dynamisches Förderumfeld im Rahmen des EU-Emissionshandels, neue Kooperationen der Industrie mit Wissenschaft und Forschung sowie Staat für Sprunginnovationen

WAS ZU TUN IST – AUSWAHL AN HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Kurzfristig

- **Strompreiskompensation ausweiten:** Bereits 15 EU-Mitgliedstaaten machen von einer langfristigen **Sicherstellung der Strompreiskompensation** Gebrauch und haben das Instrument bereits für mehrere Jahre, **größtenteils bis 2030**, notifizieren lassen. Die zeitlich auf ein Jahr begrenzte Anwendung in Österreich ist daher ebenso auf diesen zeitlichen Rahmen auszuweiten.
- **Importstrategie für Erdgas und Wasserstoff verfolgen:** Die zukünftige Energieversorgung muss über den Import substantieller Mengen **klimaneutraler Gase** erfolgen, wofür seitens der Politik Strategien und bilaterale Partnerschaften im Hinblick auf die Lieferländer zu erstellen sind. Auch heimische Erdgasvorkommen sollen **analysiert und genutzt** werden. Der **Übergang von Erdgas auf Wasserstoff** soll entsprechend den technischen Möglichkeiten der Industrie in Form **hybrider Systeme** erfolgen.
- **Tech for Green:** Grüne Technologien ermöglichen die **Reduktion von CO₂-Emissionen und Energieeffizienzsteigerung** entlang industrieller Produktionsketten und generieren europäische Wertschöpfung. Smart Grids, intelligente Gebäude & nachhaltige Mobilität werden so zur Realität. Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung sollen innovative und nachhaltige (grüne) Aspekte berücksichtigt werden.

Mittelfristig

- **Erreichung der Klimaziele standortwirksam begleiten:** Sicherstellung eines globalen Level Playing Fields für energieintensive Produktion durch **Freizuteilung für Exporte** Hand in Hand mit der Etablierung eines Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) im Jahr 2026 auf europäischer Ebene.
- **Moderne Abfallwirtschaft ermöglichen:** Harmonisierung der unterschiedlichen Abfallwirtschaftsstrukturen in der EU ohne zusätzliche Bürokratie sowie Realisierung eines umfassenden Ressourcenmanagements.

FORSCHUNG, TECHNOLOGIE & INNOVATION

Nur eine führende Rolle bei neuen Technologien sichert dem Industrieland Österreich eine führende Rolle im internationalen Wettbewerb. Offenheit für neue Technologien und Innovationen ist für Österreich in jeder Hinsicht zukunftsentscheidend.

Die Industrie ist Zukunft. Ihre Leitbetriebe stehen für 41 Prozent der gesamten Forschungsaufwendungen Österreichs. Besonders wichtig für unsere künftige **Entwicklung ist Technologiekompetenz in Schlüsseltechnologien** – von der Mikroelektronik, Künstlichen Intelligenz, Quantentechnologie, Robotik, Nanotechnologie und Materialien über moderne Mobilitäts- und Energietechnologien und Life Sciences bis zu Technologien für moderne Produktion und die Anwendung im Weltraum. Die **Beteiligung Österreichs**

an europäischen und internationalen Initiativen in den Bereichen Mikroelektronik & Halbleiter, Weltraum, Quanten, Künstliche Intelligenz und Daten muss daher weiter forciert werden.

Große Herausforderungen bestehen bei der **stärkeren Begeisterung von Jungen und Mädchen** sowie der gesamten Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie. Mit koordinierten Initiativen, wie „MINT-Regionen“, fördert die Industrie daher Forschungs- und Technologieerlebnisse sowie Innovationstalente.

Um internationaler Leuchtturm für exzellente Wissenschaft und Technologieentwicklung sowie Wissenstransfer zu sein, soll Österreich seine **Wissenschaftseinrichtungen ambitioniert weiterentwickeln**. Industrieunternehmen, Wissenschaft, Start-ups und Investoren sollen in Innovationsökosystemen als internationale Frontrunner zusammenarbeiten und dabei Schlüsseltechnologien sowie zukunftsweisende Deep-Tech-Innovationen (etwa Künstliche Intelligenz, Weltraum- und Quantentechnologien, Materialwissenschaften, erneuerbare Energien und Life Sciences) ausgestalten.



97%

AKTUELLER LADEZUSTAND: FORSCHUNG, TECHNOLOGIE & INNOVATION

Zusammengefasste Einschätzung der Standortqualität Österreichs im Bereich „Forschung, Technologie & Innovation“ (**Förderumfang- und Effektivität, Humanressourcen, Vernetzung Hochschulen und Wirtschaft etc.**) durch 50 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Finanzwirtschaft, Wissenschaft und Verbänden im Zuge des vierteljährlich durchgeführten IV-Standortbarometers „Panel 50“ (zuletzt Juli 2023).

Kurzfristig

- **Starke FTI-Finanzierung in den FTI-Pakten:** (FTI-Budgets wachsen um rund 20 Prozent, insbesondere für strategische Schwerpunkte der Technologieoffensive. Dazu Zusammenarbeit der FTI-Ressorts und der zugehörigen Agenturen. USP Forschungsprämie wird u.a. durch Anhebung des Deckels der Auftragsforschung zusätzlich attraktiviert. „Fonds Zukunft Österreich“ wird langfristig abgesichert.
- **Technologieoffensive für angewandte Forschung:** Konsequente Umsetzung zur Stärkung von Schlüsselsektoren und Schlüsseltechnologien (z.B. Digitalisierung, Cybersecurity, Halbleiter, Quantentechnologien, Produktionstechnologien, Maschinenbau, Energie-, Fahrzeug-, Mobilitäts- und Recyclingtechnologien, Life Sciences) unter Berücksichtigung themenoffener Erfolgsformate.
- **Schlanke F&E-Administration:** Rasche Entscheidungsprozesse sichern, überbordende Bürokratie reduzieren (z.B. Beihilfenrecht, Dokumentationspflichten).
- **Investitionen in Künstliche Intelligenz forcieren:** Aktualisierung der KI-Strategie, Ausbau der Förderung von KI-Technologien entlang ihrer gesamten Produktionskette. Kompetenzaufbau durch die Etablierung von KI-Hubs, die Stärkung von Aus- und Weiterbildung sowie durch allgemeine Bewusstseinsbildung.
- **Datenverfügbarkeit erhöhen und Rahmenbedingungen für Data Sharing und Cloud verbessern:** Förderung und Aufbau von Datenräumen sowie verstärktes Engagement in (inter-)nationalen Dateninitiativen, um Unternehmen und Verwaltung zu incentivieren, Daten stärker zu nutzen und sicher und vertrauensvoll auszutauschen. Schaffung rechtlicher Klarheit und engere europäische Koordination für Rahmenbedingungen von Cloud-Technologien.
- **Europäische FTI-Programme für Österreich strategisch nutzen:** Teilnahme und aktive Mitgestaltung Österreichs sowie vorausschauende Budgetierung von EU-Programmen und Initiativen sicherstellen (insbesondere EU-Forschungsrahmenprogramm, IPCEI, EU-Chips Act, Net Zero Industry Act).
- **Halbleiter & EU-Chips Act:** Notwendige Rahmenbedingungen für Investitionen rasch schaffen und budgetieren, um Österreichs Zukunftschancen zu sichern. Dabei Berücksichtigung der gesamten Mikroelektronik-Wertschöpfungskette. Innovations-

TOP-ZIELE

1. Innovation Leader Österreich bis 2030

Technologiekompetenz, Qualität und Leistungsfähigkeit in strategisch wichtigen Schlüsseltechnologien ausbauen

2. Digitalisierungs-Frontrunner: Top-3 bis 2030 (DESI-Index)

Konsequente Umsetzung des Digital Austria Acts, flächendeckende Nutzung digitaler Lösungen in Produktion, Digitalisierung im Einklang mit den Bedürfnissen der Menschen und zur Steigerung der Inlandswertschöpfung

3. Österreich zum KI-Hotspot machen

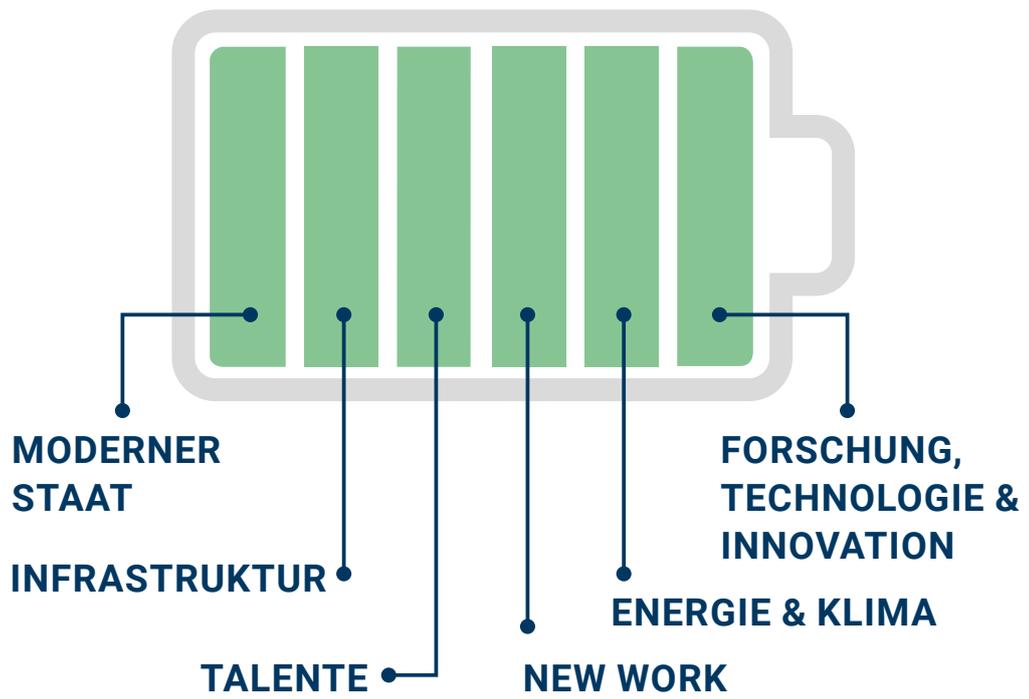
Spitzenforschung und Entwicklung der Technologie am Standort

ökosysteme zu Electronic Based Systems und Quantentechnologien, von F&E und Innovation hin zur Produktion, ausbauen.

- **Pharmastandort stärken:** Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in den Fokus der EU-Pharma-Legislation stellen, neue Anreize setzen und Schutzfristen nicht verkürzen.

Mittelfristig

- **Leitbetriebe-Standort strategisch gestalten:** Leitbetriebe als Technologie-Knotenpunkte samt ihren strategischen Wertschöpfungsketten durch Partner und passgenaue Instrumente stärken.
- **Mutig und strategisch in Deep-Tech investieren:** erfordert längerfristigen, hohen Kapitaleinsatz. Anteil des Venture Capitals am BIP verfünffachen, dafür regulative und steuerliche Maßnahmen umsetzen, z.B. Dachfonds, Incentivierungen.
- **Starke Technologieführerschaft Europas sichern:** Österreich setzt sich für starkes EU-Forschungsrahmenprogramm ein, sowohl inhaltlich als auch budgetär.
- **Innovationsnachwuchs flächendeckend aufbauen:** zusätzlich zu MINT-Kindergärten und MINT-Schulen werden in jedem Bundesland 10 MINT-Regionen etabliert. HTLs werden als regionale Zukunftshubs ausgebaut.





20

24



NEU START STAAT

Der Weg aus der Rezession



WOHLSTAND
IN ÖSTERREICH

INHALT

Einleitung	3
PENSIONEN	4
GESUNDHEIT	8
ARBEITSMARKT	12
BILDUNG	15
ÖKOLGISCHE TRANSFORMATION	18
TECHNOLOGIEENTWICKLUNG FÜR DIE ZUKUNFT	22
ÖFFENTLICHER HAUSHALT	26
FINANZAUSGLEICH	30
DEREGULIERUNG	32
Fazit	34

Einleitung

Seit Gründung der Zweiten Republik vor neunundsiebzig Jahren vermochte die österreichische Wirtschaftspolitik ihr Versprechen stets einzulösen: Dank einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung ging es allen folgenden Generationen besser als jeder früheren.

Doch nunmehr steht Österreich wirtschaftspolitisch am Scheideweg. Aber es sind weder die vielfältigen Negativschocks gesundheits- und sicherheitspolitischer Natur noch die immensen Herausforderungen durch Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel, welche die österreichische Industrie in eine strukturell und nicht nur konjunkturell bedingte Rezession manövriert haben.

Bilden doch in kurzer Abfolge eintreffende, mitunter einander sogar überlappende Verwerfungen den wirtschaftshistorischen Normalfall, nicht seinen Ausreißer. Die Phase der sogenannten „Great Moderation“ von Mitte der achtziger Jahre bis zur großen Rezession im Gefolge der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers ist Geschichte. Eine hohe Frequenz erwartbarer wie unerwarteter Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist wieder Normalität geworden.

Mit disruptiven Veränderungen umzugehen und dennoch erfolgreich zu sein, das ist die Königsdisziplin der Industrie. Denn von Beginn an musste sich die Industrie auf internationalen Märkten als mittlerweile orkanerprobter Meister in der Bewältigung von Strukturbrüchen, auch größter Art, bewähren.

Nicht umzugehen vermag die Wirtschaft hingegen mit einem in zahlreichen Tätigkeitsfeldern überforderten Staat, der leistungswidrige Anreize setzt und zugleich immer mehr knappe unternehmerische Ressourcen für eine monströse Überbürokratisierung beansprucht, dadurch die Wirtschaft lähmt und den daraus erwachsenden Wohlstandsverlust billigend in Kauf nimmt.

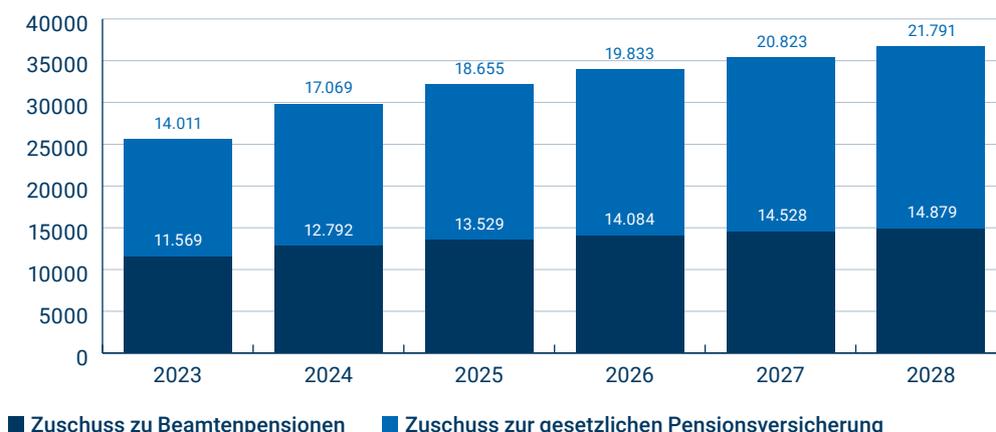
Es gilt, heute und nicht erst in Jahren oder Jahrzehnten zu der besseren Einsicht zu gelangen, dass eine starke Industrie nicht nur für den Wohlstand in Österreich zentral, sondern auch Voraussetzung für das Gelingen der digitalen und ökologischen Transformation ist. Es braucht einen „NEUStartStaat“!

PENSIONEN

Das österreichische Pensionssystem ist kein reines Versicherungssystem. Am besten beobachtbar ist das bei den jährlichen Pensionsanpassungen. **Eigentlich gäbe es seit 2004 eine klare Regelung**, wie der Geldwert der Pensionen gesichert werden soll. Konkret sollen die Renten mit der durchschnittlichen Inflation zwischen August des vergangenen Jahres und Juli des laufenden Jahres angehoben werden. **Aber** seit 2004 gab es **lediglich fünf Jahre, in denen die Politik nicht vom eigentlichen Anpassungsfaktor abgewichen ist**.

Zudem wurde das Pensionssystem komplizierter und aufwendiger zu administrieren. Denn Bezieher von geringen Pensionen bekamen Ausgleichszulagen, jene mit höheren Pensionen nicht, weiters wurden neue Pensions-Boni für Menschen, insbesondere Alleinstehende, mit langer Versicherungsdauer eingeführt, usw. Auch waren pensionssteigernde Maßnahmen besonders beliebte „Wahlzuckerl“ seit 2008. **Erhöhungen der Pensionsausgaben machen im Jahr 2024 rund ein Drittel der Gesamtbelastung durch Wahlzuckerl seit 2008 aus, nämlich ca. 1,3 Mrd. Euro (insgesamt kumuliert seit 2008¹ sind es ca. 7 Mrd. Euro).**

Bundeszuschuss zu Pensionen



Quelle: BMF/Strategieberichte zum Bundesfinanzrahmengesetz 2023/2027 und 2024/2028

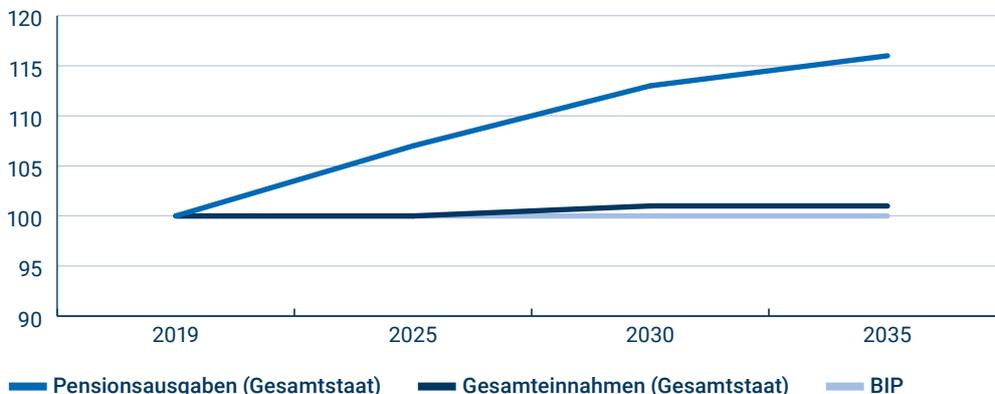
Da außertourliche Erhöhungen aber nicht nur im Jahr der Anpassung wirken, sondern die Basis für alle folgenden Jahre erhöhen, wurden immer größere Teile der Pensionskosten in den allgemeinen Staatshaushalt ausgelagert. Die demografiebedingte Öffnung der fiskalischen Nachhaltigkeitslücke, die durch außertourliche Eingriffe in den gesetzlich vorgesehenen Automatismus in der Vergangenheit verstärkt wurde, wird durch die inflationsbedingt hohe Dynamik der Pensionsausgaben – diese binden im Jahr 2024 bereits 15,2 % des BIP – beschleunigt². **Die Ausgaben für die Pensionen steigen seit einigen Jahren wesentlich stärker als die Einnahmen des Staates und die Inflation.**

¹ Fiskalrat (2024 April), Politische Budgetzyklen in Österreich: Hohe budgetäre Belastung durch „Wahlzuckerl“ seit 2008 www.fiskalrat.at/publikationen/studien-des-bueros/kurzanalysen-informationen-uebersicht.html

² Fiskalrat (2024 Juni), Zusammenfassung des Berichts über die Einhaltung der Fiskalregeln 2023 bis 2028 www.fiskalrat.at/publikationen/berichte/fiskalregelbericht-uebersicht/202406.html

Um so viel steigen Staatseinnahmen und öffentliche Pensionsausgaben stärker als das BIP

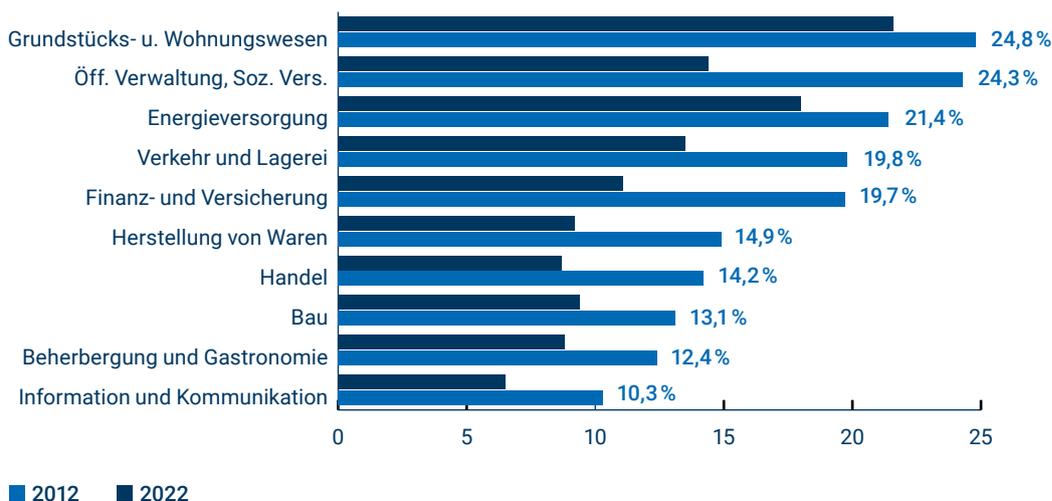
Index: 2019=100, sowie BIP-Wachstum normiert auf 100



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Langfristigen Budgetprognose des BMF (2022) – Basisszenario

Gleichzeitig ist das Pensionssystem mit dem **demografischen Wandel und der Alterung** konfrontiert. In Österreich ist eine **Pensionierungswelle** im Anrollen. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in den nächsten Jahren vermehrt in Pension, und es kommen immer weniger junge potenzielle Arbeitskräfte nach. War vor zehn Jahren noch jede:r elfte unselbständig Beschäftigte in Österreich 55 Jahre oder älter, so gehört mittlerweile rund jede:r Sechste dieser Altersgruppe an³ (Statistik Austria). Je nach Branche sind die Herausforderungen noch akuter. Und: **Jede Branche ist betroffen** – von der öffentlichen Verwaltung bis zur Energieversorgung und den Verkehrsdienstleistungen.

Anteil der 55+-Jährigen an den unselbständig Beschäftigten

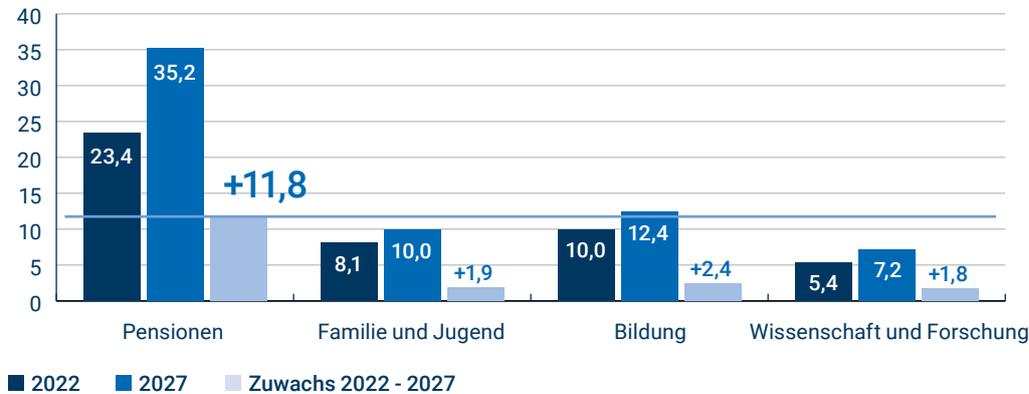


Quelle: Arbeitsmarktdaten von AMS und BMAW

³ Statistik Austria, Erwerbstätigenquote Älterer
www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaetigkeit/erwerbstaetige-merkmale

Pensionsausgaben steigen bis 2027 mehr als jene für Zukunftsbereiche Familien, Bildung und Forschung

Angaben in Mrd. EURO



Quelle: BMF

Diese Entwicklungen belasten das öffentliche Budget und verstärken den ohnehin schon drückenden Arbeitskräftemangel. Getrieben wird diese Ausgabensteigerung des Bundes vor allem durch die hohen Mehraufwendungen für Pensionen, die zwischen 2022 und 2027 um rund 12 Mrd. Euro steigen und **für über 70 % des Ausgabenwachstums verantwortlich** sind⁴. Damit ist der Anstieg der Pensionskosten größer als die aktuellen Aufwendungen für Familien und Jugend, Bildung oder Wissenschaft und Forschung zusammen.

Im Jahr 2027 werden die Pensionszahlungen für fast 28 % der gesamten Bundesaussgaben verantwortlich sein. Die Steigerung des Pensionsalters um ein Jahr würde das Budget um ca. 2 Mrd. Euro entlasten und das Arbeitskräftepotenzial um etwa 70.000 Personen erhöhen.

⁴ Bundesministerium Finanzen, Strategiebericht 2024–2027
www.bmf.gv.at/themen/budget/budget-2024.html

FÜR DEN **NEU**^{START}_{STAAT} BRAUCHT ES:

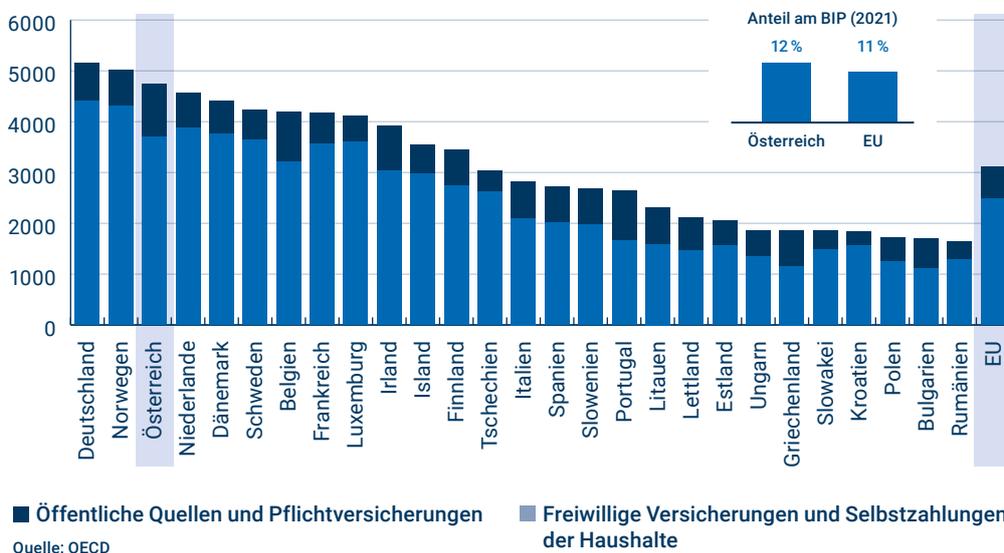
- Die staatlichen Sozialausgaben sollen sich künftig innerhalb eines **klar definierten nachhaltigen Ausgabenpfads** bewegen. Anpassungen des Sozialsystems müssen im Einklang mit diesem Ausgabenrahmen stehen.
- Pensions- und Abgabensystem belohnen mit geeigneten Anreizen den **längeren Verbleib älterer Menschen im Erwerbsleben**.
- **Frühpensionsmöglichkeiten** werden gesetzlich **vermieden**.
- Der Grundsatz **Rehabilitation und Reintegration** vor der Pension muss effektiv umgesetzt werden.
- Ein **wirksamer Nachhaltigkeitsmechanismus**, der die steigende Lebenserwartung im Pensionsystem entsprechend berücksichtigt, soll gesetzlich sichergestellt werden.
- Die **Pensionsharmonisierung** nach dem Vorbild des Allgemeinen Pensionsgesetzes muss auf Bundes- und Landesebene vollständig realisiert werden.
- Durch eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen wird der **Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge** entsprechend gefördert.

GESUNDHEIT

In Österreich steigt die **Lebenserwartung** weiterhin an, wenn auch langsamer als noch vor 15 Jahren, und ist **über dem EU-Durchschnitt**, während die Sterblichkeit unter dem EU-Durchschnitt ist. Es besteht geringer ungedeckter medizinischer Bedarf, denn der Sozialversicherungsschutz ist nahezu universell. **Dennoch liegt Österreich im Gesundheitsstatus hinter vielen anderen EU- und OECD-Ländern zurück.** Dies deutet darauf hin, dass es **Verbesserungspotenzial in der Prävention und der Gesundheitsversorgung** gibt.

Österreich gehört zu den EU-Ländern mit den höchsten Gesundheitsausgaben pro Kopf

KKP EURO pro Kopf (Anmerkung: Der EU-Durchschnitt wurde gewichtet)



Die **Gesundheitsausgaben pro Kopf** in Österreich gehören zu den **höchsten in der EU und OECD**. Trotz rückläufigen Trends liegen die Ausgaben für die stationäre Versorgung **über dem EU-Durchschnitt**. Drei Viertel der Gesundheitsausgaben stammen aus öffentlichen Mitteln und Pflichtversicherungen. Trotz einer hohen Ärztedichte gibt es regionale Ungleichgewichte und nur wenige Allgemeinmediziner. Dazu kommen weitere Schwächen wie eine unterdurchschnittliche Nutzung von Telemedizin und Impfraten unter dem EU-Durchschnitt, ein Trend zu mehr Wahlarztpraxen, das durchschnittliche Alter für Ärzte von über 50 Jahren, usw.

Das österreichische Gesundheitssystem ist strukturell und finanziell fragmentiert. Die Zuständigkeiten für die Verwaltung des Gesundheitssystems sind auf Bund, Länder sowie selbstverwaltende Akteure aufgeteilt. **Während die Gesundheitsausgaben hoch sind, ist der Gesundheitszustand und die Effizienz des Gesundheitssystems im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld.** Circa ein Drittel aller in Österreich verzeichneten Todesfälle waren auf verhaltensbedingte Risikofaktoren wie Tabakrauchen, Alkoholkonsum, ernährungsbedingte Risiken und geringe körperliche Aktivität zurückzuführen. Das bedeutet Nachholbedarf bei Effizienz, Patientenorientierung, Gesundheitskompetenz und Gesundheitsverhalten. **Zur Verlängerung der gesunden Lebensjahre muss in Gesundheitsförderung und Prävention investiert und die Eigenverantwortung gestärkt werden.**

Gleichzeitig verursachen Fehlzeiten den Betrieben, aber auch der gesamten Volkswirtschaft erhebliche Kosten:

Die Krankenstände sind am höchsten Niveau seit 30 Jahren. Die Zahl der Arbeitsunfälle bewegt sich hingegen auf sehr niedrigem Niveau. Die Entwicklung der krankheitsbedingten Fehlzeiten bis einschließlich 2023 ist sowohl von der Zunahme der Beschäftigtenzahlen wie auch von der Zunahme der Fehlzeiten geprägt – deutlich mehr Versicherte sind von Erkrankungen betroffen: 71,2 % im Jahr 2023 gegenüber 64 % im Jahr 2019. Im Jahr 2023 verbrachten die unselbständig Beschäftigten durchschnittlich 15,4 Kalendertage im Krankenstand. Der Verlust an Jahresarbeitszeit lag 2023 mit 4,2 % höher als in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Die direkten und indirekten betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kosten der Fehlzeiten beliefen sich im Jahr 2022 auf 13,2 Milliarden Euro bzw. auf 3 % des BIP¹.

Die volkswirtschaftlichen Kosten liegen beispielsweise in der Krankenbehandlung durch die Kranken- und Unfallversicherung, beim Krankengeld sowie auch in der Pensionsversicherung durch Invaliditätspensionen. Zusätzlich bewirkt der Rückgang der betrieblichen Produktivität weitere volkswirtschaftliche Verluste.

Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung können helfen, Millionen zu sparen und gleichzeitig MitarbeiterInnen gesund zu halten.

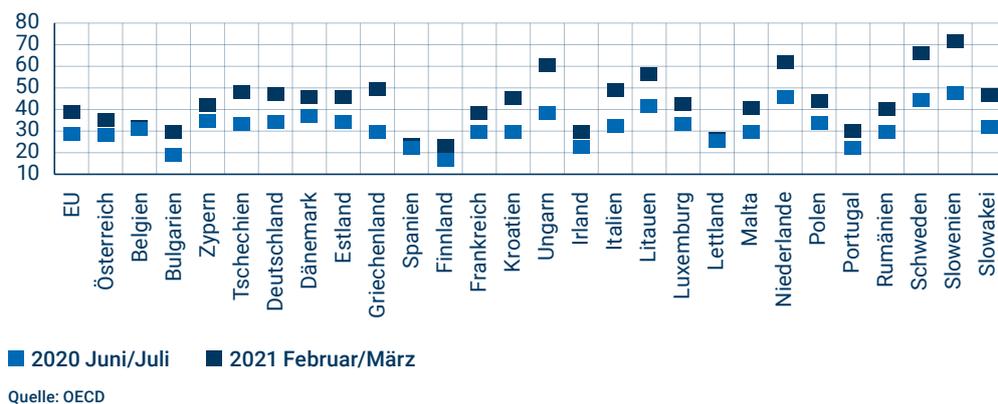
¹ WIFO (2024 Juli), Fehlzeitenreport 2024
www.wifo.ac.at/publication/265403

FÜR DEN **NEU**^{START}**STAAT** BRAUCHT ES:

- Die **Mittelallokation** im Gesundheitssystem soll in Richtung eines deutlich ausgebauten Angebots **moderner Primärversorgungseinheiten** weiterentwickelt werden, der **Spitalssektor erkennbar fokussiert und entlastet**.
- Ein **bundesweit einheitliches Krankenanstaltengesetz** soll eine effiziente Steuerung des Gesundheitssystems unterstützen.
- Präventions- und Gesundheitsförderung, Gesundheitskompetenz (Health Literacy) und Eigenverantwortung werden aktiv gefördert.
- Die Menschen werden nach dem **Grundsatz „digital vor ambulant vor stationär“** optimal durch das Gesundheitssystem begleitet (Gesundheitshotline 1450, Ausbau der Telemedizin, digitale Unterstützung bei chronischen Erkrankungen, Einsatz von Gesundheits-Apps etc.), sowie Behandlungsleistungen auf der optimalen Versorgungsebene erbracht.
- Eine **flächendeckende Nutzung der ELGA-Infrastruktur** soll ebenso zur Optimierung der Versorgung beitragen wie die **umfassende wissenschaftliche Nutzung von Gesundheitsdaten**.
- Transparenz über das Versorgungsgeschehen wird ebenso gesichert wie die unabhängige Qualitätssicherung für den niedergelassenen und stationären Bereich.
- Die **Stärkung des Life-Sciences-Standortes Österreich** und Europa, um modernste Medizin für die Bevölkerung anbieten zu können.

Nutzung von Telehealth-Dienstleistungen, OECD-Mitglieder

Juni 2020–März 2021, Anteil an der Bevölkerung in %



- Im Bereich der **Pflegevorsorge** wird ein **bestmögliches Zusammenspiel der beteiligten Körperschaften bzw. Stakeholder** im Sinne einer optimalen, qualitativen Versorgung der Menschen gewährleistet.
- Es muss eine **klare Gesamtsteuerung und Zuordnung der Verantwortung über Gesamtkosten der Pflege** und der damit verbundenen Mittelherkunft und Mittelverwendung etabliert werden.

- **Die Finanzströme werden im Pflegefonds gebündelt.** Eine österreichweit einheitliche, vollständige Statistik zu Gesamtaufwendungen und Leistungen stellt die Zahlentransparenz sicher.
- Es müssen klare Steuerungsgesichtspunkte für die Einbindung der Pflegebedürftigen in die Finanzierung bestehen. Steuerliche Anreize stärken die individuelle finanzielle Vorsorge.
- **Geeignete Ausbildungsangebote, durchgängige Ausbildungswege und moderne berufsrechtliche Grundlagen** (Stärkung der Kompetenzen, Modularisierung und Durchlässigkeit, interdisziplinäre Zusammenarbeit) sichern die Verfügbarkeit von geeignetem Personal.

ARBEITSMARKT

Die wachsende Vielfalt von Lebens- und Arbeitsformen eröffnet neue Chancen, für Selbstverwirklichung bei den Individuen und für wirtschaftlichen Erfolg bei den Unternehmen.

Aber je mehr Menschen freiwillig oder unfreiwillig ohne Arbeit sind oder weniger arbeiten, desto größer sind die Transferausgaben und desto geringer ist das Wirtschaftswachstum sowie die Einnahmen aus Sozialabgaben.

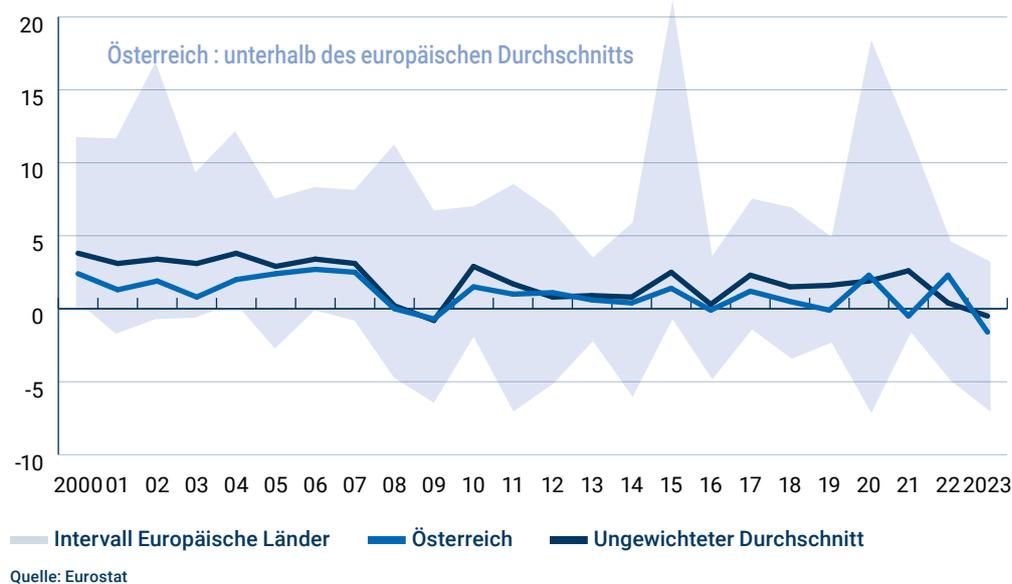
Je stärker der Arbeitsmarkt reguliert wird, desto mehr verliert der Markt an Flexibilität und Funktion. Der Arbeitsmarkt in Österreich ist durch eine hohe Regelungsdichte gekennzeichnet, was eine optimale Anpassung von Arbeitskräften verhindert. Das ist mitverantwortlich für hohe Lohnnebenkosten und geht auf Kosten von Wachstum und Beschäftigung.

Bis zur Finanzkrise 2008 war Österreich seit seinem Beitritt zur Europäischen Union stets unter den vorbildlichen EU-Mitgliedsländern mit der geringsten Arbeitslosenrate. Auch hat sich der österreichische Arbeitsmarkt, trotz der nach Corona- und Ukraine-Krisen eingetretenen Rezession und wirtschaftlichen Stagnation, als relativ resilient erwiesen¹.

Aber diese Position des Mittelmaßes überdeckt viele Mängel. Mittlerweile ist die österreichische Volkswirtschaft mit einer immer länger werdenden Reihe an Herausforderungen und Paradoxen am Arbeitsmarkt konfrontiert. **Bei der Arbeitslosenquote und Beschäftigungsentwicklung ist Österreich in das EU-Mittelfeld zurückgefallen**, und dies bei einer noch immer hohen Anzahl an offenen Stellen.

Arbeitsproduktivität

Veränderung gegenüber der Vorperiode, in %

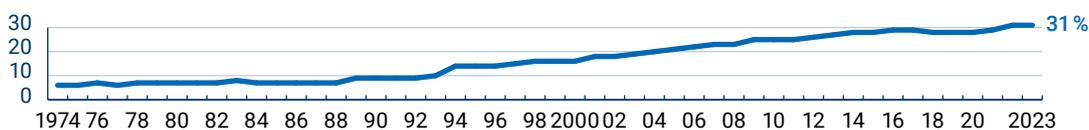


¹ eurostat, Labour Force Survey
ec.europa.eu/eurostat/web/lfs/database

Gleichzeitig gibt es bei dem für die Wettbewerbsfähigkeit wichtigem Maß des **Arbeitsproduktivitätswachstums nur eine Nachzügler-Position** (Stundenproduktivität seit 2013 nur +6 %, Produktivität je Beschäftigten keine Steigerung)². Der Beitrag des Humankapitals war zuletzt sogar negativ (hauptsächlich wegen dem Rückgang der Arbeitsstunden bzw. dem Anstieg der Teilzeitarbeit).

Anteil der Teilzeitbeschäftigung

Trendbeschleunigung post-COVID-19, in % aller Beschäftigten



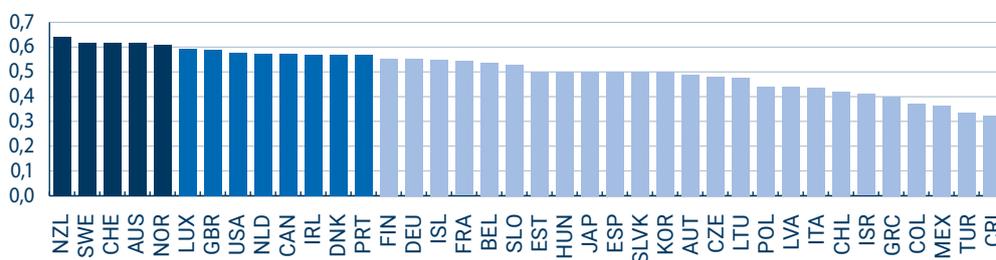
Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus Zeitreihe ab 1974

Mit 30,9 % hat Österreich EU-weit die zweithöchste Teilzeitquote³. Tatsächlich hemmt das heimische Einkommensteuer- und Sozialversicherungssystem Teilzeitkräfte tendenziell darin, ihre Erwerbstätigkeit auszuweiten oder eine Vollzeitbeschäftigung anzunehmen. Parallel dazu haben die **Arbeitskosten erneut einen Höchststand erreicht, weil sie in Österreich seit 2020 deutlich stärker gestiegen sind als in der Eurozone und EU insgesamt.** Bei schwächerer Produktivitätsentwicklung bedeutet dies auch einen **steilen Anstieg der Lohnstückkosten**, sodass **Österreichs preisliche Wettbewerbsfähigkeit schrumpft und zu einem Verlust an Marktanteilen führt** (da auch die Produktivität nicht ausreichend steigt).

Und nebenbei bleibt Österreich als Einwanderungsland für qualifizierte Arbeitskräfte viel zu wenig attraktiv.

Attraktivität für Zuwanderung Hochqualifizierter

0 = nicht attraktiv bis 100 = sehr attraktiv



Quelle: OECD

2 Eurostat, Datenbank ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nama_10_lp_ulc__custom_12617677/default/table?lang=de
 3 Statistik Austria, Mikrozensus Zeitreihe ab 1974

FÜR DEN **NEU^{START}STAAT** BRAUCHT ES:

Eine **umfassende Arbeits- und Fachkräftestrategie für Österreich** muss in die Wege geleitet werden und alle relevanten Politikbereiche umfassen. Ziel ist es, **Arbeitsanreize zu stärken** und das Arbeitsvolumen, auf dem die Finanzierung unseres Wohlstands und unseres Sozialsystems beruht, insgesamt zu erhöhen.

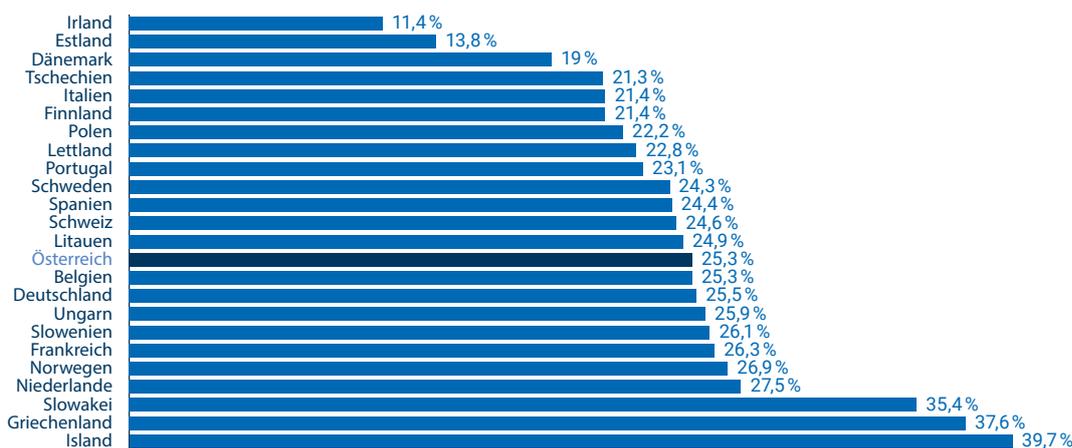
- **Die Lohnnebenkostenlast muss substanziell gesenkt werden.** Ansatzpunkte sind beispielsweise der Arbeitslosenversicherungsbeitrag, der mit 5,9 % mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland ist, oder der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), der von Seiten der Unternehmen 3,7 % beträgt.
- **Vollzeitarbeit bzw. die Erhöhung des Stundenausmaßes von Teilzeitbeschäftigten** müssen im Abgabensystem **attraktiviert** werden, etwa durch die Einführung eines Freibetrags, der bei Erfüllung des Kriteriums der Vollzeitarbeit einen Anteil des Einkommens von der Einkommensteuer befreit („Vollzeitbonus“). Gerade in Bezug auf die Teilzeitquote von Frauen liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Der Hauptgrund für **Teilzeitarbeit bei Frauen** sind Betreuungspflichten. Neben einem adäquaten Betreuungssystem braucht es auch Aufklärung über die Folgen von Teilzeitarbeit.
- Der **weitere Ausbau der Kinderbetreuung** mit Öffnungszeiten, die mit einer Vollzeittätigkeit beider Eltern vereinbar sind, ist daher essenziell. Eltern sollen einen **Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr haben. Zudem braucht es ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr.**
- Eine **aktive und umfassende Migrations- und Fachkräftenwerbestrategie**, die auf eine geeignete Willkommenskultur abzielt, sorgt für angemessene Zuwanderung qualifizierter Personen aus Europa und Drittstaaten. Hierzu gehören auch die **Vereinfachung und der weitere Abbau von Bürokratie bei der Rot-Weiß-Rot-Karte.** Dazu sollen die Rot-Weiß-Rot-Karten-Verfahren spürbar verkürzt und eine vollständige digitale Antragstellung und Abwicklung (digitales Verfahren / digitale Karte) ermöglicht werden.
- Die Arbeitsmarktpolitik soll sich durch eine rasche Vermittlung von Arbeitssuchenden auf offene Stellen und die Vermeidung von Beschäftigungshemmnissen auszeichnen.
- **Arbeitslosengeld und Notstandshilfe** sollen - wie international üblich - eine einheitliche, abhängig von der Beitragsleistung **zeitlich begrenzte Versicherungsleistung** mit degressiv gestufter Leistungshöhe und entsprechenden Erwerbsanreize bilden. Zudem ist der Leistungsbezug während geringfügiger Beschäftigung zu reformieren, da eine geringfügige Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit die Rückkehr in reguläre Beschäftigung vielfach hemmt.
- **Pensions- und Abgabensystem belohnen** mit geeigneten Anreizen den **längeren Verbleib älterer Menschen im Erwerbsleben.**
- **Bürokratiepflichten im Arbeitsrecht sollen konsequent reduziert werden**, für unterschiedliche Formen von New Work müssen ausreichend Gestaltungsspielräume auf Betriebsebene, insbesondere bei der Arbeitszeit (Orientierung an der EU-Arbeitszeitrichtlinie) bestehen. Früheres Gold Plating bei der Umsetzung von EU-Richtlinien muss zurückgenommen und zukünftig vermieden werden.

BILDUNG

Gemessen an den **öffentlichen Ausgaben für Bildung pro Schüler** liegt **Österreich im internationalen Spitzenfeld**. Aber die **Qualität** der Schulbildung in der Primar- und unteren Sekundarstufe ist **lediglich durchschnittlich**. Die Ergebnisse der OECD PISA-Studie 2022 zeigen erneut auf, dass rund ein Viertel der Schülerinnen und Schüler deutliche Schwächen in den Kompetenzbereichen Lesen, Schreiben und Rechnen haben. Auch das österreichische Hochschulwesen ist von Exzellenz – wo es einst war – nach internationalen Standards weit entfernt. Mangelndes Wirtschaftsverständnis und kaum unternehmerische Bildung bedingen eine zurückhaltende Gründungsneigung und ein Hindernis für innovative Geschäftsmodelle in Österreich.

Qualität der Arbeitskräfte wird entscheidend – der Faktor Bildung gewinnt an Bedeutung

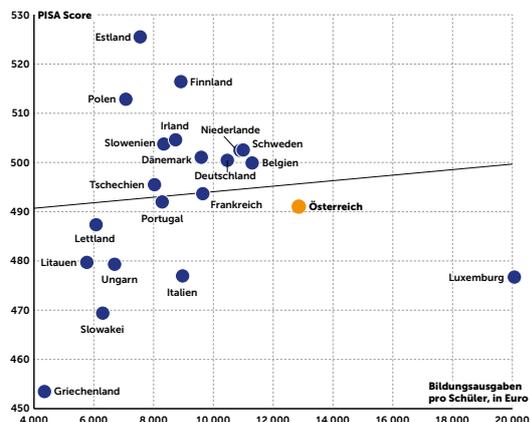
Anteil 15-jähriger Schüler*innen mit Leseschwäche



Quelle: PISA

Hohe Bildungsausgaben bei mäßigem Erfolg

Durchschnittliche PISA-Ergebnisse im Verhältnis zu durchschnittlichen Bildungsausgaben je Schüler



Anmerkung: Durchschnittliche Bildungsausgaben aller Bildungsstufen (exklusive Forschungs- und Entwicklungsausgaben) in EURO zu Preisen von 2020 (kaufkraft- und wechselkursbereinigt) pro Schüler. Der mittlere PISA-Score 2022 ergibt sich aus den Testergebnissen der drei Teilgebiete (Lesekompetenz, Mathematik, Naturwissenschaft).

Quelle: Eigene Berechnungen, OECD, PISA, EZB.

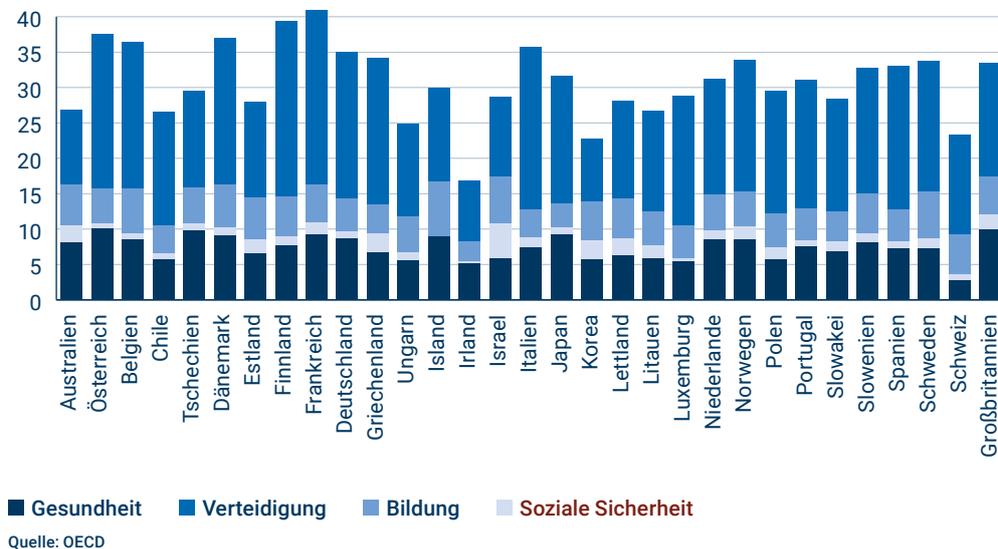
Copyright: Agenda Austria

Tatsächlich stehen die Bildungsausgaben in Konkurrenz zu anderen Sozialausgaben bei der Planung des öffentlichen Budgets – so sind sie anteilmäßig relativ viel geringer als in den USA oder im Durchschnitt der OECD. **In europäischen Ländern wie Österreich ist die Effizienz des Bildungssystems verbesserungswürdig und eine Modernisierung der Bildungsverwaltung notwendig.**

Bildung konkurriert mit anderen Belastungen um Ressourcen

Zukunftsinvestitionen unterdurchschnittlich in der EU – % vom BIP, 2021

(Anmerkung: Die Ausgaben des Staates werden nach der Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates (COFOG) aufgeschlüsselt)



Es besteht allerdings die Gefahr, dass die Berufsbildung durch zu frühe Bildungswegentscheidungen, durch soziale Bildungsvererbung und unzureichende Berufsorientierung und -beratung an Boden verliert. Durch den Mangel an geeigneten Bewerbern droht mittelfristig auch ein Rückzug größerer Unternehmen aus der Lehrausbildung. **Durch Bildungs- und Berufsorientierung in der Pflichtschule** kann Bildungsabbrüchen, und damit auch einer der Ursachen des Fachkräftemangels, **effektiv entgegen gewirkt werden.**

Veränderungen der Wirtschaftsstruktur bringen neue Arbeits- und Qualifikationsanforderungen mit sich und verlangen eine höhere Flexibilität als bisher. Der laufende Erwerb von Wissen, Problemlösungskompetenzen und Qualifikationen – um neue Entwicklungen zu verstehen und flexibel agieren zu können – wird in diesem Zusammenhang wichtiger.

Die Verbesserung des Grundbildung sichert nicht nur Innovationsfortschritte und Wirtschaftswachstum, sondern macht den Wirtschafts- und Arbeitsstandort für Investitionen attraktiver, wirkt als entscheidender Wettbewerbsfaktor und erhöht gleichzeitig die Berufschancen jener, die derzeit ohne Beschäftigung sind. Parallel dazu verursacht die demografische Entwicklung eine geänderten Nachfrage- und Angebotsstruktur von Humanressourcen und unterstreicht den zentralen Stellenwert von Bildung und Wissen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung.

FÜR DEN NEU^{START}STAAT BRAUCHT ES:

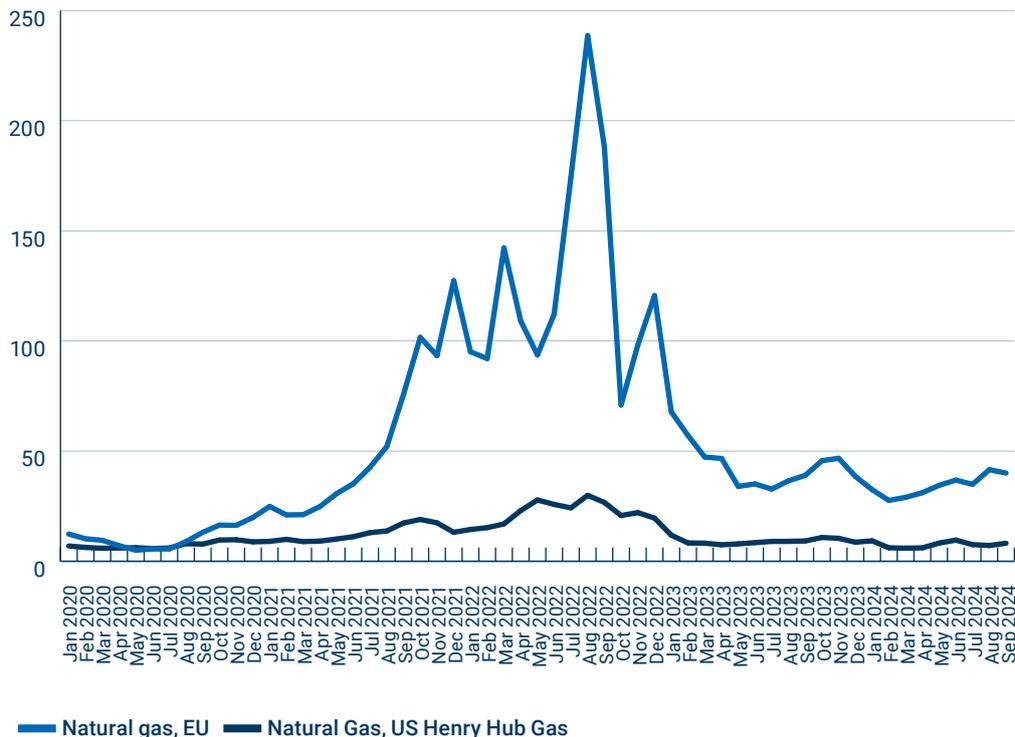
- **Der Kindergarten ist der Schlüssel für langfristige Bildungserfolge:** Investitionen in frühkindliche Bildung sind essenziell und rentieren sich mindestens achtfach. Der **Ausbau hochwertiger Elementarbildungseinrichtungen** verbessert kognitive Fähigkeiten, Lernbereitschaft, Schulerfolg und Sozialverhalten. Langfristige volkswirtschaftliche Vorteile umfassen höhere Beschäftigungsquoten, niedrigere Kriminalitätsraten und bessere Gesundheitswerte. Deswegen ist der österreichweite Ausbau der Elementarbildung sowie eine bundesweite **Qualitätssicherung in der Elementarbildung** durch bessere Ausbildung der Pädagogen und angemessene Ausstattung notwendig.
- **Regelmäßige und verpflichtende Evaluierungen des Schulsystems** sollen **konkrete Strategien und Maßnahmen** entwickeln. Erfolgreiche Schulstandorte könnten als „Best Practice“ dienen. Ein faires Evaluierungssystem auf Basis nachvollziehbarer Kriterien soll langfristig die Qualitätssicherung im Bildungsbereich steigern. Individuelle Kompetenzmessungen (iKMPLUS) sollten als Screening der Grundkompetenzen genutzt werden, um Förderbedarf zu ermitteln und Schulqualität zu verbessern. Bildungsbehörden sollen als Servicestellen Schulen bei der Qualitätsentwicklung unterstützen.
- **Qualitätsvolle Grundbildung** beginnt im Kindergarten und ist die **Basis für alle weiteren Bildungs- und Berufswege**. Eine Offensive für qualitative Grundbildung, die individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt, ist dringend notwendig. Ein individuelles Stärkenportfolio soll besondere schulische Leistungen und außerschulische Erfolge hervorheben und den Schülern bei der Wahl ihres Bildungs- und Berufswegs helfen. Ein zertifizierter Abschluss der Grundbildungsphase bestehend aus einem positiven Abschlusszeugnis, einem Stärkenportfolio und einem positiven Screening der Grundkompetenzen ist entscheidend.
- Zudem ist in allen Schulstufen ein **Schwerpunkt auf Wirtschaftsbildung** zu setzen, um ein **Grundverständnis für betriebs- finanz- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge** zu vermitteln, damit junge Menschen aktiv am Wirtschaftsleben teilnehmen können.
- Im Bereich der betrieblichen Lehre müssen Hürden beseitigt werden, die das Image beeinträchtigen. **MINT-Strategien sind besonders wichtig** und die **HTL sollte ein zentraler Bestandteil** davon sein. Hochschulen sollten ein österreichweites, strategisches MINT-Maßnahmenbündel schnüren und Curricula auf Arbeitsmarktfähigkeit hin überprüfen. **Lebenslanges Lernen und eine transparente Finanzierung beruflicher Weiterbildung** sind notwendig.
- Eine ans Bundesministerium für Wirtschaft angegliederte, schmale **„Skills Agency“** soll die diversen Studien und Expertisen zur Skills-Entwicklung zusammenführen und für die betroffenen politischen Felder (Bildung, Wirtschaft, Zuwanderung etc.) auf dieser Basis klare Empfehlungen formulieren.
- Mehr **Schulautonomie und Rechenschaftspflicht** führen tendenziell zu besseren Schülerleistungen. In Österreich fehlen autonome Handlungsfelder im Schulbereich. Ein **Autonomiemodell basierend auf pädagogischer, personeller und finanzieller Autonomie** soll eingeführt werden. Schulen benötigen Entscheidungsfreiheit und Verantwortung in Bezug auf Unterricht, Personal und Finanzen, einschließlich eines Globalbudgets zur Abdeckung aller Kosten.

ÖKOLGISCHE TRANSFORMATION

Eine **Transformation des Energiesystems** ist erforderlich, um **Treibhausgasemissionen weiter zu reduzieren** und so im Gleichklang in der EU das ambitionierte Ziel der **Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts** zu erreichen. Dies erfolgt durch die fortschreitende Umstellung auf erneuerbare Energien, ein hohes Maß an Energieeffizienz und die **Förderung von umweltfreundlichen Praktiken in der Bevölkerung, in Unternehmen und durch den Staat.**

Gleichzeitig ist für die Industrie und insbesondere für die energieintensive Industrie die **Verfügbarkeit von Energie ein existenzieller Standortfaktor. Die notwendige permanente und stabile Verfügbarkeit von Energie in ausreichenden Mengen setzt** einerseits ausreichende Energieaufbringung und andererseits entsprechende Infrastruktur voraus. **Im weiteren Sinne bedeutet Verfügbarkeit von Energie für die Industrie aber auch ökonomisch und damit wettbewerbsfähig darstellbare Verfügbarkeit.** Die exportorientierte österreichische Volkswirtschaft ist einem starken internationalen Wettbewerb ausgesetzt – der Weltmarkt bestimmt den Preis. Ist ein Produktionsstandort wegen zu hoher Energiekosten nicht mehr wettbewerbsfähig, droht eine Verlagerung von Produktion ins Ausland

Gaspreis in USD pro MWh im internationalen Vergleich



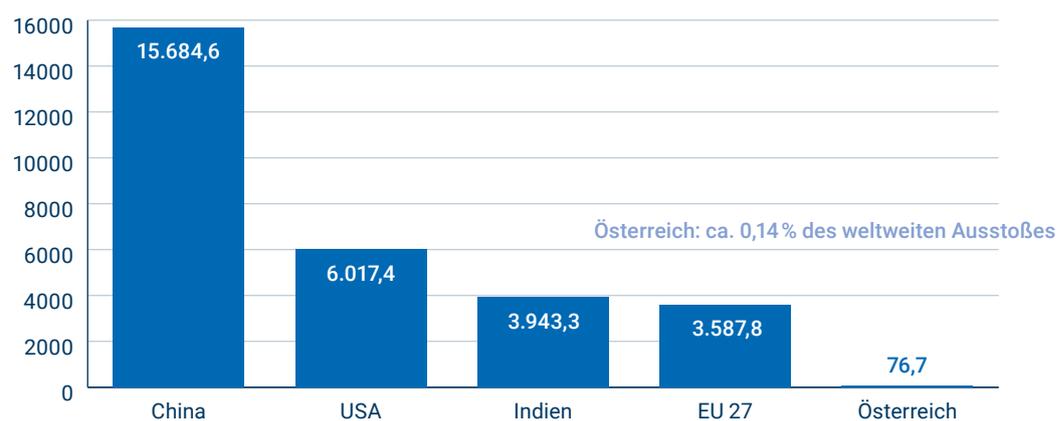
Quelle: Primary Commodity Price System (PCPS)

Äußerst ambitionierte Zielsetzungen, gepaart mit völlig unzureichenden energiepolitischen Rahmenbedingungen, würden das Gegenteil vom im European Green Deal postulierten grünen Wachstum bewirken. Reales Ergebnis wären weniger Wachstum und letztlich auch weniger ökologische Nachhaltigkeit durch die Verlagerung von Emissionen in Drittländer (Carbon Leakage-Effekt).

In Österreich ist die grüne Transformation vergleichsweise weit fortgeschritten: So stammen schon knapp 80 % des Stroms aus regenerativen Energiequellen und als Land liegt Österreich auf Platz 8 von 120 Ländern im Energy Transition Index (WEF)¹ und hat in den letzten 10 Jahren **signifikante Fortschritte im Energiewandel** verzeichnet. Mit pro Kopf Treibhausgasemissionen äquivalent zu 8,1 Tonnen CO₂ liegt Österreich im Mittelfeld der EU, pro Kaufkraftstandard aber auf dem guten 7. Rang in der EU. Von besonderer Bedeutung für die Klimaneutralität ist die Transformation der energieintensiven Industrie, die weitgehend dem EU-Emissionshandel unterliegt und auf die rund 80 % der Treibhausgasemissionen der Industrie entfallen. Der EU-Emissionshandel stellt sicher dass diese Industrieanlagen im Gleichklang der EU bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral produzieren.

Internationale Treibhausgas-Emissionen (2022)

Millionen Tonnen CO₂-äquivalent/Jahr



Quelle: EDGAR Datenbank

¹ Weltwirtschaftsforum, Fostering Effective Energy Transition, Insight Report, June 2024
www3.weforum.org/docs/WEF_Fostering_Effective_Energy_Transition_2024.pdf

FÜR DEN **NEU**^{START}_{STAAT} BRAUCHT ES:

- **Die sichere und ausreichende Verfügbarkeit von Energie und die Vermeidung von „Blackouts“ mit unabsehbaren Kosten für die Volkswirtschaft erfordern eine Infrastruktur**, die gemeinsam und Zug um Zug mit der Transformation des Energiesystems ausgebaut wird.
- **Netzinfrastruktur und Energieerzeugung durch drastisch beschleunigte Genehmigungsverfahren ausbauen und damit Kosten bei Unternehmen und Verwaltung sparen.** Notwendig sind u. a. die bessere Strukturierung von Verfahren analog zum Zivilprozess, die Zulässigkeit von Stellungnahmen nur innerhalb von definierten Fristen, kein nachträgliches Präsentieren von Prozessmaterial vor Gericht, Transparenzregelung für NGOs (Großspenden) und Einschränkung auf sachlichen Wirkungsbereich sowie Modernisierung durch Digitalisierung (vor allem Kundmachung im Internet). Darüber hinaus ist das bereits bestehende Standortentwicklungsgesetz rechts- und planungssicher anzuwenden.
- **Strompreiskompensation (Kompensation von indirektem Carbon Leakage) nach deutschem Vorbild umsetzen.** Diese Standortmaßnahme, die bislang nur für das Jahr 2022 umgesetzt werden konnte, gilt es bis 2030 zu verlängern. Die Mittel von rund 240 Mio. Euro pro Jahr stärken mit höchster Treffsicherheit die Wettbewerbsfähigkeit der von der Transformation hauptbelasteten und im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen.
- **Bereitstellung fossiler Reservekapazitäten.** Der zunehmende Ausbau volatiler, erneuerbarer Energie erfordert das parallele Hochfahren von Reservekapazitäten zur Kompensation dieser Volatilität. Bis auf Weiteres wird dabei insbesondere dem Einsatz von Erdgas der Vorrang einzuräumen sein, da Wasserstoff bis auf Weiteres vergleichsweise teuer bleiben wird.
- **Wasserstoff primär in schwer zu dekarbonisierenden Sektoren verwenden.** Auf absehbare Zeit wird die Verfügbarkeit von klimaneutralem Wasserstoff begrenzt sein. Dementsprechend wird grundsätzlich der Einsatz von Wasserstoff als hochwertiger Energieträger oder Grundstoff in der Industrie sowie in Teilbereichen der Mobilität (z. B. als E-Fuels für Luftfahrt und Schwerkverkehr) vorrangig unterstützt.
- **Klimaneutraler Wasserstoff ohne Fixierung auf „grünen Wasserstoff“, um Kosten und damit staatlichen Subventionsbedarf zu begrenzen.** Klimaneutraler (bzw. „CO₂ armer“) Wasserstoff ist sowohl der derzeit noch vergleichsweise teure Wasserstoff auf Basis erneuerbarer Energie, als auch Wasserstoff, der aus Erdgas mittels CO₂-Abscheidung („blauer Wasserstoff“) oder über Pyrolyse („türkiser Wasserstoff“) hergestellt wird. Klimaneutraler Wasserstoff, egal welcher Herkunft, ist als klimapolitisch gleichrangig zu werten und die jeweiligen Kosten der Wasserstoffgewinnung sind jedenfalls zu berücksichtigen.
- **Importstrategie für Wasserstoff umsetzen.** Um den Import von Wasserstoff aus Drittstaaten, die über das Potenzial der versorgungssicheren und kostengünstigen Herstellung von Wasserstoff verfügen, zu entwickeln und auszubauen, ist die Zusammenarbeit mit solchen Handelspartnern zu intensivieren.
- **Kaskadische Nutzung von Biomasse.** Die in Österreich verfügbaren biogenen Rohstoffe sind unter der Zielsetzung einer maximalen Wertschöpfung und minimalem Subventionsbedarf nachhaltig zu nutzen, wodurch sich eine klare Priorität der stofflichen vor der energetischen Nutzung biogener Rohstoffe ergibt.
- **Freie Zuteilung im EU-Emissionshandel (ETS) zur Vermeidung von Carbon Leakage erhalten.** Die freie Zuteilung von Emissionszertifikaten in ihrer bestehenden Form muss als zentrales Element

des Carbon Leakage Schutzes für Anlagen, die dem EU-Emissionshandel unterliegen, so lange irgend möglich erhalten bleiben, da damit Kosten für die Unternehmen reduziert werden ohne das Klimaziel aufzuweichen. Ein allfälliges Klimazwischenziel 2040 darf nicht zu einer weiteren Reduktion der Freizuteilung führen.

- **Strategische Autonomie für Energieversorgung sicherstellen.** Um die Resilienz in der Energieversorgung zu erhöhen und damit Kostenspitzen wie im Jahr 2022 infolge des Ukraine-Kriegs und in der Folge teure staatliche Interventionen Begrenzung der Energiekosten zu vermeiden, ist eine Strategie zu einer diversifizierten, langfristig klimaneutralen Energieversorgung zu verfolgen.
- **Strukturiertes Ankaufsprogramm für Treibhausgaszertifikate aus anderen EU-Mitgliedsstaaten.** Um das nationale österreichische Klimaziel bis 2030 von minus 48 % gegenüber 2005 vergleichsweise kosteneffizient zu erreichen, sollte frühzeitig ein solcher Ankauf geprüft und gegebenenfalls veranlasst werden.
- **Ausreichende Verfügbarkeit von Primär- und Sekundärrohstoffen sicherstellen.** Rohstoffe bilden eine zentrale Grundlage industrieller Produktion – insbesondere vor dem Hintergrund der benötigten Technologien für die Transformation. Primär- und Sekundärmaterialien gilt es daher in entsprechender Qualität zu wirtschaftlich kompetitiven Preisen und langfristig stabil verfügbaren Mengen am Standort zu sichern.

TECHNOLOGIEENTWICKLUNG FÜR DIE ZUKUNFT

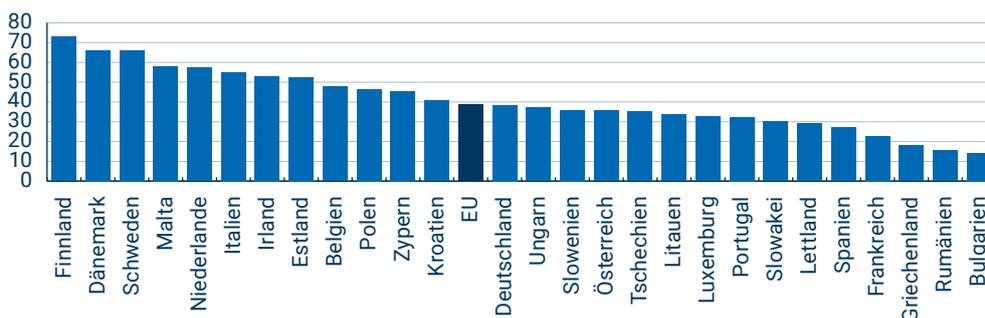
Die **digitale Transformation** ist der Einsatz digitaler Technologien und Innovationen zur **Verbesserung der Effizienz und Produktivität von Unternehmen und öffentlicher Verwaltung**. Dazu gehören der Einsatz von Big Data-Analysen, künstlicher Intelligenz, dem Internet der Dinge und anderen Technologien zur Verbesserung von Produktionsprozessen, Logistik oder Kundenbeziehungen.

Innovation führt nicht nur zu einem weitreichenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel, sondern treibt **nachhaltiges Wirtschaftswachstum und steigert den Wohlstand**. Eine Erhöhung der privaten und öffentlichen Investitionen – insbesondere in Forschung und Entwicklung (F&E) – führt zur Wachstumssteigerung in Folgejahren. Innovation wird aber nur dann zum Wachstumsbeschleuniger, wenn die Forschungsergebnisse auch entsprechend in marktreife und international konkurrenzfähige Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden (können). Grundsätzlich ist eine Strategie von Investitions-, Innovations- und Produktivitätsbeschleunigungen auch mit administrativen, bürokratischen und finanziellen Entlastungen umzusetzen.

Aufholbedarf gibt es bei Innovation und Digitalisierung: Trotz F&E-Aufwendungen von 3,34 % des BIP (Top-3 in der EU in 2022)¹ erreicht Österreich nur global Rang 18 (in Europa Rang 10) unter den innovativsten Ländern (Global Innovation Index, WIPO)². Bei europäischen Rankings zu digital government liegt Österreich nur im Mittelfeld (z. B., E-Government Benchmark EU (2024) AT = Rang 9) oder gar weiter hinten auf Rang 18 bei „Digitale öffentliche Dienste für Unternehmen“ des Digital Economy and Society Index (DESI) der Europäischen Kommission³.

Cloud-Nutzung in Unternehmen

In %, ab 10 Mitarbeitern, in ausgewählten EU-Ländern, 2023



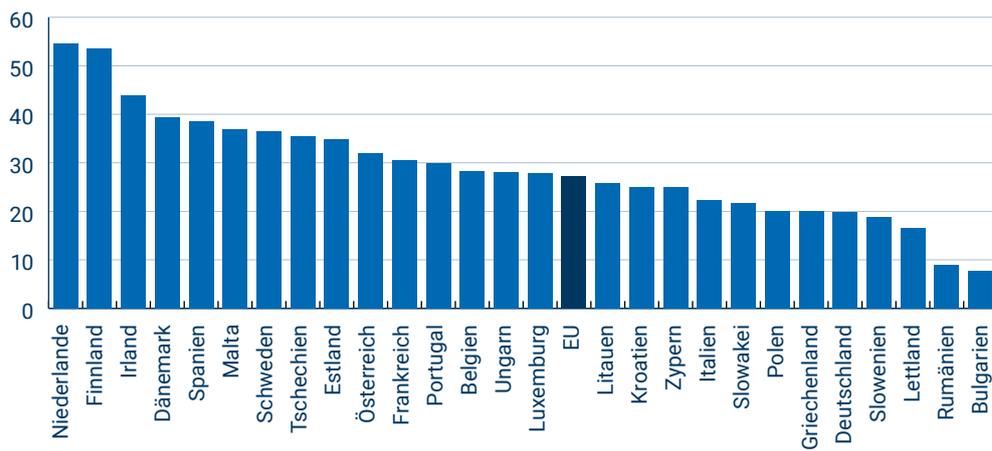
Anmerkung: Österreich in der Gesamtwertung auf Rang 12 von 37 erhobenen Staaten, im Vergleich der EU-Staaten auf Platz 9

Quelle: DESI 2024

- 1 Statistik Austria, Forschungsquote 2024 voraussichtlich bei 3,34 %
www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/04/20240424FuEGlobalschaetzung2024.pdf
- 2 World Intellectual Property Organization, Global Innovation Index 2023, Innovation in the face of uncertainty
www.wipo.int/documents/d/global-innovation-index/docs-en-wipo-pub-2000-2023-en-main-report-global-innovation-index-2023-16th-edition.pdf
- 3 Europäischen Kommission, Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI)
digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/desi

IT-Skills (über digitale Grundkenntnisse hinausgehend)

Alle Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren



Anmerkung: Österreich befindet sich über dem EU Durchschnitt bei den IT-Skills, hat jedoch trotzdem Aufholbedarf gegenüber den Innovation Leaders aber auch Ländern wie Spanien, Estland oder Portugal

Quelle: DESI 2024

FÜR DEN **NEU^{START}STAAT** BRAUCHT ES:

- **Um die Innovationskraft Österreichs zu stärken, muss die FTI-Strategie 2030** mit ihren Zielen und Handlungsfeldern für den Sprung zum Innovation Leader **umgesetzt und eine Forschungsquote von mind. 4 % muss als Ziel verankert werden.**
- Innovation ist unser Ticket in die Zukunft. **Investitionen in Forschung und Innovation in Form von F&E Förderungen** sind daher wichtige Zukunftsinvestitionen mit hoher Hebelwirkung, die unbedingt weiter gesichert und zusätzlich gestärkt werden müssen. Erfolgsbewährten Mix aus indirekter und direkter F&E-Förderung beibehalten.
- Unternehmen leisten zwei Drittel der Investitionen in F&E und Innovation. Daher ist ein signifikantes Wachstum von Budgets für Forschung, Technologieentwicklung und Innovation – insbesondere für **Schlüsseltechnologien & Zukunftsfelder** der Technologieoffensive für angewandte Forschung (mind. 10 % p.a.) unter Berücksichtigung **themenoffener F&E-Förderungen** (Basisprogramme, COMET, CDG, etc.) – dringend geboten. Ebenso müssen Sondermittel, wie insb. Transformationsoffensive, Klima- und Konjunkturpaket, IPCEI, EU-Chips Act und Life Science Paket, fortgeführt werden.
- Der 2025 auslaufende **Fonds Zukunft Österreich** muss rasch für die Zeit nach 2025 gesichert und auf mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt werden.
- Der **Aufwand für die Administration** von geförderten F&E-Projekten muss weiter verschlankt werden: Es gilt rasche Entscheidungsprozesse zu sichern sowie überbordende Bürokratie abzubauen (z. B. Beihilferecht, Dokumentationspflichten).
- Die **Forschungsprämie muss als USP für die international sichtbare Positionierung Österreichs als Technonation weiter attraktiviert werden.** Die Forschungsprämie stärkt forschungsaktive Unternehmen und zieht zusätzliche F&E-Aktivitäten nach Österreich. Als steuerliche Begünstigung ist die Forschungsprämie ein administrativ schlankes Instrument, das sich in die bestehenden Prozesse der Finanzverwaltung eingliedert. Eine Stärkung der Forschungsprämie (u.a. durch Anhebung des Deckels auf die Auftragsforschung) wirkt als Hebel für weitere F&E-Investitionen am FTI-Standort.
- **Halbleiter & EU-Chips Act:** für zügige Genehmigung von Investitionsvorhaben auf EU-Ebene einsetzen, notwendige Rahmenbedingungen für Investitionen konsequent budgetieren, um Österreichs Zukunftschancen zu sichern. Dabei Berücksichtigung der gesamten Mikroelektronik-Wertschöpfungskette. Chips-Strategie für Umsetzung in Österreich vorsehen.
- **Rot-Weiß-Rot im Weltraum:** Strategische Teilnahme an Formaten der Europäischen Weltraumagentur – ESA, um Österreichs Frontrunner-Unternehmen bei Entwicklung ausgewählter Weltraumtechnologien in international hochkompetitivem Feld zu stärken.
- Österreich (als starker Profiteur des Forschungsrahmenprogramms) muss sich für ein **starkes und eigenständiges 10. EU-Forschungsrahmenprogramm** mit einem **Gesamtbudget iHv. mind. 200 Mrd. EUR** einsetzen. Dabei ist Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche essenziell.
- Österreich muss international aktiv mitgestalten, sich strategisch an Europäischen FTI-Programmen und Initiativen beteiligen (z. B. Forschungsrahmenprogramm, IPCEI, ESA, EIC, EU-Chips Act, Net Zero Industry Act), und eine adäquate wie vorausschauende Budgetierung sicherstellen.
- **Österreich bis 2030 unter Top 3-Digitalnationen in Europa etablieren:** Für die digitale Transformation ist es entscheidend, die Technologieentwicklung und Anwendung von digitalen Schlüssel-

technologien (u.a. Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Cybersecurity) zu stärken. Dafür gilt es die Vorhaben des Digital Austria Act¹ konsequent mit ausreichender Dotierung umzusetzen. Um Österreich als KI-Hotspot zu etablieren, muss es gelingen, die nationale KI-Strategie und deren Umsetzungsplan voranzutreiben, weitere KI-Cluster zu etablieren, das österreichische KI-Ökosystem zu forcieren, Digital Skills und AI-Literacy auszubauen. Darüber hinaus braucht es mehr Anstrengung bei der Sicherstellung zukunftsfitter digitaler Infrastruktur und innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen.

- **Die Potenziale von Daten müssen besser ausgeschöpft werden:** Um Daten als Innovationstreiber und für zusätzliche Wertschöpfung zu nutzen, gilt es, die Datenverfügbarkeit zu erhöhen, moderne Daten-Infrastrukturen (u.a. Aufbau von Datenräumen) zu schaffen, den Datenaustausch zu fördern, strategisches Engagement österreichischer Akteure in internationalen Initiativen voranzutreiben und die nationale Datenstrategie umzusetzen.
- Exzellenzcluster u.a. für Quantenforschung, KI, Mikrobiome und Materialforschung sind zentral **für die Wettbewerbsposition**, daher **internationale Sichtbarkeit steigern und strategischen Dialog mit Industrie forcieren**. Forschungsleuchttürme (ISTA, ÖAW, AIT, CDG, etc.) langfristig finanzieren, wettbewerbliche Mittel für Forschung ausbauen.
- Zur Erhöhung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit müssen Innovationen aus der Grundlagenforschung rascher in den Markt übergeleitet werden. Dazu muss der **Wissens- und Technologietransfer** mit der Wirtschaft an österreichischen Universitäten **gesteigert** sowie **Spin-off Ausgründungen** forciert werden. Darüber hinaus sind **Multi-Stakeholder Innovationsökosysteme** aus Industrie, Wissenschaft, Start-ups und Investoren auszubauen, um gemeinsam die Entwicklung und Kommerzialisierung von Zukunftstechnologien zu ermöglichen. Die öffentliche Hand muss durch strategische Nutzung von innovativer öffentlicher Beschaffung v.a. in den Schlüsseltechnologien ihren Beitrag leisten.
- Die Entwicklung und Kommerzialisierung von Schlüsseltechnologien der Zukunft erfordert einen längerfristigen, hohen Kapitaleinsatz. Daher muss der **Anteil an Venture Capital am BIP** verfünffacht werden. Dafür sind regulative und steuerliche Maßnahmen umzusetzen, z. B. Dachfonds, Incentivierung von Unternehmen und Stiftungen. Zusätzlich sind **steuerliche und regulatorische Vereinfachungen** für Startup Gründungen sicherzustellen.
- Grundvoraussetzung von F&E und Innovation sind die Menschen. Es ist von höchster Dringlichkeit, mehr **Digitalisierungs- und Innovationsnachwuchs** für den FTI-Standort zu **gewinnen**. **Dazu muss der MINT-Talentepool um + 20 % ausgebaut werden**. Hierfür muss das Erfolgsmodell HTL ausgebaut, der Aktionsplan „MI(N)T machen“ weiterentwickelt, MINT-Regionen dynamisiert, MINT-Praxiserlebnisse gefördert, Mädchen und Frauen für Technik begeistert, Upskilling in Schlüsseltechnologien forciert, IT-Expertenpool vergrößert und eine Tech-Talent-Strategie für internationale MINT-Talente entwickelt werden.
- Der Pharmasektor soll als standortkritischer Schlüsselbereich gestärkt werden und die neue EU-Pharma-Legislation insbesondere unter dem Blickwinkel der Wettbewerbsfähigkeit gestaltet werden; Fristen von Schutzrechten dürfen keinesfalls gekürzt werden. **Klinische Studien forcieren:** Österreich und EU zu TOP-Standort für klinische Studien machen und Pharmaforschung ganzheitlich stärken.

¹ www.digitalaustria.gv.at/Strategien/Digital-Austria-Act---das-digitale-Arbeitsprogramm-der-Bundesregierung.html

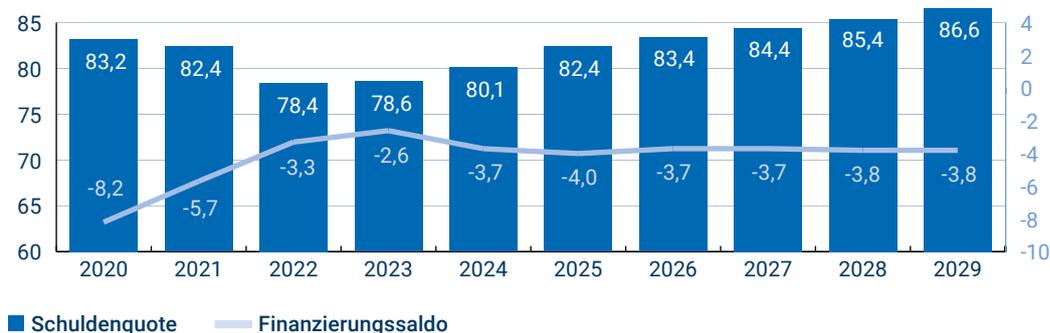
ÖFFENTLICHER HAUSHALT

Damit Österreich als Wirtschaftsstandort im Zeitalter der Globalisierung bestehen kann, müssen die Belastungen, die Unternehmen durch die Gesetzesflut und die durch diese verursachte Aufblähung der Bürokratie erwachsen, vermindert werden. **Das Ziel ist ein schlanker und effizient arbeitender Staat.**

Österreich ist in den vergangenen Jahren in mehreren Standortrankings zurückgefallen. Insbesondere im Bereich der **Bürokratie** und öffentlichen Verwaltung sowie bei der **Nachhaltigkeit sozialer Sicherungssysteme** und der **öffentlichen Verschuldung** schneidet Österreich vergleichsweise schlecht ab. Zum Beispiel platziert das International Institute for Management Development (IMD) **Österreich** im World Competitiveness Yearbook 2024¹ bei der „**Effizienz der Regierung**“ nur mehr auf **Rang 40 von 67 Ländern** (noch schlechter in den Sub-Kategorien „**Öffentliche Finanzen**“ mit **Platz 39** und „**Steuerpolitik**“ mit **Platz 62**). Im Teil-Index „**Regulatorische Belastung**“ des Economic Freedom of the World Report des Fraser Institutes² erreicht Österreich nur **Rang 62 von 165 Ländern**. Und laut Umfrage der European Investment Bank³ sehen **71 % der Unternehmen in Österreich Regulierung als ein Hindernis für langfristige Investitionsentscheidungen** – deutlich mehr als im EU-Durchschnitt.

Gesamtstaatlicher Schuldenstand und Finanzierungssaldo

in % des BIP



Quelle: Statistik Austria (2020 bis 2023); Ab 2024: Mittelfristige Prognose des Wifo (Herbst 2024)

Laut **aktueller mittelfristiger Prognose** des Wifo (2024/2029)⁴ werden die **Maastrichtkriterien** nicht nur 2024 und 2025, sondern **durchgehend bis einschließlich 2029 verfehlt**. Das Defizit erreicht mit 4 % des BIP im Jahr 2025 seinen Gipfelwert und sinkt bis 2029 nur geringfügig auf 3,8 % des BIP. Die **Schuldenquote** steigt in diesem Zeitraum kräftig **von 80,1 % im Jahr 2024 auf 86,6 % des BIP im Jahr 2029** an. Zusätzlich hat der **Fiskalrat** bereits im Juni 2024 auch vor „**erheblichen Budgetrisiken durch Klimawandel** und die **demografische Entwicklung**“ gewarnt⁵. Eine **Budgetkonsolidierung ist unerlässlich**, um fiskalpolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen und die Krisenresilienz des öffentlichen Haushalts wieder herzustellen.

1 www.imd.org/entity-profile/austria-wcr/#_yearbook_Economic%20Performance

2 www.fraserinstitute.org/studies/economic-freedom-of-the-world-2023-annual-report

3 www.eib.org/de/publications-research/economics/surveys-data/index.htm

4 Pressemeldung des Wifo vom 7.11. 2024

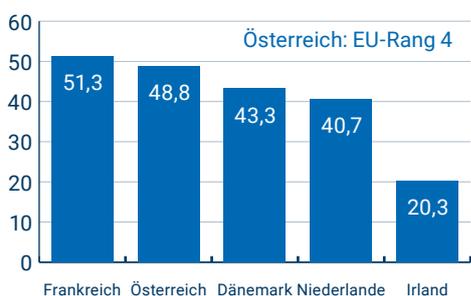
5 Presseaussendung des Fiskalrats, 19.6.2024

Angesichts der prognostizierten hohen Budgetdefizite bis 2028 empfiehlt auch das IHS in seiner am 18. Juli 2024 vorgestellten mittelfristigen Wirtschaftsprognose⁶ ein "kurzfristiges" Sparpaket in Höhe von 2,0 bis 4 Mrd. EUR.

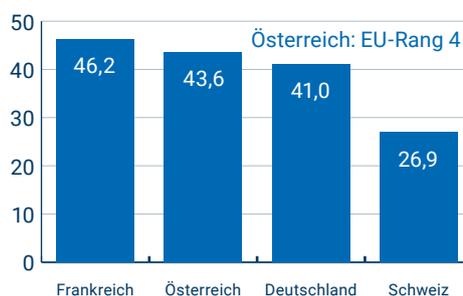
Schuldenquote 2024 (% des BIP)



Staatsausgaben 2024 (% des BIP)



Steuer & Abgabenquote 2024 (% des BIP)



Quelle: EU Frühjahrsprognose 2024

Internationale Erfahrungen zeigen, dass eine regelgebundene Fiskalpolitik wesentlich zum Erfolg einer **Budgetkonsolidierung** beiträgt. Dies bedeutet, dass beispielsweise die **Ausgabenplanung nicht getrennt von der Einnahmentwicklung** erfolgen darf. Die Sicherung einer nachhaltigen Budgetpolitik im Sinne eines über den Konjunkturzyklus gemessenen durchschnittlichen nachhaltigen Budgetsaldos trägt letztlich auch zum Ziel bei, durch die Verringerung der realen Schuldenlast die jährlichen Zinszahlungen, die die Kosten der Staatsverschuldung darstellen, sukzessive einzuschränken.

Die Konsolidierung des öffentlichen Haushalts und der Einsatz öffentlicher Mittel sollen von vergangenheitsbezogenen Ausgaben zu mehr Zukunftsinvestitionen geführt werden. Dafür sind eine **klare Kompetenzverteilung**, eine **stärkere Koordination der Finanzpolitiken** sowie eine wachstumssteigernde politische Ausrichtung notwendig.

6 www.ihs.ac.at/de/datencenter/konjunkturprognose

FÜR DEN **NEU**^{START}_{STAAT} BRAUCHT ES:

- Österreich muss aufgrund der **geänderten EU-Fiskalregeln** seine **Schuldenquote innerhalb der nächsten Jahre deutlich absenken**. Der **öffentliche Schuldenstand** lag Ende 2023 mit **77,8 % des BIP** deutlich über dem „Maastricht-Ziel“ von 60 % des BIP. Länder mit einer Schuldenquote dieser Größenordnung müssen laut den EU-Fiskalregeln der EU einen jährlichen Konsolidierungsbericht vorlegen und die **Schuldenquote jährlich um 0,5 % des BIP reduzieren**.
- Da die Abgabenquote auch im Jahr 2024 laut EU-Frühlingsprognose¹ mit 43,6 % des BIP sehr hoch ist (vierthöchster Rang 2024, im Jahr 2022 sogar dritthöchster Rang), muss der **Schwerpunkt auf ausgabenseitiger Konsolidierung liegen**.
- Um die **Wirtschaft anzukurbeln und die Bevölkerung zu entlasten**, muss die derzeit hohe **Abgabenquote** daher stufenweise **bis zum Jahr 2030 auf 40 % des BIP** abgesenkt werden. Dadurch wären private Haushalte und Unternehmen gemessen am BIP des Jahres 2024 um rund 18 Mrd. EUR geringer finanziell belastet.
Aufgrund eines gewissen Selbstfinanzierungseffekts würde eine solche Absenkung die öffentlichen Haushalte zwar um 2,5 % des BIP belasten, dies müsste durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen und höheres Wirtschaftswachstum ausgeglichen werden.
- In Österreich existieren nach Berechnungen von EcoAustria² **Effizienzdefizite** bei Verwaltung, Bildung und Gesundheit (hohe Ausgaben bei mäßigem Output), Föderalismus und Subventionen (Komplizierte Strukturen, Doppelgleisigkeiten und Mischkompetenzen). Diese Ineffizienzen müssen von der Politik durch eine **stärkere Aufgaben- und Wirkungsorientierung** sowie einer **fokussierten Ausgabenbremse** endlich reduziert werden. Allein für die Bereiche **Verwaltung, Bildung und Gesundheit** besteht ein **durchschnittliches Effizienzpotenzial** zwischen **10,4 Mrd. EUR** und **18,7 Mrd. EUR**. Das wären nach **Berechnungen der IV** zwischen **2,1 % und 3,8 % des BIP**.
- Dazu kommt noch die **überdurchschnittliche Subventionsquote** Österreichs: Diese lag im Jahr 2022 laut Förderungsbericht des BMF³ in Österreich bei **7,5 % des BIP**, während der **Mittelwert der Förderquoten der einzelnen EU-Länder** bei lediglich **5,7 % des BIP** lag. Würde Österreich seine **Förderungsquote fokussiert reduzieren**, könnte ein ausgabenseitiges Konsolidierungsvolumen bis zu 1,8 % des BIP erzielt werden⁴.
- Um die **Budgetkonsolidierung** weiter voranzutreiben, wird es notwendig sein mittel bis langfristig ein **höheres Wirtschaftswachstum** anzustreben, da gerade auf diese Weise die **Schuldenquote friktionslos reduziert** werden kann. Auch ist der **öffentliche Zinsendienst** (der die Kosten der Staatsverschuldung darstellt) **bei steigendem Volkseinkommen leichter zu finanzieren, ohne dass andere öffentliche Aufgabenbereiche** für dessen Bedienung **eingeschränkt** werden müssen.

1 https://dashboard.tech.ec.europa.eu/qs_digit_dashboard_mt/public/sense/app/667e9fba-eea7-4d17-abf0-ef20f6994336/sheet/2f9f3ab7-09e9-4665-92d1-de9ead91fac7/state/analysis

2 Siehe Beitrag von Eco-Austria in gemeinsame Studie von Wifo, IHS und Eco-Austria (2020), die im Auftrag des BMF erstellt wurde ecoaustria.ac.at/wp-content/uploads/2021/11/EcoAustria_IHS_WIFO_Studie2020-Wachstum-Wohlstand-solid-Finzen-und-die-Corona-KriseUpdateDezember2020.pdf

3 www.bmf.gv.at/themen/budget/publikationen/foerederungsbericht.html

4 Einfacher Mittelwert der nationalen Förderquoten der EU nach eigener Berechnung der IV

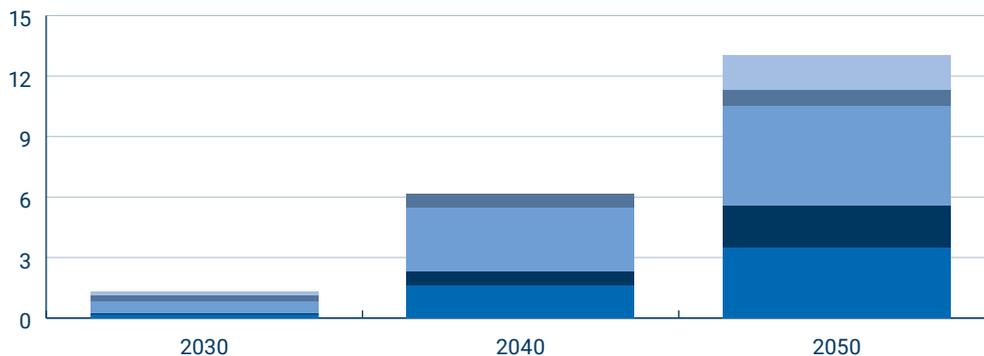
Die **OECD** hat in ihren **aktuellen Länderbericht für Österreich**⁵ entsprechende **Strukturmaßnahmen** vorgeschlagen, um das Wirtschaftswachstum langfristig zu steigern.

Diese Forderungen decken sich auch teilweise mit den aktuellen länderspezifischen Empfehlungen der EU:

- **Bildungsreform:** Verbesserung des PISA-Score auf den Durchschnitt der 10 besten OECD-Länder
- **Pensionsreform:** Koppelung des Pensionsantrittsalters mit der (steigenden) Lebenserwartung
- **Verbesserung der Wirtschaftsregulierungen** insbesondere jener im überreglementiertem **Dienstleistungsbereich:** Halbierung der Lücke beim Regulierungs-PMR-Indikator in Richtung der fünf besten OECD-Länder
- **Steuerreform:** Reduzierung des Abgabekeils (zwischen Arbeitskosten und Nettobezug) um 2 Prozentpunkte
- **Reduzierung der Beschäftigungslücke** zwischen **Männern und Frauen** (im Alter zwischen 25–54) auf das Niveau des besten Landes der OECD bis zum Jahr 2050.

Illustrative Auswirkungen von Strukturreformen auf das BIP-Wachstum

Differenz zum Basisszenario BIP pro Kopf (keine Änderung der Politik), nach Politikbereichen, in %



- Bildungsreform ■ Pensionsreform
- Verbesserung der Unternehmensregulierung ■ Verringerung der Steuerlast
- Politische Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter

Anmerkung:1) Bildungsreform: Anhebung der PISA-Ergebnisse auf den Durchschnitt der 10 besten OECD-Länder.

2) Rentenreform: Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung.

3) Verbesserung der Unternehmensvorschriften: Halbierung des Rückstands beim PMR-Indikator gegenüber den fünf besten OECD-Ländern.

4) Steuerreform: Verringerung des Steuerkeils um 2 Prozentpunkte.

5) Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter: Verringerung des Unterschieds zwischen der Beschäftigungsquote von Männern und Frauen (25- bis 54-Jährige) auf das Niveau des leistungsstärksten Landes in der OECD (1,3 Prozentpunkte) bis 2050.

Quelle: OECD-Simulationen auf der Grundlage des Langfristmodells der OECD-Wirtschaftsabteilung. Methodische Einzelheiten zu den langfristigen Projektionen sind in (Guillemette und Turner, 2018[1]) zu finden.

Aufgrund dieser Strukturmaßnahmen könnte das BIP gegenüber dem Nicht-Reform-Szenario innerhalb von 5 Jahren zwar nur mäßig, allerdings bis 2040 um immerhin 6 Prozentpunkte und bis 2050 um knapp 13 Prozentpunkte gesteigert werden, was auch eine entsprechend günstige Auswirkung auf die öffentliche Schuldenquote hätte.

5 www.oecd.org/en/publications/2024/07/oecd-economic-surveys-austria-2024_ed983e1c.html

FINANZAUSGLEICH

Bund, Länder und Gemeinden erbringen sowohl einzeln als auch gemeinsam diverse öffentliche Dienstleistungen (Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Bildung, Pflege oder Verkehr), wodurch der **Finanzausgleich** seine **historisch gewachsene, komplexe Kompetenz- und Finanzierungsverflechtung** erhält.

Im November 2023 wurde der neue Finanzausgleich unterzeichnet. **Der Finanzausgleich 2024 bringt in Bezug auf Resilienz und Nachhaltigkeit auf systemischer Ebene allerdings wenige Änderungen**, durch den Zukunftsfonds entstehen zusätzliche Transfers, die manche Vereinfachungen des Transfersystems der Vergangenheit konterkarieren. Strukturell und aus Sicht der Resilienz des Finanzausgleichs zu begrüßen ist die Zielorientierung (z. B. Sanierung von öffentlichen Gebäuden, Kinderbetreuung), da ansonsten deren Finanzierbarkeit gefährdet gewesen wäre.

Die zusätzlichen Mittel, die der Finanzausgleich 2024 den Ländern und Gemeinden bringt, werden jedoch **hauptsächlich zur Abdeckung von vergangenen Kostensteigerungen und zum Erhalt des Status quo** verwendet werden müssen. Weitere Analyse zeigte, dass die Neuerungen und Mittel für die Aufgabenfinanzierung nicht reichen werden, um die Finanzierung nachhaltig abzusichern.

Es besteht daher weiterhin Reformbedarf in Aufgabenorientierung, Abgabenautonomie, Transferentflechtung und -reduktion sowie insbesondere bei Doppelgleisigkeiten zwischen den Gebietskörperschaften.

FÜR DEN **NEU^{START}STAAT** BRAUCHT ES:

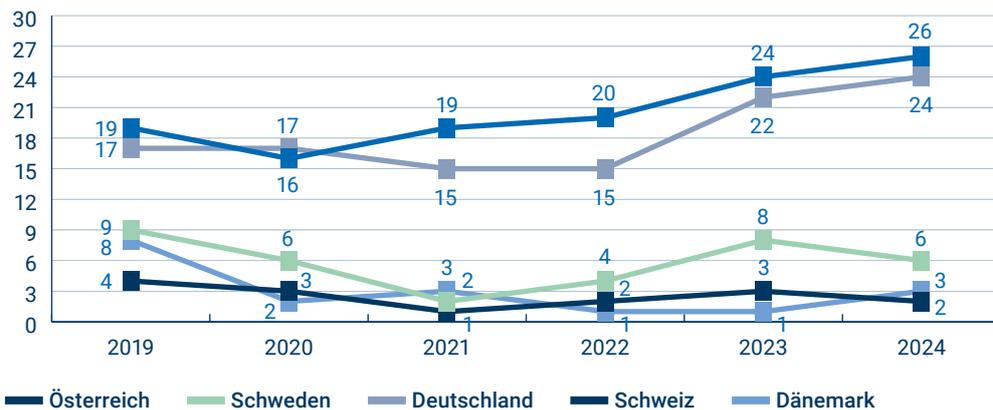
- Der „**neue Finanzausgleich**“ ist viel zu **wenig ambitioniert**, was die Budget-Konsolidierung (auch auf Länder- und Gemeindeebene) betrifft. So gibt es **keine Sanktionsmöglichkeit** des Bundes, falls die Länder die ausgehandelten Ziele nicht erreichen sollten. Somit **fehlen wirksame Anreize, um Strukturreformen auf Länderebene durchsetzen zu können**. Die Finanzierung der Aufgaben einerseits und die Aufgabenerfüllung andererseits ist nach wie vor **nicht in einer Hand gebündelt**, sondern läuft nach wie vor auseinander.
- Die im Finanzausgleich 2024 eingeschlagene Tendenz in Richtung stärkerer Abgabenautonomie, steht in Konflikt mit der, im internationalen Vergleich, sehr hohen Abgabenquote, zumal das Ausschöpfen von Lohnnebenkostensenkungsmöglichkeiten auf Landes- und Gemeindeebene ungenutzt bleibt.
- Diese **Potenziale** gilt es zu heben: So könnten die Lohnnebenkosten schlicht durch eine **Abschaffung des Wohnbauförderungsbeitrags** (ausschließliche Landesabgabe), sowohl bei den Unternehmen als auch bei den unselbständig Beschäftigten um jeweils 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden, wobei die Länder durch eine entsprechende Anpassung beim Schlüssel der gemeinschaftlichen Bundesabgaben aufkommensneutral kompensiert werden könnten. Auch könnte auf Gemeindeebene eine **Grundsteuerreform** dazu genutzt werden, das höhere Aufkommen durch die Grundsteuer mittels Senkung von Lohnnebenkosten, insbesondere der Kommunalsteuer, aufkommensneutral zu kompensieren.
- **Wichtiger als die erweiterte Abgabenautonomie von Ländern und Gemeinden**, die einen potenziellen Mehraufwand bedeutet, wäre es, dass die im Finanzausgleich vereinbarte Mittelzuteilung mit der jeweiligen Aufgabenerfüllung der Gebietskörperschaften in Einklang steht und vor allem in Richtung **Aufgabenorientierung** erfolgt und dass ein entsprechendes **Monitoring** erfolgt und ein **Verfehlen** dieser paktierten **Ziele sanktioniert** werden kann.

DEREGULIERUNG

Österreich ist ein historisch gewachsen föderalistisch aufgebauter Staat. Umso wichtiger ist die klare und damit **effektive Aufgaben- und Kompetenzverteilung** zwischen den Gebietskörperschaften. Eine **bessere Abstimmung und Vereinheitlichung** birgt ein enormes Potenzial für die Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Österreich und der Vereinfachung der Administration der Bundesländer, womit auch die **Gesetzesflut** auf allen Ebenen wesentlich **eingedämmt** werden würde.

Ineffizienzen aufgrund von **Intransparenz, Doppelgleisigkeiten und unklaren Zuständigkeiten erhöhen administrative und bürokratische sowie finanzielle Kosten** für einzelne Akteure und für die Volkswirtschaft insgesamt. So reduzieren sie auch die Attraktivität des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes auf nationaler und regionaler Ebenen. Effizienzsteigerungspotenziale sind daher jedenfalls auszuschöpfen.

World Competitiveness Scoreboard



Quelle: IMD - International Institute for Management Development

Zunehmend suboptimale Entwicklungen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren haben Österreich auf Bundesebene in den Standort-Rankings abrutschen lassen (Rang 26 von 67 in 2024 [2020 = Rang 16], World Competitiveness Index, IMD¹ ; Rang 33 von 184 im 2024 Index of Economic Freedom, The Heritage Foundation² ; Rang 28 von 165 im Economic Freedom of the World 2023, Fraser Institute³).

Dieser **rückläufige Trend** bei der Entwicklung der **Wettbewerbsfähigkeit** basiert mehrheitlich auf Faktoren wie „**size of government**“, „**regulatory efficiency**“, „**government efficiency**“.

Österreich braucht einen schlanken, zeitgemäßen und effizienten Staat als Basis für einen starken, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Weniger Bürokratie bedeutet mehr Investitionen in die Zukunft.

- 1 World Competitiveness Index, International Institute for Management Development (IMD)
www.imd.org/centers/wcc/world-competitiveness-center/rankings/world-competitiveness-ranking
- 2 Index of Economic Freedom, The Heritage Foundation
www.heritage.org/index
- 3 Economic Freedom of the World 2023, Fraser Institute
www.fraserinstitute.org/studies/economic-freedom-of-the-world-2023-annual-report

FÜR DEN **NEU**^{START}_{STAAT} BRAUCHT ES:

- Zur Entrümpelung gesetzlicher Verpflichtungen von überbordenden und unnötigen Belastungen der Unternehmen soll eine temporäre **Monitoringstelle für Deregulierung** geschaffen werden. Diese sollte als Leitlinie die Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Entwicklung des Standorts vor Augen haben und Empfehlungen abgeben, wo und wie Bürokratie sinnvoll entschlackt werden kann.
- Hilfreich, um die derzeitigen und zukünftigen Belastungen konkret anführen zu können, ist die Einführung eines **Bürokratiekostenindex**.
- Um dem Staat mehr Handlungsspielraum für seine Kernkompetenzen zu ermöglichen, bedarf es einer Neuordnung der verfassungsmäßigen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern unter konsequenter Aufgabenorientierung und Ausgabenverantwortung sowie mehr Transparenz (**Föderalismusreform**). Insbesondere soll es dabei auch zu einer Überprüfung und Entflechtung innerstaatlicher Organisationsstrukturen kommen.
- **Bessere Rechtssetzung** durch Verwendung von one-in/one-out, Sunset-Klauseln, Vermeidung von Gold Plating, Evaluierungen, angemessenen Wirkungsfolgenabschätzungen.
- Einsparungen in der Verwaltung durch Effizienzsteigerung, Abschaffung von Doppel- und Mehrgleisigkeiten, Prüfung von Aufwänden.
- Einrichtung einer **Serviceplattform Bund**: Hier sollen Personalverwaltung, Ressourcenmanagement, Controlling etc. gebündelt und aus einer Hand koordiniert werden um Effizienzpotenziale zu nutzen.
- **E-Government** für Bürger und Unternehmen muss weiter ausgebaut und gestärkt werden, dabei ist insbesondere das Once-Only-Prinzip zu forcieren.

Fazit

Noch ist das wirtschaftliche Fundament unseres Landes recht stark. Für einen dauerhaften Erfolg ist ein leistungsfähiger Staat unverzichtbar, der Hand in Hand mit allen leistungsbereiten Akteurinnen und Akteuren entschlossen ist, Österreich innovationsorientiert und evidenzbasiert zu einer ökodigitalen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln.

Diese Broschüre dient als Beitrag zur Gestaltung einer prosperierenden Zukunft. Sie analysiert die vielfältigen, nicht nur wirtschaftlichen Herausforderungen, beschränkt sich aber nicht darauf, Probleme nur aufzuzeigen, sondern stellt auch konkrete Lösungsansätze und Reformvorschläge vor, die als Grundlage für eine Neuausrichtung unseres Landes dienen können.

Der empirische Befund ist klar: Österreich befindet sich in einer kritischen Phase seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Jener staatliche und sozialpartnerschaftliche Handlungsrahmen, der in den letzten Jahrzehnten eine probate Grundlage für Wachstum und Wohlstand bot, ist obsolet und bedarf einer fundamentalen Reform. Sowohl die demografische Dynamik als auch der technologische Wandel machen es notwendig, nicht nur innerhalb der bestehenden Systeme Anpassungen vorzunehmen, sondern mitunter auch das System selbst neu zu gestalten, sogar zu ersetzen. Es bedarf nicht nur Reformen, die kurzfristig Fehlentwicklungen korrigieren, sondern auch mittel- und langfristig tragfähige Strukturen schaffen.

Unsere Lösungsvorschläge unterstreichen, dass die klassische Rivalität von Ökonomie und Ökologie in weiten Bereichen aufgehört hat zu existieren. Im Gegenteil: Ökonomische Prosperität und ökologische Transformation werden nur gelingen, wenn Investitionen möglich bleiben und sogar noch, wie in früheren Jahrzehnten, an Bedeutung gewinnen. Das Unterlassen von Investitionen steht hingegen für eine ungebührliche Gegenwartspräferenz im Tandem mit einer unverantwortlichen Zukunftsvergessenheit.

Investitionen sind eine geradezu notwendige Bedingung, um die Grundlagen unseres Wohlstandes zu gewährleisten und auszubauen. Dann und nur dann wird die Marktwirtschaft ihr Versprechen einer wirtschaftlichen Zukunft einlösen können, die zukünftigen Generationen ein besseres Leben als allen vorhergehenden verheißt. Dafür ist ein grundlegender Neuanfang, ein "NEUStartStaat", notwendig, der von einer klaren wirtschaftspolitischen Zielvorstellung geleitet und von Mut, Entschlossenheit und Gestaltungskraft getragen wird – für ein Österreich, das auch in den kommenden Jahrzehnten als Vorbild für Fortschritt und Lebensqualität steht.



SOS-WOHLSTAND

DEKLARATION DES PRÄSIDIUMS DER INDUSTRIELLENVEREINIGUNG IM WAHLJAHR 2024

Österreich verliert Jahr für Jahr an Wettbewerbsfähigkeit. Im weltweiten Ranking rutscht Österreich neuerlich ab und landet auf dem 24. Platz. Gründe dafür sind eine Vielzahl von Belastungen wie hohe Energiepreise, steigende Arbeitskosten, der Fachkräftemangel und eine überbordende Bürokratie.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Nationalratswahl zur XXVIII. Gesetzgebungsperiode ist es essenziell, dass die künftige Regierung diese Herausforderungen mit größter Entschlossenheit und Weitsicht angeht.

Das Präsidium der Industriellenvereinigung (IV) schlägt acht zentrale Maßnahmen vor, die unerlässlich sind, um den Standort Österreich nicht nur zu reparieren, sondern ihn als einen der führenden und wettbewerbsfähigsten Industriestandorte wieder in die erste Reihe zu bringen.

1. STEUERQUOTE AUF 40% BIS 2030!

Die hohe Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent muss bis 2030 kontinuierlich auf 40 Prozent gesenkt werden. Österreich hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Mit den Erbschafts- und Vermögenssteuerfantasien stellt sich Österreich selbst ein Bein. Fast kein Land in der EU setzt mehr auf diese veralteten Konzepte, sondern vielmehr auf Wachstum, Innovation und Leistung. Es braucht vielmehr einen effizienten Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht sich etwas aufzubauen.

2. DIE FLEISSIGEN ENTLASTEN - LOHNNEBENKOSTEN SENKEN!

Österreich ist Weltmeister im Besteuern. Ausgehend vom Bruttolohn zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Österreich rund 46,8% an Abgaben auf Arbeit. Damit verzeichnet Österreich die vierthöchste Belastung in der OECD. Bei den Beiträgen, die durch den Arbeitgeber zu leisten sind, liegt Österreich mit 21,8% über 5 Prozentpunkte höher als Deutschland. Insbesondere durch eine massive Senkung der Lohnnebenkosten – ohne dabei den Sozialstaat in Frage zu stellen – gelingt es, dass den Menschen in diesem Land mehr Netto vom Brutto überbleibt.

3. UNTERNEHMEN STATT UNTERLASSEN!

In Österreich muss ein Zurückbesinnen auf vergessene Tugenden wie Leistung und Eigenverantwortung stattfinden. Es braucht eine Bewegung weg vom Vollkasko-Staat, der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt. Wir sollten stolz auf unsere verantwortungsvolle Wirtschaft & Industrie sein und sie fördern, anstatt sie durch unbegründete Hindernisse zu diffamieren und zu vertreiben. Dem gelebten Unternehmer-Bashing gilt es entschieden entgegenzutreten.

4. GREEN DEAL NEU!

Bei der Umsetzung des **Green Deals** und der grünen Transformation ist es wichtig, dass **nachhaltiges Handeln, im Sinne der Wirtschaftlichkeit**, sozialen Verträglichkeit und von ökologischen Aspekten weiterhin rentabel bleibt und nicht durch zusätzlichen Bürokratieaufwand bestraft wird. Der Green Deal muss neu gedacht werden und endlich als technologieoffener, wettbewerbsfähiger **Industrial Deal** sowie als echter **Wachstumsdeal gelebt werden**.

5. PENSIONSREFORMEN UNAUSWEICHLICH!

Das aktuelle **Pensionssystem ist unfair** und verbaut den nächsten Generationen die Zukunft. Bis 2050 wird unser **Pensionssystem das Budget kumuliert mit einer Billion Euro belasten**, wenn wir keine weiteren Reformen durchführen – eine Billion Euro, die wir in Bildung, Infrastruktur und unsere Innovationskraft investieren könnten. Es braucht eine **konsequente Reform und moderne Ansätze zur Altersvorsorge**. Durch konkrete Anpassungen im Pensionssystem muss das faktische Antrittsalter in den kommenden Jahren dem OECD-Niveau angeglichen werden.

6. EXPORTE MASSIV STEIGERN!

Als Exportnation sind wir auf **fairen Handel mit verlässlichen Partnern** angewiesen. Mit einer Exportquote von 60 Prozent werden 1,2 Millionen Arbeitsplätze durch die Ausfuhr heimischer Produkte gesichert. **Österreich muss deshalb seine ablehnende Position bezüglich fairer Freihandelsabkommen ändern** und sich vom **Blockierer zum Gestalter des Freihandels bewegen**. Wettbewerbsfähige Standort-Rahmenbedingungen sind dabei unerlässlich, um unsere Exportwirtschaft zu stärken.

7. BEFREIUNGSSCHLAG AUS DEM BÜROKRATIEDSCHUNGEL!

Es braucht einen **Befreiungsschlag aus dem dichten Bürokratiedschungel in Österreich sowie der Europäischen Union**. Österreich muss sich klar positionieren und auf die von der Kommission angekündigte **Verringerung der Berichtspflichten um 25 Prozent bestehen**. Dabei muss bei der nationalen Ausgestaltung von EU-Richtlinien Gold Plating vermieden werden.

8. WIRTSCHAFTSBILDUNG IN ALLEN SCHULEN!

Wirtschaftsbildung muss in der **bildungswichtigen Grundbildung mehr Gewicht** bekommen, um einerseits das Bewusstsein zu stärken, selbst ein Teil der Wirtschaft zu sein und andererseits, um die Fähigkeit zu vermitteln sich in diesem System selbstbestimmt bewegen zu können. Dies erfordert eine verstärkte **Einbindung der Praxis** in den Lehrplan und eine **gezielte Ausbildung der Pädagogen**, um die Brücke zwischen Theorie und realer Wirtschaftswelt zu schlagen.

DAS PRÄSIDIUM DER INDUSTRIELLENVEREINIGUNG

Georg Knill
IV-Präsident

Sabine Herlitschka
IV-Vize-Präsidentin

Patricia Neumann
IV-Vize-Präsidentin

F. Peter Mitterbauer
IV-Vize-Präsident

Adelheid Adelwöhrer
Präsidentin IV-Burgenland

Timo Springer
Präsident IV-Kärnten

Kari Ochsner
Präsident IV-Niederösterreich

Stefan Pierer
Präsident IV-Oberösterreich

Peter Unterkofler
Präsident IV-Salzburg

Kurt Maier
Präsident IV-Steiermark

Max Kloger
Präsident IV-Tirol

Elmar Hartmann
Präsident IV-Vorarlberg

Christian C. Pochtler
Präsident IV-Wien

Julia Aichhorn
Bundesvorsitzende
Junge Industrie

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

P. Kören
IV-Vize-Generalsekretär

Claudia Mischensky
IV-Vize-Generalsekretärin



SOS-WOHLSTAND

WIRTSCHAFTSUNTERRICHT ALS ALLGEMEINBILDUNG!

- Wirtschaft in die Schulen – für mehr Wirtschaftskompetenz im Bildungssystem
- Verstärkte Einbindung der Praxis in den Lehrplan
- Gezielte Wirtschafts- und Finanzausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen

RAUS AUS DEM BÜROKRATIE-TSUNAMI!

- Es braucht einen Befreiungsschlag aus dem Bürokratielandsinn in Europa und Österreich
- Angekündigte Verringerung der Berichtspflichten um 25% umsetzen
- Gold Plating bei Ausgestaltung von EU-Richtlinien vermeiden

AUFSCHWUNG DURCH EXPORT!

- Zugang zu Drittmärkten durch faire Freihandelsabkommen sichern
- Neue internationale Allianzen schmieden
- Ablehnende Position bezüglich Mercosur-Abkommen dringend überdenken

PENSIONSREFORMEN UN AUSWEICHLICH!

- Aktuelles Pensionssystem ist unfair und verbaut Zukunft der nächsten Generationen
- Modernisierung & Reformierungen sind unausweichlich
- Faktisches Antrittsalter in den kommenden Jahren dem OECD-Niveau angleichen



Acht Maßnahmen der österreichischen Industrie zur Reparatur der Wettbewerbsfähigkeit und des Industriestandortes Österreich

STEUERQUOTE AUF 40% BIS 2030!

- Nein zu verstaubten Vermögen- und Erbschaftssteuer-Fantasien
- Steuer- und Abgabenquote bis 2030 kontinuierlich auf 40% senken
- Effizienter Staat, indem es möglich wird, sich als arbeitender Mensch etwas aufzubauen

INDUSTRIELAND ÖSTERREICH

1/4 der österreichischen Arbeitsplätze
1/4 der österreichischen Gesamtwertschöpfung
1/2 der Ausgaben für Forschung & Entwicklung

LOHNNEBENKOSTEN RADIKAL SENKEN!

- Leistung und Fleiß müssen sich wieder lohnen
- Massive Senkung der Lohnnebenkosten für mehr Netto vom Brutto
- Weniger Lohnnebenkosten bedeutet mehr Beschäftigung

UNTERNEHMEN STATT UNTERLASSEN!

- Schluss mit Vollkasko-Staat
- Rückkehr zu Leistung und Eigenverantwortung
- Kein Generalverdacht gegen Unternehmen
- Verlässlicher Rechtsrahmen für Betriebe

GREEN DEAL? ZEIT FÜR EINEN REAL DEAL!

- Green Deal neu als echten Wachstumsdeal denken
- Technologieoffene & wettbewerbsfähige Industriestrategie
- Nachhaltiges Handeln muss rentabel werden
- Dreiklang zwischen Ökologie, Ökonomie und sozialen Aspekten

IMPRESSUM

Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung)
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien
Tel.: +43 1 711 35 - 0
www.iv.at

zvr.: 806801248, livr-n.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06
Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen, ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.
Für den Inhalt verantwortlich: Industriellenvereinigung

Wien, Mai 2025



ZUKUNFT: GESTALTEN

